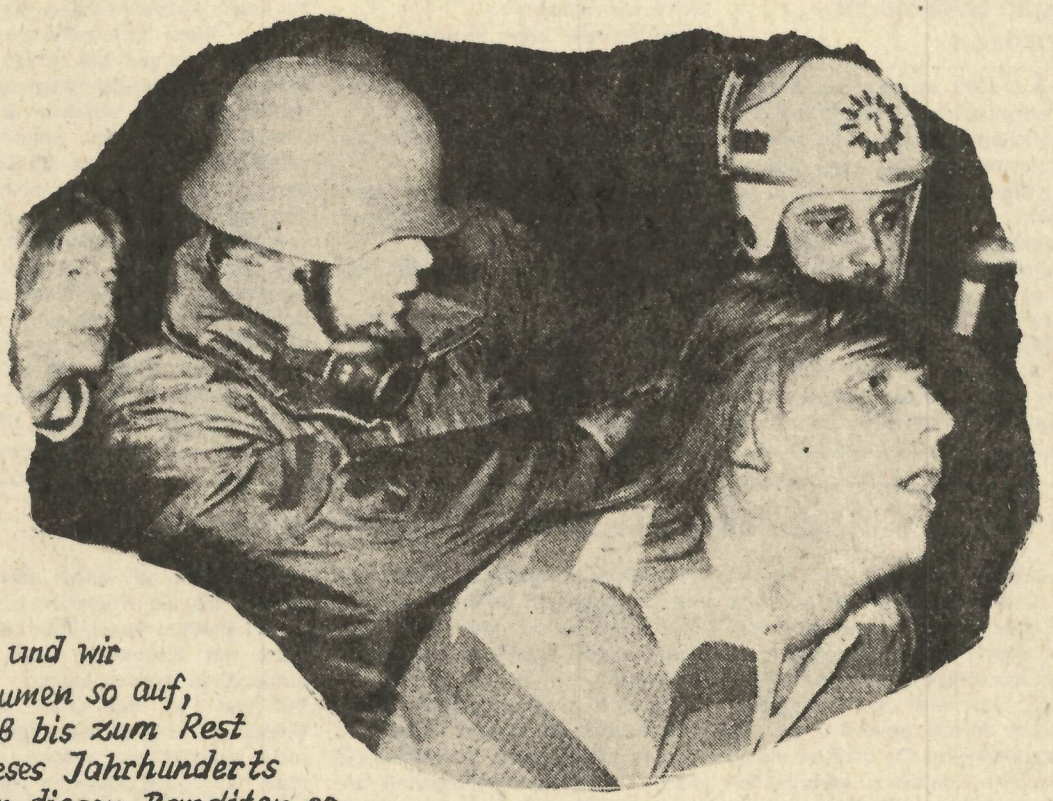
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 65
April '75 DM 1,50

Das demagogische Geschäft mit der Sicherheit



"... und wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."

In der Bundestagsdebatte zur „Inneren Sicherheit" vom 13. März bescheinigten sich die Hauptredner gegenseitig Heuchelei, Hetze, verleumderische Demagogie, objektive und subjektive Mitschuld an Gewalt und Terror. Die „gewisse Solidarität der Demokraten" (Carstens) war die „Unaufrichtigkeit als Prinzip" (Frankfurter Rundschau, 14. 3. 75). Der Zweck des demagogischen Spiels mit der Sicherheit (Demagogen sind pseudodemokratische Politiker, die ihre politischen Ziele zu erreichen suchen, indem sie unaufgeklärte Gefühle und Vorurteile mobilisieren, um Wähler für sich einzuspannen und an der Nase herumzuführen), der Zweck des Geschäfts mit der Sicherheit

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare

G. Schäfer: Sicherheit 1/3

H. Korte: Juso-Kongreß 4

Initiativgruppe: Aktionen in Wyhl 5

J. P. Faust: Betriebsratswahlen 8

B. Meurer: Karlsruher § 218 9

B. Schleich: Peru 10

Recht

D. Horster: Mitbestimmungs-Reform 12

Strategie

H. E. Brand: Wie schwach ist die Linke? 15

International

L. Maier: Portugal 17

F. Wahl: China, 2. Teil 20

SB-Organisation

K. Vack: Arbeitsgruppentagung 23

Arbeitersolidaritätsfonds 24

Leserbrief:

KDV 26

Obdachlosen-Jugendarbeit 27

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Daten zu Streiks

Genau 250 300 Angestellte und Arbeiter haben im Jahr 1974 in der Bundesrepublik gestreikt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden sind dies 65000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage stieg von 563 000 im Jahr 1973 auf 1,05 Millionen im letzten Jahr.

Düstere Prognosen für USA

Haushaltsvolumen	349 Mrd. Dollar
Haushaltsdefizit	52 Mrd. Dollar
Wirtschaftswachstum	—3,3 Prozent
Preisanstieg	11,3 Prozent
Arbeitslosenquote	8,1 Prozent

Kriegsgerichtsprozesse gegen chilenische Matrosen

Am 5. 8. 1973 wurde eine Gruppe von chilenischen Matrosen und Marineoffizieren verhaftet und seitdem in ihren eigenen Kasernen und auf ihren eigenen Schiffen grausam gefoltert.

Ihr einziges „Verbrechen" war, daß sie einen Staatsstreich von Offizieren gegen die verfassungsmäßige Regierung der Volkseinheit verhindern halfen.

Am 9. September 1973 veröffentlichte Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, einen Brief, den die Matrosen an den Präsidenten Salvadore Allende und an die Arbeiter Chiles gerichtet hatten. Darin protestierten die Matrosen gegen die Vorbereitung eines Staatsstreiches, mit dem Offiziere der Marine unter Beihilfe der übrigen Streitkräfte die Regierung der Volkseinheit stürzen wollten. Sie schilderten die brutalen Folterungen, denen sie unterworfen wurden, und beteuerten ihren Willen, die Volksregierung und die Verfassungn zu verteidigen.

Das war ein gerechtes Anliegen.

Heute sollen sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit von Kriegsgerichten verurteilt werden. Das bedeutet unter den heutigen Rechtsverhältnissen in Chile erfahrungsgemäß jahrzehntelange Freiheitsstrafe oder Tod. Die Behandlung der Matrosen, ihr Prozeß sowie ihre Verurteilung sind ein Verbrechen! Sie bedeuten eine Mißachtung der Menschenrechte und international anerkannter Rechtsnormen. Sie sind eine Fortführung der grausamen Unterdrückung des chilenischen Volkes durch die Militärjunta!

Wir fordern daher:

Öffentlichkeit aller Prozesse und Veröffentlichung aller Urteile!

Zulassung internationaler Beobachter!

Keine Beschränkung für die Arbeit der Verteidiger!

Keine Verwendung von Aussagen, die durch Folterungen erpreßt wurden!

Unverzügliche Einstellung aller Folterungen!

Sofortige Freilassung der Matrosen und der anderen politischen Gefangenen!

Sofortige Aufhebung des Kriegszustandes, der von der Junta am 22. 9. 1973 verhängt worden ist!

Wiederherstellung des Rechts auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Mit diesem Brief fordern wir auch die Bundesregierung und die Behörden der Vereinten Nationen auf, sich für die Erfüllung dieser Forderungen einzusetzen.

CHILE-KOMITEE WITTEN

China unterstützt Militärjunta

China wird 1975 seine Kupferimporte gegenüber dem Vorjahr verdreifachen und auch verstärkt Salpeter und Jod aus Chile einführen. Es zahlt dafür bar in Devisen, die die Militärs in Santiago für Waffeneinkäufe in den USA und Brasilien benötigen. China hat sich nach den USA, Brasilien und Argentinien zum wichtigsten Handelspartner Chiles entwickelt.

Kurdischer Befreiungskampf

Mit einem Abkommen über die Beilegung ihrer Grenzstreitigkeiten zwischen Iran und Irak ist der kurdischen Befreiungsbewegung im Norden Iraks ein schwerer Schlag versetzt worden. Am Rande der OPEC-Konferenz wurde die Schließung der Grenze gegen „Infiltrationen von subversivem Charakter" ausgehandelt. Die irakischen Kurden waren bislang von Iran, das die Kurden im eigenen Land unterdrückt, unterstützt worden und hatten über die Grenze erhebliche Mengen von Waffen und Lebensmittel erhalten. Außerdem stand der Fluchtweg über die Grenze offen.

Rechtsanwälte zum Fall Brigitte Heinrich

Frau Brigitte Heinrich, Dozentin an der Universität Frankfurt/M., wird seit über 3 Monaten unter fadenscheinigen Beschuldigungen in Untersuchungs- und Isolierhaft gehalten. Ihr wird ein krimineller Vorwurf daraus gemacht, daß sie Anarchisten kannte und mit ihnen diskutierte. Um sie zu kriminalisieren, werden ihr mit Hilfe äußerst zweifelhafter Zeugen Absichten unterschoben, eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben. Der Zeuge Rolf Mauer wurde selbst von der Justiz als „außergewöhnlich geltungsbedürftig", „sehr unsicher" und „wohl labil" eingeschätzt. Der Zeuge Jürgen Bodeux wird verdächtigt, an der Ermordung von Ulrich Schmücker beteiligt gewesen zu sein. Es besteht der dringende Verdacht, daß er sich Straffreiheit erkaufen will, indem er andere belastet.

Angesichts der rechtlich völlig haltlosen Haftgründe erscheint es sehr glaubhaft, wenn Beamte des Bundeskriminalamtes gegenüber Frau Heinrich versichern, daß sie so lange in Untersuchungshaft gehalten werden soll, bis sie existenziell ruiniert sei.

Dieser existenzielle Ruin steht bei Frau Brigitte Heinrich unmittelbar bevor: unter den Bedingungen der Isolierhaft stellten sich alle Symptome eines Rückfalls einer seit 8 Jahren von ihr für geheilt betrachteten Lymphdrüsenerkrankung wieder ein. Diese Symptome sind immer gravierender geworden, je länger die Untersuchungshaft anhielt. Nach der Untersuchung durch einen Mainzer Internisten, der die Symptome feststellte, hat sich die Krankheit mit großer Geschwindigkeit weiterentwickelt. Neue Untersuchungen sind trotz Verlangens bisher nicht vorgenommen worden.

Die Lymphdrüsenerkrankung von Frau Brigitte Heinrich hat normalerweise geringe Heilungschancen und verläuft insbesondere im Rückfall tödlich. Wenn sie nicht unter einer ständigen Kontrolle von Spezialisten für diese Krankheit steht und wenn nicht sofort die nötigen therapeutischen Maßnahmen ergriffen werden, muß mit einem unaufhaltsamen tödlichen Verlauf gerechnet werden. Eine therapeutische Behandlung ist nur außerhalb der Untersuchungshaft denkbar. Es ist aber zu befürchten, daß die verantwortlichen Justizbehörden so lange abwarten wollen, bis die Krankheit eindeutig im Blutbild feststellbar ist und dann mit Sicherheit nicht mehr aufgehalten werden kann.

Für den Fall, daß unter diesen Umständen die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden sollte, muß davon ausgegangen werden, daß der Tod von Frau Brigitte Heinrich durch die Bundesanwaltschaft, das Bundeskriminalamt und den Bundesgerichtshof bewußt in Kauf genommen wird.

Die Verteidiger verlangen und erwarten die sofortige Haftverschonung.

gez. Dr. H. H. HELDMANN,
G. KRUTZKI (Rechtsanwälte)

Spenden für Brigitte Heinrich

Frau Hedwig Heinrich, 6 Frankfurt M., PS 2934 23 - 604 PSA Ffm oder Frankfurter Sparkasse von 1822 Kto. Frau Hedwig Heinrich, Nr. 306 21005. — Kennwort: Spende für Brigitte Heinrich

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Das Geschäft mit der Sicherheit

ist inzwischen auch den westdeutschen Sozialliberalen deutlich geworden. In den Leitartikeln der Frankfurter Rundschau heißt es zu Recht: „So viel pathetisches Geschwafel über den Staat wie im Augenblick haben wir uns seit vielen Jahren nicht mehr anhören müssen", da „die Barden von ganz rechts bis fast ins liberale Lager hinein das Lied vom starken Staat singen ... Wie reimt sich das? Doch wohl nur so: Mit diesen Leuten in Bonn ist kein starker Staat zu machen ... Sie sind in einem überhöhten Sinn fast Staatsfeinde, die schleunigst weg müssen" (FR 10. 3. 1975). „Wir haben während und nach der Lorenz-Entführung eine Fülle affektiven Verhaltens erlebt, angefangen von der maßlos übertriebenen Beurteilung dieses Coups durch die Politiker (‚geeignet, die Grundlagen dieses demokratischen Rechtsstaats zu zerstören'), der demonstrativen Hektik hoher und höchster Arbeits-, Krisen- und Führungsstäbe, dem blinden Aufgebot von Polizeibataillonen bis hin zu der überdimensioniert-dramatisierenden Berichterstattung mit einer teilweise bestürzenden, verbal schon hinrichtenden Kommentierung ... Es ist offenkundig, daß das gesteigerte Autoritätsbedürfnis mittels Strafrechtsänderung die Linke insgesamt treffen wird (und soll) ... Wer links von einer wie auch immer definierten Mitte steht, läuft künftig Gefahr, als Sympathisant des Terrors eingestuft zu werden, also als Staatsfeind" (FR 13. 3. 1975).

Der Kern des demagogischen Geschäfts mit der Sicherheit besteht darin, das erst zu schüren, was dann beklagt und in klassisch reaktionärer Weise ausgenutzt wird: die Angst und Unsicherheit breiter Massen. Tatsächlich gibt es genügend gesellschaftlich produzierte Gründe zur Furcht: von der Drohung „moderner Waffensysteme" und der Möglichkeit einer Weltkatastrophe bis zum alltäglichen Risiko, Opfer eines Unfalls am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dahin zu werden. Die Zehntausende von Toten in jedem Jahr durch Auto- oder Arbeitsunfälle gelten der bürgerlichen Gesellschaft jedoch als privates Ungemach; sie werden aus durchsichtigen Motiven wie ein Naturereignis hingenommen. Was aber große Teile der Arbeiter und Angestellten heute vor allem fürchten, ist der Verlust des Arbeitsplatzes, der Rückgang ihres materiellen Lebensstandards, die Zunahme von Arbeitshetze und Unterdrückung in „ihrem" Betrieb. Diese wirklichen Hauptgründe der sozialen Angst werden nun einmal mehr umgelenkt auf „Feinde der Gesellschaft", auf die „Terroristen", „Anarchisten", "Kommunisten", „Sozialisten" und auf die „weichen Liberalen". Insoweit handelt es sich um nichts Neues. Neu ist es auch nicht, daß diese aus den ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnissen hervorwachsende objektive Tendenz durch falsches Handeln jener begünstigt und legitimiert wird, die sich selbst als Linke verstehen. Dazu haben wir in „links", zuletzt im Extrablatt zur Entführung von Peter Lorenz, stets das Notwendige gesagt. Wieder einmal ist es klar geworden, daß die Linken in Deutschland ihren eigenen Wunsch, ihre eigene ideologisch-politische Stellung für die objektive Wirklichkeit hielten. Und „heute stehen wir durch unsere Versäumnisse in der Vergangenheit vor einem Dilemma. Es gilt zum einen dem Ausbau des staatlichen Repressionsapparates und der Transformation der Gesellschaft in eine totalitäre Ordnung zu begegnen. Zum anderen sind aber unsere eigenen politischen Existenzbedingungen zu reflektieren und die Frage zu beantworten, ob wir nicht aus unseren Reihen Teile einer ‚rechten Bewegung' hervorgebracht haben" (Prokla 16, S. 181).

Wie weit wir schon gekommen sind, zeigt nicht nur die protofaschistische Hetze etwa der Springer-Presse, die Aufforderung etwa der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, „geschehe, was da wolle" (1. 3. 1975), die „entscheidene Schlacht gegen den politischen Terrorismus ... dort zu schlagen, wo er seinen geistigen und personellen Nährboden hat ... Wer zählt all die Gelehrten, Künstler, Literaten, Gottesmänner, die den organisierten Haß gegen ‚Klassenfeinde' nähren, preisen, liebkosen?" (6. 3. 1973) Es geht um die reaktionäre Gleichschaltung von Universitäten und Schulen, um die Säuberung des öffentlichen Dienstes, um Einschüchterung und Unterdrückung jeder linken Opposition. Es geht — und nicht nur bei dem offensten Führer der Reaktion, Strauß — darum, mit allem, was nach Sozialismus aussieht, „bis zum Rest dieses Jahrhunderts" so „aufzuräumen", daß von „diesen Banditen keiner es mehr wagt in Deutschland das Maul aufzumachen". Strauß bezeichnet im Bundestag die sozialdemokratische Vorstellung von der Demokratie als „das Ende der Demokratie in Staat und Gesellschaft", redet von „unvereinbaren Wertordnungen" — das heißt, er droht damit, die formal-demokratischen Verfahrensregeln über Bord zu werfen, weil „die anderen" das Ende der Demokratie ja doch heraufführten. Das entspricht der Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie auf die chilenische Tragödie; das entspricht ihrem Verhältnis zur Konterrevolution auf der ganzen Welt. Strauß ist nicht der einzige, er ist lediglich seinem Typus nach der kleinbürgerlichste, also am ehe-

Polizei-Terror im Georg-v.-Rauch-Haus, 5. März 75

300 Bereitschaftspolizisten, mobile Einsatzkommandos und Kriminalpolizei drangen um 2.15 Uhr gewaltsam ins Georg-von-Rauch-Haus ein.

Bewaffnung:

Maschinenpistolen, durchgeladene Pistolen, 3 Wasserwerfer, mehrere Hundeführer, Äxte, Vorschlaghammer, Brechstangen, Stahlhelme!

Zerstörung:

Sie schlugen mit Äxten die Türen ein, obwohl Leute mit dem Schlüssel daneben standen.

Wir mußten zusehen, wie sie mit den mitgebrachten Werkzeugen unsere Betten und anderes Mobiliar zusammenhackten. Sie schlitzten Milchtüten auf und zertraten das Brot in der Küche.

Was haben kaputte Betten, zerbrochene Fensterscheiben auseinandergerissene Plattenspieler, Kassettenrekorder und Fernsehapparate, was haben zerhackte Türen mit einer Personenüberprüfung zu tun?

Wie haben sie uns behandelt?

Wir wurden brutal aus den Betten gerissen, mit MP im Anschlag und nackt an der Wand aufgestellt. Wir durften uns nicht anziehen. Keiner durfte das Zimmer verlassen, und wenn, dann nur in Begleitung eines Bullen mit MP.

10 Bewohner festgenommen.

10 von uns wurden dann im Lastwagen zum Revier Friesenstraße gefahren und dort ohne Begründung mit Gewalt fotografiert und Fingerabdrücke von ihnen genommen. Einer, der wissen wollte, warum er das machen muß, hat jetzt eine gebrochene Nase! Um 9.30 Uhr wurde der letzte entlassen; wir kamen teilweise zu spät zur Arbeit. Es fanden keine Verhöre statt, sie wollten nichts herausbekommen, es war reine Einschüchterung.

Warum überfallen sie gerade unser Haus?

Weil wir Penner, Rauschgiftsüchtige, Kriminelle, arbeitsscheues Gesindel sind, wie Springer sagt? — Wie in allen Arbeiterfamilien gehen bei uns die Arbeiter arbeiten, die Schüler zur Schule, die Lehrlinge machen ihre Lehre.

Warum überfallen sie dann unser Haus?

Weil wir Rote sind! Weil wir uns mit unserer Wohnungsnot nicht abgefunden haben und ein Haus besetzt haben!

Bei Karin zu Hause

Mutter: „Reg' dich doch nicht auf, ist doch kein Wunder, wenn die Bullen da reinkommen, da wohnen doch nur Verbrecher."

Karin: „Ja, bei den reichen Piepels in Dahlem, da kommen sie nicht und machen alles kaputt."

Vater: „Ich krieg' von den Bullen nichts in die Schnauze und ich kriech' meinem Chef auch nicht in' Arsch."

Karin: „Du kannst 'n großes Maul haben, bei dir kommen sie ja auch nicht."

Mutter: „Wenn du ordentlich arbeiten gehst und dein Maul hältst, passiert dir auch nichts."

Karin: „Jetzt machst du schon 30 Jahre Akkord — und was haste davon? Du darfst immer noch dein Maul halten! —

Ich arbeite nicht mein ganzes Leben dafür, daß die Bonzen sich auf meine Knochen ausruhen, Urlaub machen, fressen und feiern. Wenn Ihr das ruhig machen wollt ...

Ich kusche nicht! Ich halte nicht das Maul. Ich laß mir das nicht gefallen!

Und wenn mir was passiert, und wenn die Bullen uns zusammenschlagen, halte ich trotzdem nicht die Schnauze. Ich bin nicht allein, es gibt noch mehr Leute, und es werden immmer mehr! Und durch Prügel können sie uns auch nicht aufhalten!"

BEWOHNER DES GEORG-VON-RAUCH-HAUSES

sten zur Massendemagogie befähigte Vertreter der westdeutschen Reaktion. Die politische Konzeption eines Carstens, Stoltenberg, Dregger und ihrer gröhlenden Hinterbänkler unterscheidet sich um keinen Deut von der Strauß'schen Linie. Begriffe wie Ausbeutung, Klassenkampf und Konflikt gelten den Wortführern der Reaktion als „psychosoziale Vergiftung", und jene, die sie in den Mund nehmen, sollen „bis zum Rest dieses Jahrhunderts" zum Schweigen gebracht werden. So deutlich haben die politischen Repräsentanten der Reaktion schon lange nicht mehr gesprochen. Eine detaillierte Analyse der bürgerlichen öffentlichen Meinung — der Politiker und Journalisten — spricht Bände. Anderswo wird das sehr gut verstanden. Der konservative „Corriere della Sera" erkennt, daß „Strauß sich als Vertreter des autoritären Staates und der Repression profiliert" (12. 3. 1975). Die konservative „Aurore" vermutet, daß für die Sozialdemokraten „das Totengeläut" begonnen haben könnte und sich heute „ein Sprungbrett für das Deutschland von morgen" darböte (12. 3. 1975). Der westdeutsche politische Konservativismus setzt auf die Verschärfung der ökonomischen Krise. Wir stünden erst „am Anfang einer wirklich großen Krise" (Strauß). Auf dem Tiefpunkt der großen Krise, die einen „psychologisch besseren Boden" bereite, sei dann die „Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat" zu bewerkstelligen. Strauß warnt davor, jetzt schon das „Rezept" zu verraten. Wir kennen es schon deshalb, weil es geschwätzige Lakaien triumphierend genug verkünden. Es ist wieder die Rede vom „starken Staat" einer „formierten Gesellschaft", wo dann „die Macht der Gewerkschaften durch entsprechende Gesetzgebung gebrochen werden muß". Der heutige „geistige Terrorist" Strauß und seine Mitstreiter aber wollen jetzt schon liberale Demokraten und alle Sozialisten präventiv zu Feinden der Gesellschaft erklären und verfolgen. Von allen Parlamentariern hat Herbert Wehner am deutlichsten diese innerstaatliche Feinderklärung und politische Strategie gespürt und ausgerufen, daß die Strauß, Carstens „und ihre gesittete Gesellschaft" „wirklich Reaktionäre sind; alles andere ist als ob ..." (das heißt eine Kostümierung).

Weil sich die sozialistische und kommunistische Linke in der Isolation befindet und der von der Reaktion antizipierte kommende Klassenkampf jetzt schon — präventiv — durch exekutive und gesetzliche Mittel noch stärker eingehegt werden soll, und weil die Arbeiterklasse selbst diesen Klassenkampf noch nicht wirklich erkannt, aufgenommen und organisiert hat, ist die Linke insgesamt der von öffentlicher Hetze begleiteten, in einer schubweisen Zunahme repressiver Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen bestehenden autoritären Entwicklung ausgesetzt. Die Gefahr schwerer Rückschläge ist deshalb groß. Denn es ist keineswegs zu erwarten, daß die SPD oder die FDP insgesamt der autoritären Reaktion demokratischen Widerstand leistet, der nur auf einer der Tendenz nach antikapitalistischen Mobilisierung von Massen beruhen könnte. Es ist besser, dieser gegenwärtigen Gefahr ins Gesicht zu sehen als die Augen vor ihr zu verschließen. Wir befinden uns jetzt in einem Stellungskampf, in dem wir Rückschläge aushalten, sie kollektiv auffangen und uns auf keinen Fall noch einmal mit „kindischen ‚linken' Losungen" von dem wachsenden Abwehrkampf, der antizipierbaren Gegenbewegung zur Offensive des Kapitals absondern dürfen (siehe dazu den Beitrag von H. E. Brand in dieser Ausgabe, S. 15—16).

GERT SCHÄFER

Bericht vom Bundeskongreß 1975 der Jungsozialisten

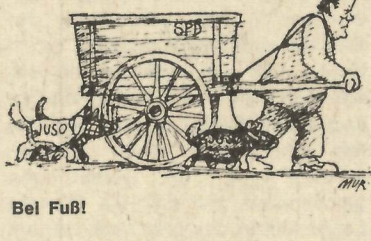
Bundeskongresse der Jungsozialisten sind seit je machtpolitische Auseinandersetzungen, sind Schlachten um die Behauptung (oder Eroberung) der Führung im Juso-Bundesverband. Seit Jahren verlaufen sie nach einem eigenartig feststehenden Ritual: Feierlicher Auftakt, Begrüßungen, Solidaritätsadressen und ‚große Reden' (diesmal vom Vorsitzenden Willy Brandt). Dann erstes Vorgeplänkel in der Diskussion um den Rechenschaftsbericht des scheidenden Bundesvorstands. Hierauf Kräftemessen in der Antragsberatung und Klärung der Mehrheitsverhältnisse in Rede und Abstimmungsschlachten, fast immer bis tief in die erste oder zweite Kongreßnacht hinein. Hierbei Zuspitzung des Konflikts um „entscheidende Formulierungen" und Einsetzen massivster Pression, schließlich Arrangement und Entdramatisierung, Wahlen mit harmlosen Nachgeplänkeln, Selbstdarstellung von Einheit, Solidarität und Verbundenheit mit der Partei in letzten Ansprachen, Schlußworten, Interviews und einer Pressekonferenz des neugewählten Bundesvorstands.

Der diesjährige Bundeskongreß unterschied sich von früheren lediglich im Grad der Schärfe, mit welcher die Auseinandersetzung seitens der etablierten Bundesführung um Heidi Wieczorek-Zeul geführt wurde. Um die Führung im Verband zu behaupten, drohte diese Gruppierung offen mit der Spaltung des Verbandes, im klaren Bewußtsein dessen, daß eine Spaltung der Jungsozialisten für die marxistischen Gruppierungen in der AG den Ausschluß aus der Partei bedeutet hätte. Welche Gründe hatte diese äußerste Zuspitzung des Konflikts zwischen den Flügeln der Jungsozialisten?

Schon vor dem Kongreß war es zu Auseinandersetzungen um die Bundesvorstandskandidatur von Detlev Albers gekommen. Albers ist der Verfasser des sogenannten „Hamburger Strategiepapiers", der Positionsbestimmung der sogenannten Stamokap-Fraktion. Mit Detlev Albers wollte die Stamokap-Gruppierung ihre Präsenz im 7-köpfigen Bundesvorstand auf zwei Vertreter verstärken (1974 war bereits der Berliner Stamokap-Anhänger Klaus-Uwe Benneter in den Bundesvorstand gewählt worden). Die bisher die Juso-Bundesführung bestimmende Richtung des sogenannten reformistischen Zentrums glaubte, in diesem Vorstoß der „Stamokaps" zu einer erweiterten Beteiligung am Bundesvorstand die Taktik zu erkennen, die Führung im Bundesverband gewissermaßen schrittweise zu erobern. Und da Detlev Albers für das „reformistische Zentrum" in besonderem Maße als „nicht-integrierbar" gilt, signalisierten Vertreter des alten Bundesvorstands bereits vor dem Kongreß Widerstand gegen die Wahl von Albers in den Bundesvorstand.

Nach den Delegiertenwahlen in den Bezirken zeigte es sich, daß Detlev Albers' Kandidatur auch gegen den Widerstand des bisherigen Bundesvorstands nicht aussichtslos war. Stamokap-Anhänger hatten bei den Delegiertenwahlen relativ gut abgeschnitten und außerdem entschied sich der für die „nicht-revisionistische Linke" in der Juso-AG meinungsführende Bezirk Hannover für die Unterstützung der Kandidatur von Detlev Albers. Wie stark die vereinte linke Opposition gegen den bisherigen Bundesvorstand auf dem Wiesbadener Kongreß war, demonstrierte denn auch gleich die erste bedeutsame Kampfabstimmung über die Frage, welcher der vorliegenden Anträge zum Thema „Reform und Staat" Diskussions- und Beschlußvorlage werden sollte. Zur Abstimmung standen ein Antrag des alten Bundesvorstands und ein alternativer Antrag aus dem größten Bezirksverband, dem Bezirk Westliches Westfalen. Der Antrag dieses Bezirks formulierte die orthodox marxistische Einschätzung des bürgerlichen Staates als einer „wesentlich kapitalistischen Maschine", als „Staat der Kapitalisten, ... unabhängig davon, welche Partei auch immer über die Mehrheit im Parlament verfügt und mit welchen Absichten sie antritt". Staatliche Reformen seien zwar nützlich für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und ihrer Kampfbedingungen im Kapitalismus, sie könnten jedoch den gesellschaftspolitischen Rahmen der kapitalistischen Ordnung nicht überschreiten; insofern gebe es eine „Systemgrenze" für die Reformtätigkeit des bürgerlichen Staates, die mit den Mitteln dieses Staates selbst nicht überwindbar sei.

Dieser These von der „Systemgrenze" des bürgerlichen Staates stellte der Bundesvorstand in seinem Antrag die These von der „relativen Autonomie" des Staates gegenüber, und folgerte, daß diese „relative Autonomie" des Staates gegenüber Kapitalinteressen „unter den Bedingungen eines demokratisch verfaßten Staates gegen die Kapitalinteressen gewendet" werden könne. Insofern ergebe



Bei Fuß!

sich die Möglichkeit zu „antikapitalistischen Reformen" und einer schrittweisen Demokratisierung der Verfügung über die Produktionsmittel und -prozesse (via Investitionskontrolle des demokratischen Staates und Ausweitung gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte). Die Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit für den Antrag des Bezirks Westliches Westfalen. Diese Mehrheit hielt auch stand, als das „reformistische Zentrum" versuchte, durch Abänderungsanträge gegenüber dem ursprünglichen Wortlaut des Westfalen-Antrags dessen anti-reformistische Linie zu verändern. Es zeigte sich, daß die vereinigte Linke über eine ausreichende Mehrheit auf dem Kongreß verfügte, um ihre wichtigsten Anträge und Personalvorstellungen durchzusetzen. Diese Mehrheitsverhältnisse konnten mit den traditionellen Mitteln der Kongreßtaktik offensichtlich nicht verändert werden, hier half nur noch die massivste Pression: Um 2 Uhr früh in der Nacht zum Samstag forderte Heidi Wieczorek im Namen aller Vorstandskandidaten des „reformistischen Zentrums" die Unterbrechung des Kongresses und kündete den Rückzug ihrer Kandidatur für den Fall an, daß der Westfalen-Antrag zum Thema „Reform und Staat" in dem vorliegenden Wortlaut beschlossen würde. Außerdem lehnte sie es ab, mit Detlev Albers zusammen in einem Bundesvorstand zu arbeiten: Wenn auf dem Kongreß eine linke Mehrheit für andere als die von ihr vertretenen Positionen sei, so müsse sich diese Mehrheit auch einen Bundesvorstand aus den eigenen Reihen wählen. Sie lehne es ab, zusammen mit anderen Genossen, die ihre inhaltliche Position teilen, als Alibi für eine ganz anders orientierte Kongreßmehrheit zu dienen.

Im klaren Bewußtsein des Fakts, daß weder die Juso-AG als ganze noch die Parteiführung gegenwärtig einen marxistisch orientierten Bundesvorstand aus den Reihen der vereinigten Juso-Linken tragen bzw. tolerieren würden, akzeptierte eine Mehrheit des Kon-

gresses am nächsten Tag mit 174 gegen 103 Stimmen ein „Positionspapier", das in 7 Thesen die theoretisch-programmatische Position des „reformistischen Zentrums" zusammenfaßt. Die Stamokap-Anhänger Benneter und Albers zogen hierauf ihre Kandidatur für den Bundesvorstand zurück. Der neugewählte Bundesvorstand setzt sich ausschließlich aus Vertretern „des reformistischen Zentrums" zusammen.

Die dem Sozialistischen Büro nahestehende nichtreformistische Gruppierung um den Bezirk Hannover trat auf dem Kongreß kaum selbständig in Erscheinung. Austrittsbewegungen und verschärfte Repression (vor allem in Baden-Württemberg) haben diese Gruppierung stark geschwächt. Die Stamokap-Gruppierung hat ihre theoretische Position, vor allem die Staatseinschätzung, erheblich revidiert. Sie strebt offenbar eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung ihrer theoretischen Position mit der der Restgruppe der früheren „Nicht-Revisionisten" an, um im Gesamtverband mehrheits- und durchsetzungsfähig zu werden.

Die Stärke (in der Theoriediskussion) und Schwäche (im Hinblick auf Basis- und Parteiverankerung) der beiden Gruppierungen der Juso-Linken liegt vor allem darin begründet, daß sie ihren Ausgang primär von den Hochschulorganisationen der Sozialdemokratie nehmen (SHB, Juso-Hochschulgruppen). Im Vergleich zu ihnen ist das „reformistische Zentrum" viel stärker in der Partei, und zwar auf allen Ebenen der Organisation, verankert. Seine Anhänger spielen eine führende Rolle im „Frankfurter Kreis" der Parteilinken und sind innerhalb der Partei infolge ihrer starken Präsenz auch in anderen Arbeitsgemeinschaften (Frauen, Lehrer, AfA usw.) kaum noch isolierbar. Demgegenüber stehen die marxistischen Gruppierungen permanent unter individueller oder auch kollektiver Ausschlußdrohung. Der Druck auf sie wird sich nach Niederlagen bzw. Verlusten in weiteren Landtagswahlen ohne Zweifel noch mehr verschärfen. Dieser Druck befördert Anpassungs- und Demoralisierungstendenzen. Sie wurden von Anhängern des „reformistischen Zentrums" wiederholt zum Gegenstand von Vorwürfen — vor allem gegenüber Stamokap-Anhängern — gemacht. Ohne eine starke anti-kapitalistische Massenbewegung wird eine konsequent marxistische Linie innerhalb der Juso-AG auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar sein. Der Wiesbadener Kongreß machte die restriktiven Bedingungen marxistischer Theoriediskussion ebenso wie die Grenzen personeller Durchsetzung nicht-reformistischer Positionen bei den Jusos klar erkennbar.

HELMUT KORTE

Aktionen gegen den Bau eines KKW in Wyhl

18. Februar 1975: Unter den Augen der Polizei wird trotz Strafandrohung der Bauplatz für ein Atomkraftwerk besetzt. Die Regierung ist natürlich empört, die Polizei reagiert hart: 2 Tage später räumen über 600 Polizisten mit Wasserwerfern, Panzerwagen usw. den Platz. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Aber nur scheinbar. 3 Tage später: Drei Hundertschaften Polizei mit schwerem Gerät haben sich auf dem Platz verschanzt. Mit 4 Meter hohen stacheldrahtgekrönten Palisaden und mehrere Meter breiten Panzerdrahtfeldern schützt sie sich gegen die empörte Bevölkerung, die draußen steht: 20 000. Aber es nützt nichts. Von allen Seiten dringen Demonstranten auf das Gelände, Polizeiketten werden überrannt, der Wasserwerfer kommt nicht mehr zum Einsatz. Ein Funkspruch: „Wir machen uns nur lächerlich." Der Polizei bleibt nur noch der Rückzug. Selbst ihre Gefangenen müssen sie zurücklassen.

Vietnam? Nein, deutsche „Provinz", Südbaden, Wyhl am Kaiserstuhl. Die nächste größere Stadt (Freiburg) liegt 40 km weit weg.

Wie kommt es, daß die Bevölkerung einer Region, die zu 65 % CDU wählte, auf einmal massenhaft schweren Landfriedensbruch begeht, einen Minister mit Straßensperren abfangen will und an einem Sonntagnachmittag 300 Polizisten von einem militärisch befestigten Platz vertreibt? Ministerpräsident Filbinger kann es sich nur erklären, indem er alles „linksradikalen Drahtziehern" in die Schuhe schiebt. Dabei kam die KPD erst, als der Platz schon besetzt war, und 10 Tage später wurden die „Spinner" von den Bauern vom Platz gejagt. Der KBW hatte schon vorher einsehen müssen, daß einzelne Genossen von der Bevölkernug nur dann geduldet wurden, wenn sie keine „Politik" machten; sein Einfluß in den Bürgerinitiativen ist annähernd Null. Und Baader-Meinhof hat sich hier noch nicht blicken lassen. Also wieso?

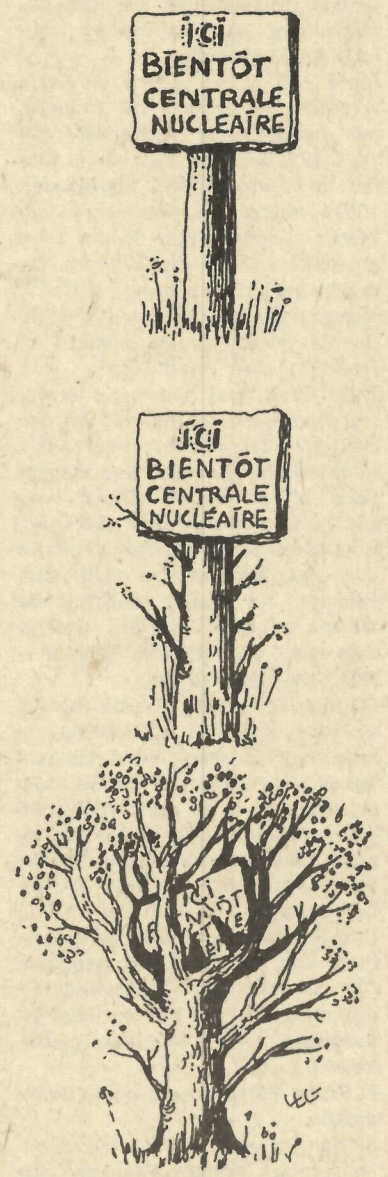
Zunächst: Auch die Provinz hat ihre kämpferische Tradition. Regionalplanung nach den Interessen des Kapitals formt ganze Landschaften um: Das Rheintal soll zum neuen Ruhrgebiet werden, in den Erholungsgebieten der Region verschwinden die Arbeitsplätze.

Chonik der letzten beiden Jahre:

1973 Schirmeck: Die Bewohner eines ganzen Vogesentals streiken für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Malterdingen: Eine stillgelegte Fabrik wird von den Arbeitern besetzt. Mulhouse: Besetzung der Kaligruben in mehreren Ortschaften über Monate hinweg. Breisach: Der Bau eines Atomkraftwerkes wird verhindert.

1974 Marckolsheim: Der Bauplatz einer Bleichemiefabrik wird über 6 Monate besetzt und der Bau verhindert.

Auch die Bauern stehen vor Problemen, die sie zum Kampf treiben: Vertikale und horizontale Integration in Nahrungsmittelkonzer-



Hier entsteht ein Axomkraftwerk

ne und „Genossenschaften" macht die meisten zu rechtlosen Heimarbeitern. Steigende Preise für Produktionsmittel bei fallenden Preisen für die Erzeugnisse führen zur Überschuldung. Nach Abzug der Zinsen verbleibt häufig nur noch ein Hungerlohn. Überall in Westeuropa verstärkt sich der Widerstand der Bauern: Larzac, Milchstreik in der Bretagne, Aktionen im Jura, am Brenner, an der Mosel — überall Kämpfe, die den Rahmen bürgerlicher Gesetze hinter sich lassen. Die alte Unabhängigkeit des Selbstversorgers erleichtert diese Bereitschaft.

Aber vor allem: Dieser Konflikt, um den es in Wyhl geht, hat sich über einen längeren Zeitraum hinweg zugespitzt. Schon seit Jahren wird im französischen Fessenheim (30 km südlich von Wyhl) ein Atomkraftwerk geplant und gebaut. Der Widerstand hielt sich im Rahmen

Die Wacht am Rhein

im elsaß und in baden
war lange große not
da schossen wir für unsere herrn
im krieg einander tot.
jetzt kämpfen wir für uns selber
in wyhl und marckolsheim
wir halten hier gemeinsam
eine andere wacht am rhein.

auf welcher seite stehst du? he!
hier wird ein platz besetzt.
hier schützen wir uns vor dem [dreck
nicht morgen, sondern jetzt!

wer will den bleiverseuchten wein,
blei-milch, blei-hecht, blei-aal?
wer ißt ein rindersteak mit blei?
vielleicht herr rosenthal? (1)
aber nein, der hält sich sehr [gesund
sauber und elegant —
bloß seinen cwm-mülleimer
stellt er in unser land.

zu straßburg auf der schanz
residiert der herr präfekt,
der hat bei der chemie-industrie
das große geld geleckt.
sicurani, sicurani (2)
du hast uns angeschmiert!
aber paß bloß auf: das elsaß
hast du nicht kolonialisiert.

es schlafen einige sehr schlecht
in wyhl, in wyhl, der stadt,
weil dort der bürgermeister
uns glatt verschaukelt hat.
jetzt sitzt er mit pistole
in seinem judas-haus
und denkt: „hätt ichs doch nicht [getan,
bald ist es mit mir aus!"

in mackenheim, in mackenheim
da kommt es knüppeldick:
da steht ein großer galgen
dran hängen sieben strick.
darunter steht betreten
der halbe gemeinderat,
der schon in bayers schlinge
den blöden schädel tat.

und wenn sie uns auch sagen,
die erste bürgerpflicht
wär ruh auf treu und glauben,
wir glauben ihnen nicht.
der glaube hatte nichts genützt
in stolberg und nordenham
wir haben nicht vergessen
ddt und contergan.

(1) Dr. Christian Rosenthal, Mehrheitsaktionär und Generaldirektor der Chemischen Werke München (CWM) über die badisch-elsässische Bevölkerung, die seinen Bauplatz besetzt hält: „Leute, die besoffen Gaudi machen . . ."

(2) Jean Sicurani, Präfekt für das Elsaß, ehemaliger Kolonial-Gouverneur in Polynesien, gab hinter dem Rücken der betroffenen Bevölkerung den Chemie-Industriellen grünes Licht.

des Üblichen: Unterschriftensammlungen, Protestmärsche, Gegengutachten. Der französische Staat hat das alles rigoros vom Tisch gewischt. Aber eines blieb: Das Bewußtsein einer Gefahr und die Erfahrung, daß die Regierung auf Argumente der Bevölkerung nicht hört.

Als 1973 in Breisach ein Kernkraftwerk gebaut werden sollte, war der Widerstand schon entschlossener. Das kam auch daher, daß die Bewohner der Umgebung nicht mehr „nur" gesundheitlich bedroht waren, sondern sich ganz massiv materiell, nämlich in ihrer Existenz als Weinbauern, bedroht sahen. Wie entscheidend dieses Moment war, zeigte sich an der Tatsache, daß die Stadt Breisach (radiologisch am meisten gefährdet) fast geschlossen für das KKW war, die Umgebung aber geschlossen dagegen. Die Weinbauern bekämpften daraufhin die wirtschaftlichen Hoffnungen der Stadtbewohner mit einem recht effektiven Käuferstreik.

Wichtige neue Erfahrungen wurden gemacht. Die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Hilfstruppen erlitt ihre ersten schweren Verluste: Hatten Wissenschaftler in Fessenheim (Frankreich) noch festgestellt, daß die Winde vorwiegend nach Osten — also auf die westdeutsche Seite — wehten, wiesen sie jetzt, 15 km weiter, vorwiegend Ostwinde nach, die den Dreck angeblich auf die französische Seite des Rheins wehen sollten. Als sie auch noch behaupteten, der Wein brauche keine Sonne zum Reifen, hatten sie endgültig verspielt; man glaubte ihnen gar nichts mehr.

Ähnlich erging es der Regierung: Hatte man anfangs auf die Hilfe der Genehmigungsbehörde vertraut — überall hingen Schilder „Eberle hilf!" (Eberle ist der zuständige Minister) —, so sah man sich bald eines Besseren belehrt. Es war zwar bekannt, daß Eberle auch im Aufsichtsrat des Energieunternehmens saß, aber erst, als er beim Anhörungstermin (er führte den „neutralen" Vorsitz) klarmachte, daß er absolut nicht neutral war, sondern sich offensichtlich in erster Linie als Angehöriger der Firma fühlte, verschwanden die Schilder und mit ihnen die Hoffnung auf die Regierung. Eine faule Tomate, die Eberle entgegenflog, war noch harmlos. Wenig später krachten im Rheinwald vor und hinter Eberles Auto Bäume auf die Straße, und der Herr Minister mußte zu Fuß den Rückzug antreten. Da die Gefahren für den Weinbau offensichtlich zu groß und der Widerstand zu entschlossen war, suchte die Regierung einen Ausweg und verlegte den Bauplatz 20 km nach Norden, eben nach Wyhl.

Hier ging der Widerstand nun von neuen Voraussetzungen aus. Die betroffene Bevölkerung war zum großen Teil die gleiche (die Weinbauern vom Kaiserstuhl und Teile der Freiburger Bevölkerung) und auch ihre Bedrohung war gleich geblieben. Dazu kamen die erwähnten Erfahrungen mit Wissenschaft und Regierung. Da es von vornherein klar war, daß die wissenschaftlichen Gutachten der Landesregierung nicht neutral waren, wurden gleich eigene Gegengutachten eingeholt. Sie trugen viel zur moralischen Standfestigkeit gerade der bürgerlichen Kräfte bei: Man hatte gute und meist sogar bessere Argumente als die Gegenseite, — die Berechtigung zum Widerstand war „wissenschaftlich untermauert".

Da es außerdem klar war, daß die Genehmigungsbehörde, d. h. die Regierung, praktisch mit dem Bauherrn identisch war (Filbinger ist nicht nur Aufsichtsratsvorsitzender des Kraftwerkunternehmens Badenwerk, sondern auch noch der ausführenden Baufirma Hochtief), mußten alle einsehen, daß der Staat nicht mehr eine moralisch integre und damit zu respektierende Instanz war, sondern ein Gegner, der sich selbst tendenziell außerhalb seiner Gesetze stellt. Damit war für viele grundsätzlich eher konservativ eingestellte Menschen der Weg frei, sich nun auch nicht mehr strikt an bestehende Gesetze gebunden zu fühlen. Diese Entwicklung wurde durch das Verhalten der Regierung gegenüber der Wyhler Bevölkerung noch verstärkt. Um die Bewohner dieses Ortes zum Verkauf ihres Waldes für den Bauplatz zu bewegen, wurde von Seiten der Regierung so offensichtlich manipuliert, bestochen und bedroht, daß das Abstimmungsergebnis (55 % für, 43 % gegen den Verkauf) fast als Sieg gewertet wurde und das ganze Vorgehen der Regierung die letzte Glaubwürdigkeit nahm.

Die Widerstandsformen waren zunächst die üblichen, aber sie hatten von Beginn an eine erstaunlich breite Basis. Bei einer Unterschriftenaktion wurden fast 100 000 Gegenstimmen gesammelt; Protestdemonstrationen mit Traktoren, Fischerkähnen, aber auch zu Fuß und mit dem Bus (sogar bis nach Stuttgart) machten auf die Betreiber des KKW zwar wie üblich keinen Eindruck; dies bewirkte hier aber keine Demoralisierung der Bevölkerung. Man wußte zu genau, gegen wen man kämpfte und ahnte, daß stärkerer Druck notwendig sein würde. Aber genauso klar war, daß kein legales Mittel ungenutzt bleiben durfte. Auch der Vorsichtigste mußte überzeugt werden.

Und die Regierung entsprach auch den Erwartungen, die man hegte. Die Gutachten waren für eine inzwischen informierte Bevölkerung ganz offensichtlich lückenhaft. Selbst ein bestellter Gutachter mußte zugeben, daß seine Messungen unzulänglich waren.

Der Anhörungstermin am 9./10. Juli 74 in Wyhl war eine von jedem zu durchschauende Farce; die im Keller versteckte Hundertschaft Polizei sowie die zahllosen Spitzel im Saal ließen schon ahnen, daß die Regierung nicht demokratisch, sondern notfalls diktatorisch vorgehen wollte.

Argumente gegen den Bau von Kernkraftwerken

Im Folgenden sollen einige der Gründe bzw. Tatsachen aufgeführt werden, die gegen den Bau von Kernkraftwerken sprechen:

1. Atomkraftwerke sind für technisches und menschliches Versagen anfällig.

In der BRD gibt es bei den bestehenden Atomkraftwerken laufend Reaktorunfälle:

Am 3. 2. 1972 explodierte im Kernkraftwerk Obrigheim ein Behälter mit radioaktivem Abwasser; am 14. 7. 1972 wurden bei einem Unfall im Kernkraftwerk Würgassen 1050 t radioaktives Wasser in die Weser geleitet. Ein Unfall kann entstehen, wenn die Wärme, die durch die Kernspaltung entsteht, nicht mehr abgeführt werden kann. Bei der Kernspaltung entsteht im Reaktor eine Temperatur von 2 500 Grad. Bei einem Kernkraftwerk von der Größe Wyhls werden 20 000 l Wasser/sec durch den Reaktorkern gepumpt. Das Wasser steht unter einem Druck von 153 atü und erreicht über 300 Grad. Kommt es zu einem Rohrbruch in der Hauptkühlleitung, muß dem Reaktor die weiter entstehende Wärme abgeführt werden. Gelingt dies nicht, schmilzt der Reaktor — Radioaktivität wird frei.

Für den Fall eines Rohrbruchs hat die Industrie ein Notkühlsystem entwickelt, dessen Funktionstüchtigkeit aber umstritten ist. Es kann im Reaktor auch ein Druckgefäß brechen. Die Kühlung der Brennstäbe fällt aus, die Katastrophe ist da. Hierfür gibt es kein Sicherheitssystem.

Der Katastrophenplan der Regierung wird nicht bekannt gegeben. Der Anteil der Sicherheitsforschung macht 3 % an den Gesamtausgaben für Kernenergieforschung aus.

2. Keine Versicherung deckt Großunfälle.

In der Schweiz beträgt die Maximalsumme 40 Mill. Franken, die Schäden würden aber in die Milliarden gehen. Keine deutsche Versicherung ist bereit, Privatleute gegen Atomenergieschäden zu versichern.

3. Auch im Normalfall werden radioaktive Stoffe abgegeben.

Zu jedem Kernkraftwerk gehört ein Kamin. Aus ihm entweicht radioaktive Abluft aus dem Reaktorinnern. Sie ist auf Risse und undichte Stellen an den Brennstoffhüllen zurückzuführen. „Man muß damit zufrieden sein, wenn 99 % der Brennstoffhüllen in Ordnung sind." (Zitat des Atomforums)

Auch die Abwässer enthalten radioaktives Material aufgrund von schlecht gereinigtem Wasser oder undichter Rohre im Kühlkreislauf. Künstliche Radioaktivität ist im Gegensatz zur natürlichen ausgesprochen schädlich. Sie summiert sich in der Nahrungskette, d. h. sie lagert sich in Pflanzen, Tieren und den Organen des Menschen ab. Die Folge solcher Einlagerungen wurde an Untersuchungen eines 75 MW Siedewasser-Reaktors in Big-Rock-Point, Michigan, deutlich: 1971 war in dessen Umgebung die Kindersterblichkeit um 49 % höher als im Gesamtdurchschnitt von Michigan. Die Häufigkeit von Sterbefällen an Leukämie war um 400 % höher, die Häufigkeit angeborener Mißbildungen um 230 %. Auch kleine Dosen von künstlicher Radioaktivität sind gefährlich.

4. Gigantische Kühltürme beeinflussen das Klima; direkte Abwärme beeinträchtigt die Gewässer.

Die in einem Kernkraftwerk erzeugte Wärme läßt sich nur teilweise in Strom umwandeln. Der Wirkungsgrad liegt bei den gängigen Kernkraftwerk-Typen bei 33 %. Aus wirtschaftlichen Gründen wird diese Wärme nicht genützt. Bei der Durchflußkühlung wird ein Teil des Rheinwassers durch das Kernkraftwerk geleitet, das gewärmte Wasser wird dem Rhein wieder zugeführt. Je nach Wasserstand wird der Fluß verschieden stark aufgeheizt. Bereits jetzt wird er bei niedrigem Wasserstand zur Kloake. Die aufgeheizten Abwässer des geplanten KKW in Wyhl würden den Fischbestand im Rhein erheblich gefährden; daher der Protest auch der Fischer dieser Region gegen das KKW Wyhl.

Die andere Möglichkeit sind Naßkühltürme — Wasserdampf wird an die Atmosphäre abgegeben. Die Kühltürme sollen in Wyhl 30—100 Tage im Jahr in Betrieb sein — im Spätsommer, Herbst, Winter. Die beiden Kühltürme würden 120 000 t/Tag verdampfen. Es käme zu Nebelbildungen und Niederschlägen. Ein Kühlturm von 100 m Höhe des 300 MW Kohlekraftwerks Neureuth/Köle verdampft 40 000 t/Tag. Hier treten Nebelschwaden von 50 m bis zu mehreren km Länge auf. Solche Nebelbildungen würden sich, da sie die Sonnenbestrahlung stark beeinträchtigen, äußerst negativ auf den Weinertrag im Kaiserstuhl auswirken.

5. Große Kernkraftwerke fördern die Fabrikballungen.

Anlagen mit riesigem Stromverbrauch werden angelockt. Sie stellen in der Regel eine große Umweltbelastung dar.

6. Atommüll bleibt über Jahrtausende gefährlich radioaktiv.

Bei zwei Kernkraftwerk-Blöcken zu 1 300 MW braucht man 200 t Uran/Jahr. Diese müssen mit anderen, weniger radioaktiven Abfällen aus Wyhl abtransportiert werden. Für den Transport braucht man bei 1 t Abfall einen Behälter von 30 t. Ein Unfall beim Verladen oder beim Transport hätte katastrophale Folgen. Radioaktiver Müll kann bis jetzt noch nicht sicher gelagert werden.

7. Ohne Verschwendung gibt es genug Strom.

Statt Kernkraftwerke brauchen wir sinnvolle Energiekonzeptionen.

EUGEN HEUERLE

Wird der Kaiserstuhl „rot“?

Gewiß entspricht das den Wünschen der hier operierenden K-Gruppen, nicht aber der Realität. Das verdeutlichen einige Sprüche des „Volksmundes“: „Bei der nächsten Wahl zeigen wir es denen da oben: da wählen wir was ganz Radikales: KPD oder NPD!“ Am Stacheldrahtverhau: „Nach 50 m beginnt die DDR“. „Mir habe doch unsere Weinberg. Wie solle mir Kommunischte sein?“

Ein Plakat: „Neue Standarte der CDU“, darunter ein Kreuz, Hammer und Sichel und die Buchstaben KKW, dann der Text: „Herr Gott, wir danken Dir, daß wir nicht so sind wie andere Kommunisten.“ Ein andermal: „Schwarzer Kommunismus.“

Der Lernprozeß der Kaiserstühler Bevölkerung orientiert sich an ihren konkreten Erfahrungen:

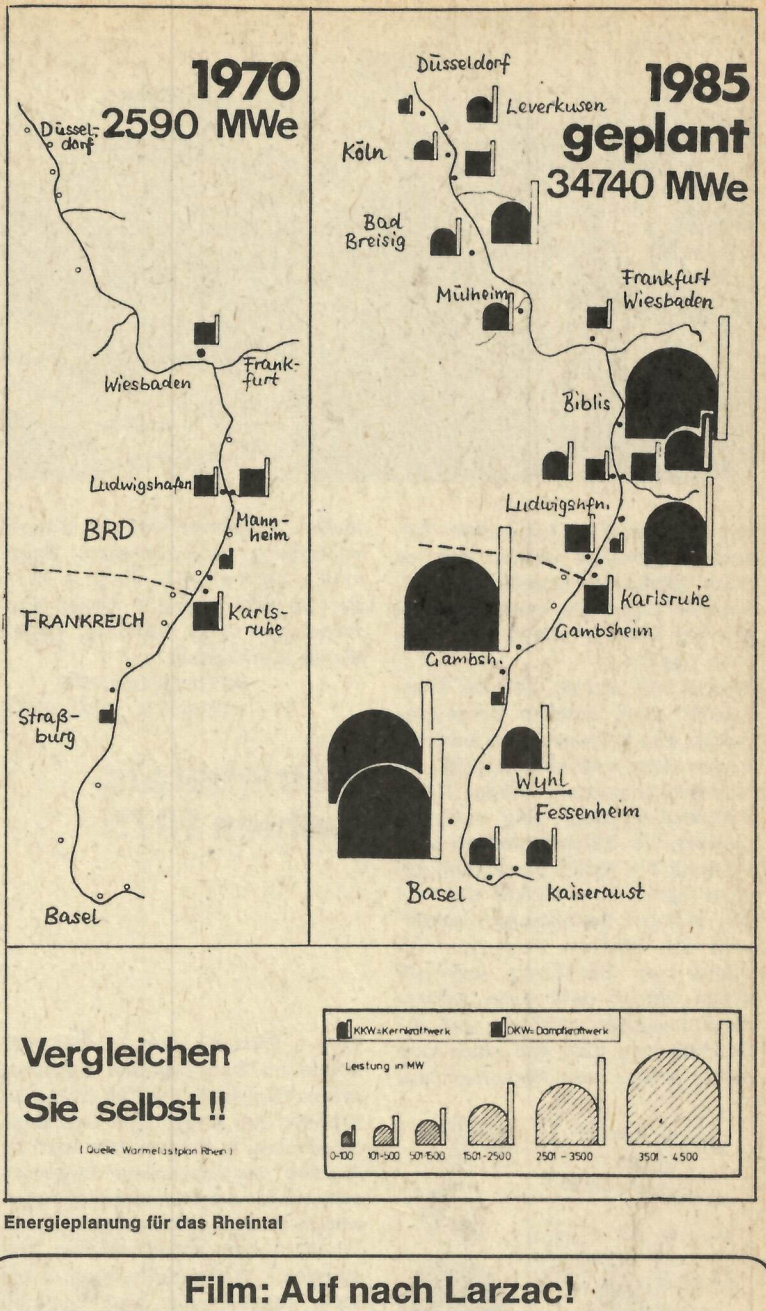
■ Die Regierungspartei, die CDU, ist schlecht (massenhafte Austritte, Ortsverbände lösen sich auf . . .), aber die anderen Parteien sind auch nicht besser. Überhaupt sind Parteien von Übel (einschließlich der kommunistischen: das grundsätzlich Andere konnten sie bisher nicht deutlich machen!) Dagegen wird zunehmend die selbständige Vertretung eigener Interessen wichtig.

■ Die „überparteiliche, unabhängige“ Presse wird als manipulierte Macht erfahren. Falsche Berichterstattung ist kein Zufall. Erst die Drohung der massenhaften Abbestellung brachte eine Verbesserung der Berichte.

■ Daß Filbinger nicht nur hier lügt. Wenn er diese Bewegung als von „Radikalen“ gesteuert diffamiert (jeder hier weiß, wie wenig gesteuert wird, allenfalls wird von Vorsichtigen gegengesteuert) und gleichzeitig vor „radikalen“ Chile-Flüchtlingen und „Radikalen im öffentlichen Dienst“ warnt, so wird das aufmerksam verfolgt und kommentiert. Mit Theorien, die alles global und schon im voraus wissen („der bürgerliche Staatsapparat . . .“), kann niemand hier etwas anfangen. So nützt es nichts, die Abhängigkeit der unabhängigen Gerichte von anderen Kräften zu beteuern, wenn das noch nicht im Falle KKW Wyhl bewiesen ist. Aber das Ausschöpfen aller legalen Mittel und spontanen Aktionsformen hält die Bewegung offen, und in der Tat hat sie sich seit eineinhalb Jahren zahlen- und kräftemäßig nur verbreitert.

Nicht aufgrund vorgefertigter Theorien und deren Bestätigungen haben die Kaiserstühler gelernt, sondern daraus, wie sich die gesellschaftlichen Kräfte in diesem konkreten Fall verhalten.

Die Bevölkerung ist jetzt hellwach: Das KKW wird nicht gebaut!



Energieplanung für das Rheintal

Aber noch wurden große Hoffnungen auf die dritte Gewalt, die Justiz, gesetzt. Für Prozesse wurden 5stellige Summen gesammelt. Erst als Filbinger sagte, daß der Baubeginn, durch einen Kraftakt der Regierung bedingt, auch mit rechtlichen Mitteln nicht mehr zu verhindern sei, setzte sich ein schon lange gefaßter Entschluß auch bei den Vorsichtigen durch: Gegen einen Gegner, der sich nur noch dem Schein nach an seine eigene Legalität hält und Wissenschaft, Gerichte und Polizei in seinen Dienst zwingt, helfen nur noch Widerstandsformen, die sich auch nicht mehr an jede Vorschrift halten und die von der breitest möglichen Bevölkerungsbewegung ausgehen mußten. Der Bau muß durch eine Besetzung des Bauplatzes verhindert werden.

Dieses Gefühl, als Bevölkerung einer allgewaltigen Staatsmacht gegenüberzustehen, erklärt auch ein Phänomen, daß allen Zugereisten zunächst unverständlich bleibt: Die Forderung nach absoluter politischer Neutralität innerhalb der Bewegung. Die Kräfte in dieser Bewegung kommen aus allen politischen Richtungen. Pfarrer und Bauern, Arbeiter und Kommunisten können nur zusammenarbeiten, wenn sie das Trennende zurückstellen. Das diese politische Abstinenz den bewußt konservativen Kräften sehr gelegen kommt, ist klar. Das offensive Auftreten kommunistischer Gruppen (aber auch der bürgerlichen Parteien) wird jedoch nicht nur von diesen konservativen Kräften bekämpft, sondern allgemein als schädlich empfunden und zurückgewiesen. Einzelpersonen, die sich als Kommunisten zu erkennen gaben, wurden dagegen meist selbstverständlich akzeptiert, ihre Ansichten wurden diskutiert und erwogen. In dem Augenblick aber, wo die Absicht einer Fraktionierung und Parteipropaganda deutlich wurde, erfolgte eine rigorose Ablehnung. Da ein solches Verhalten besonders häufig von zugereisten kommunistischen Gruppen praktiziert wurde, ergab sich daraus später eine (sekundäre) Ablehnung „der Zugereisten“ und „der Kommunisten“.

Eine weitere Folge dieses Zwangs zur Einheit ist die strikte Festlegung auf das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Nur auf diesem Nenner sind alle bereit, mitzumachen. Auch wenn sich dieses Prinzip in der Praxis nicht immer durchhalten läßt (300 Polizisten lassen sich eben nicht völlig gewaltfrei vom Platz jagen und auch ein Minister hält seinen Wagen nicht freiwillig an), bleibt es als Prinzip unverzichtbar.

Und erst als das Badenwerk mit staatlicher Billigung tatsächlich in ein schwebendes gerichtliches Verfahren eingriff und durch das Abholzen des unter Naturschutz ste-

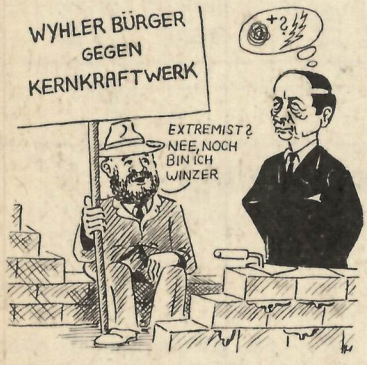
Film: Auf nach Larzac!

Dieser Film (45 Minuten, 16 mm, schwarz-weiß, Magnetton, Verleihgebühr DM 40,—) zeigt die Solidaritätsbewegungen 1973 und 1974 für den Kampf der Bauern von Larzac. Seit vier Jahren kämpfen 103 Familien in Occitanien (Südfrankreich) gegen die Enteignung zugunsten der Ausweitung eines Truppenübungsplatzes. Die ehemals „rechten“ Bauern gewinnen in diesem Kampf gegen die „Armee des Kapitals“ ihr politisches Bewußtsein. Nicht der reaktionäre Bauernverband, sondern fortschrittliche Bauern, kämpfende Arbeiter (Lip) und linke Gruppen und Organisationen beweisen ihnen, was Solidarität ist. 80 000 (1973) bzw. 103 000 (1974) Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten kamen aus ganz Frankreich zu den Solidaritätsfeste auf das Hochplateau von Larzac. Sie erkennen, daß Arbeiter und Bauern den gleichen Kampf um die Arbeitsplatzerhaltung, menschlichere Arbeitsbedingungen usw. führen. So war 1973 die Hauptparole: „Lip und Larzac — der gleiche Kampf!“ 1974 stand das Fest der Bauern im Zeichen der Dritten Welt. Die Bauern begründen dies in ihrer Zeitung „Larzac-Informations“: „Weil die Kolonisation sich innerhalb unseres Landes abspielt, siehe die Bretagne, das Baskenland, Korsika und Occitanien, wie in der Dritten Welt. Gegen die Ausweitung des Militärlagers kämpfen heißt auch: Kampf gegen den Mord und die Ausplünderung der Dritten Welt.“ — Der Film zeigt die Ernte eines Feldes zur Unterstützung der Bauern in der Sahel-Wüste und die Besetzung eines schon von der Armee enteigneten Landes unter der Parole: „Denen das Land, die es bebauen!“ Der Film wurde in Zusammenarbeit von deutschen und französischen Freunden des Larzac gedreht und montiert. Es existiert eine deutsche und eine französische Fassung des Films.

Informationen und Verleih des Films: Filmgruppe Mainz c/o K. J. Gerke, 65 Mainz, Martinstraße 19.

henden Auwaldes vollendete Tatsachen schaffen wollte, war es dann tatsächlich soweit: Am 17. Februar fielen die ersten Bäume. Am 18. Februar wurde der Bauplatz besetzt.

Hierbei war wichtig, daß die Möglichkeit eines solchen Vorgehens bereits seit 4 Monaten im benachbarten Marckolsheim (Elsaß) erfolgreich praktiziert wurde. Diese Bauplatzbesetzung ging von den gleichen 21 Bürgerinitiativen aus, die auch die Wyhler Besetzung geplant hatten und stützte sich auf die gleiche Bevölkerung beiderseits des Rheines. Aber der Entschluß zur Besetzung war vor einem halben Jahr noch weitgehend umstritten gewesen, und die Durchführung ging von einer kleineren Anzahl von Personen aus.



Ohne die Tatsache, daß sich in Marckolsheim kein einziger Polizist der Besetzung entgegenstellte, wäre sie auch kaum möglich gewesen. In Wyhl war schon bei der ersten Besetzung Polizei anwesend und drohte mit Gewaltanwendung. Sie wurde ausgelacht. Ausgestellte Strafbefehle wurden vor ihren Augen verbrannt.

Und dieser „ungeheuerliche Akt der Illegalität", dieser „schwere Landfriedensbruch" (Filbinger vor dem Landtag) wurde von der breiten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Als die Regierung diesen Widerstand mit brutaler Gewalt brechen wollte und den Platz durch ihre Hundertschaften räumen ließ, erreichte sie das genaue Gegenteil. Waren zur letzten Kundgebung vor der Besetzung „nur" 4000 Personen gekommen (für diese Gegend eine riesige Menge, so kamen nach der Räumung fast 20 000. Die Polizei war machtlos, und die Regierung mußte die vorläufige Vollziehbarkeit der Baugenehmigung zurücknehmen. Heute sind — nach einer Umfrage — 75 % der Bevölkerung der Kreise Emmendingen und Freiburg gegen dieses Kernkraftwerk.

INITIATIVGRUPPE
FREIBURG KKW NEIN!

Betriebsratswahlen 1975

Vom 1. März bis zum 31. Mai 1975 finden im Bundesgebiet Betriebsratswahlen statt. Fast 20 Millionen Arbeiter und Angestellte sind dazu aufgerufen. In diesem Jahr wird im Zeichen der schwersten ökonomischen Krise der Bundesrepublik gewählt: Massenentlassungen, Kurzarbeit, Abbau außertariflicher Leistungen, Lohnerhöhungen, die nicht einmal mehr den Reallohn sichern und die Steigerung der Arbeitshetze kennzeichnen die Entwicklung des letzten Jahres.

Für die Betriebsräte ist damit fast überall eine neue Situation entstanden. Vermochten sie in Hochkonjunkturzeiten relativ mühelos, hinter verschlossenen Türen außertarifliche Zulagen mit den Unternehmern auszuhandeln und sich damit eine häufig fast unangreifbare Machtposition gegenüber den Belegschaften zu sichern, so ist dieser Spielraum in letzter Zeit wesentlich enger geworden: die Unternehmer setzen das ihnen mit der Massenarbeitslosigkeit in die Hand gegebene Druckmittel rücksichtslos ein, um die Zugeständnisse gegenüber dem Betriebsrat zu beschneiden. Gleichzeitig sehen sich die Betriebsräte in ihrem Handeln stärker als früher von der Belegschaft beobachtet, die von ihnen eine konsequente Unterstützung im Abwehrkampf gegen die vielfältigen Angriffe des Kapitals erwartet.

Die rechtlichen Möglichkeiten des Betriebsrats zu einer konsequenten Interessenvertretung sind, wie bekannt, sehr begrenzt. Seine Hände sind auf vielfältige Weise durch das Betriebsverfassungsgesetz gefesselt: u. a. durch das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 2 Abs. 1 BetrVG), die Friedenspflicht (§ 74 Abs. 2 BetrVG) und die Geheimhaltungspflicht (§ 79 Abs. 1 Satz 1 BetrVG). Das Gesetz versucht den Betriebsrat noch zusätzlich gegenüber der Belegschaft durch deren Ausschluß von den Betriebsratsentscheidungen zu verselbständigen: die Betriebsversammlung kann dem Betriebsrat keine Weisung erteilen und auch nicht abwählen (vgl. zu diesen Fragen den Aufsatz von R. Erd in „express" Nr. 2, 20. 2. 1975).

Das Betriebsverfassungsgesetz steht einer Klassenkampfstrategie eindeutig hemmend gegenüber. Allerdings haben Gesetze allein noch nie den Verlauf der Klassenkämpfe bestimmt. Zwar dient das BetrVG, wie die bisherigen Erfahrungen überwiegend bestätigen, vor allem dazu, eine innerbetriebliche Schicht von „Arbeiterführern" heranzuzüchten und deren Verselbständigung gegenüber den Belegschaften zu fördern; als Gegenleistung zu den ihnen von Unternehmerseite gewährten Privilegien sind die „Betriebsratsfürsten" bereit, unter dem Schleier des „Allgemeinwohls" Kapitalinteressen gegenüber den Belegschaften zu vertreten (das Spektrum eines derartigen Verhaltens reicht von der bereitwilligen Zustimmung zu Massenentlassungen und Betriebsstillegungen über Denunziationen bei den Betriebsleitungen bis zur aktiven Teilnahme an der Niederschlagung spontaner Streiks z. B. bei Ford-Köln 1973).

Aber es sind auch genügend Ausnahmen von der Regel bekannt. Bescheidene Möglichkeiten einer anderen Betriebsratspolitik bietet selbst das Betriebsverfassungsgesetz: relativ weitgehende Mitbestimmungsrechte hat der Betriebsrat in sozialen Angelegenheiten (z. B. bei der Arbeitszeitfestlegung, der Aufstellung von Urlaubsplänen, der Einführung von technischen Einrichtungen, die das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten überwachen, dem Arbeitsunfallschutz, der betrieblichen Lohngestaltung und der Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze); in personellen Angelegenheiten hat der Betriebsrat insbesondere ein Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen; in wirtschaftlichen Angelegenheiten wird ihm vor allem ein Mitbestimmungsrecht bei der Aufstellung von Sozialplänen zuerkannt. Diese wenigen gesetzlich gegebenen Möglichkeiten gegenüber dem Unternehmer zu vertreten, stellt sich als erste Aufgabe eines klassenkämpferischen Betriebsrates. Aber das BetrVG kann wie jedes Gesetz nur den Rahmen abstekken: jene gesetzlich nicht genau fixierbare „Grauzone" zwischen dem noch eindeutig innerhalb des gesetzlichen Rahmens und dem über ihn hinausgreifenden Bereich zugunsten der Belegschaften zu erweitern, stellt sich einem kämpferischen Betriebsrat als zweite Aufgabe.

Die dritte einem linken Betriebsrat gebotene Möglichkeit besteht im Unterlaufen des Gesetzes: ein kämpferischer Betriebsrat wird z. B. immer Möglichkeiten finden, die Informationen unter die Kollegen zu bringen, die er auf Grund der ihm auferlegten Schweigepflicht nicht direkt weitergeben kann. (Beispiele im „express", Nr. 2, 20. 2. 1975, S. 7). Voraussetzung dazu aber ist die Aufhebung der Verselbständigung des Betriebsrates und eine enge Kooperation mit der Belegschaft, der gegenüber er — wenn auch nicht rechtlich, so faktisch - unmittelbar verantwortlich sein muß. In „normalen" Zeiten wird ein linker Betriebsrat seine Stütze außerhalb des Betriebsrats vor allem im Vertrauensleutekörper, d. h. der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation, suchen. Aber oft genug wird es ihm nicht möglich sein, diesen für eine klasssenkämpferische Politik gegenüber dem Unternehmen hinter sich zu bringen.

Anläßlich der Betriebsratswahlen 1972 wurde am Beispiel Daimler-Benz in Untertürkheim auch einer breiteren Öffentlichkeit demonstriert, daß ein konsequenter, von großen Teilen der Belegschaft unterstützter Widerstand gegen die Unternehmenspolitik auf erbitterte Ablehnung der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsapparate stoßen wird: die von den sozialdemokratischen Betriebsräten von aussichtsreichen Listenplätzen hinwegmanipulierten Kollegen Hoß, d'Andrea und Mühleisen waren — wollten sie sich nicht selbst zur Untätigkeit verurteilen — gezwungen, auf einer Gegenliste zu kandidieren, obwohl das ihren Gewerkschaftsausschluß bedeutete. Der Wahlerfolg war jedoch eine Bestätigung ihres Vorgehens.

Die Ereignisse bei Daimler-Benz waren kein Einzelfall. Auch bei den jetzigen Betriebsratswahlen sind immer wieder Kollegen, die auf Grund ihrer klassenkämpferischen Politik bereits aus den Gewerkschaften ausgeschlossen worden sind oder die auf Grund ihrer konsequenten Politik von den offiziellen Gewerkschaftslisten ferngehalten werden oder von den sozialdemokratischen Abonnementsbetriebsräten auf „Vorschlagslisten" bewußt an aussichtsloser Stelle plaziert werden, gezwungen, sich zwischen Nichtstun und Einflußlosigkeit oder dem Aufstellen einer eigenen Liste zu entscheiden, obwohl sie — im Gegensatz zu christlichen Gewerkschaften und der DAG — für das Prinzip der gewerkschaftlichen Einheitsliste eintreten. Eine oppositionelle linke Liste muß also nicht Spaltung und Schwächung bedeuten, sondern kann im Sinn einer aktiven politischen Arbeit im Betrieb liegen. Das ausschlaggebende Kriterium für die Aufstellung einer eigenen Liste ist jedoch — unter der Voraussetzung, daß es nicht möglich ist, auf der offiziellen Gewerkschaftsliste plaziert zu werden —, ob die oppositionelle Bewegung bereits genügend von der Beleg-

schaft getragen wird. Keinesfalls aber kann die z. B. von der DKP im Interesse der Absicherung einiger Positionen im Gewerkschaftsapparat vertretene prinzipielle Ablehnung oppositioneller Listen unterstützt werden, muß diese Politik doch zur Demoralisierung und Schwächung gerade der kämpferischsten, unvermeidlich in Konflikt zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie geratenden Betriebskader führen — und damit letztlich sogar zur Schwächung der eigenen Position im „Apparat" beitragen, die man durch diese Politik zu stützen hofft.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß der Betriebsrat zwar durch das Gesetz als sozialpartnerschaftliche Institution im Betrieb geschaffen wurde; dennoch bietet sich für klassenbewußte Belegschaftsmitglieder die Chance, als Betriebsrat nicht nur die wenigen gesetzlich vorhandenen Möglichkeiten zugunsten der Belegschaften auszuschöpfen, sondern auch die Fesseln des Gesetzes partiell hinauszuschieben oder zu unterlaufen und so die Bedingungen einer aktiven klassenbewußten Politik zu verbessern. Voraussetzung dazu aber ist eine enge Verbindung zwischen Betriebsrat und Belegschaft. Was ein Betriebsrat vermag, hängt also nicht zuletzt von seinen eigenen politischen Zielen und seiner Verankerung in der Belegschaft ab. Die Widersprüche im Betrieb verlaufen nicht einfach zwischen Betriebsrat und Belegschaft, sondern zwischen klassenkämpferischen und sozialpartnerschaftlichen Betriebsräten, zwischen linken und rechten Vertrauensleuten, zwischen klassenbewußten und den noch unpolitisierten Belegschaftsmitgliedern.

Ein autonomes Klassenkampfinstrument kann der Betriebsrat angesichts der ihm auferlegten gesetzlichen Fesseln allerdings nicht werden. Derartige Kampfinstrumente werden von den Belegschaften in Form von Streikkomitees, Arbeiterräten usw. erst mit der Entfaltung der Klassenkämpfe geschaffen werden. Für die Zeit, da das noch nicht der Fall ist, kann der Betriebsrat — trotz aller notwendigen Einschränkungen — ein Element einer sich ansatzweise entwickelnden klassenbewußten Politik sein. Voraussetzung dazu aber ist und bleibt die Einbindung der Betriebsratspolitik in eine klassenkämpferische Betriebsarbeit, die nicht nur über den Vertrauensleutekörper Einfluß auf die gewerkschaftliche Politik im Betrieb zu gewinnen versucht, sondern mit Hilfe von sozialistischen Betriebsgruppen den ersten Ansatz zur Schaffung einer autonomen Klassenorganisation auf Betriebsebene verwirklicht.

Daß die tatsächliche Entwicklung heute erst vereinzelt so weit vorangeschritten ist, sei unbestritten. Andererseits ist auch kein Anlaß zu übergroßem Pessimismus. Die in den letzten Jahren in den Betrieben sichtbaren Neuanfänge der Selbstorganisation der Belegschaften sind zwar außerhalb bislang kaum zur Kenntnis genommen worden, nichtsdestoweniger aber eine, wenn auch noch schwache Kraft. Die sich gerade in Krisenzeiten verschlechternden Existenzbedingungen lassen den Belegschaften von einem bestimmten Punkt an, wie die Warnstreiks im Februar 1975 in der NRW-Metallindustrie und die Kämpfe gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen beweisen, keine andere Wahl, als den Widerstand aufzunehmen. Im Interesse der Stärkung dieses sich organisierenden Widerstandes sollten auch die Betriebsratswahlen 1975 gesehen werden.

JÖRG-PETER FAUST

Das Karlsruher Urteil zum §218

dpa

Die Fristenregelung ist auf unabsehbare Zeit gescheitert, gescheitert an fünf Richtern, die ihren verfassungsmäßigen Auftrag in einer Weise ausgelegt haben, die eine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Urteil und seiner Bedeutung für die rechtsstaatliche Ordnung der BRD dringend erforderlich macht. Die Notwendigkeit der Kritik gilt unbeschadet der Tatsache, daß Verfassungsgerichtsentscheidungen unrevidierbares Recht setzen. Sie sind als geltendes Recht zu respektieren, aber im Unterschied zu obersten päpstlichen Glaubensentscheidungen steht es jedem frei, sie für falsch zu halten. Dieses oft als „Urteilsschelte" diffamierte Kritikrecht kann nur in Zweifel ziehen, wer den Verfassungsrichtern „Unfehlbarkeit" zusprechen wollte, was zwar vielleicht dem Selbstverständnis einiger Verfassungsrichter, aber kaum demokratischen Wertvorstellungen entspricht.

Das Urteil zur Abtreibungsreform ist schon deswegen fragwürdig, weil es von den ausdrücklichen Absichten des Verfassungsgebers abweicht. Während der 2. Lesung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat wurde mit 11 gegen 7 Stimmen ein Antrag abgelehnt, den Passus „Das keimende Leben wird geschützt" in das GG aufzunehmen. Art. 2 Abs. 2 hat daher folgenden Wortlaut: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden."

Es ist ganz eindeutig, daß die Verfassung Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte durch Gesetz zuläßt. Offenbar waren die Verfassungsgeber auch der Meinung, daß der Art. 2 Eingriffe in das Recht auf Leben ebenfalls nicht ausschließt. Sie haben es daher z. B. für notwendig gehalten, die Todesstrafe in Art. 102 ausdrücklich abzuschaffen. Ist es schon von dieser Sachlage her kaum möglich, die Verfassungswidrigkeit der Fristenregelung zu begründen, so wird die vorgebliche Verfassungswidrigkeit noch zweifelhafter, wenn man berücksichtigt, daß Art. 2 die Freiheit der „Person" und das Recht auf „freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" schützt. Das Karlsruher Urteil, das auch dem Embryo diese Persönlichkeitsrechte zuschreibt, weicht von der üblichen Rechtspraxis ab. Nach gängiger Rechtsauffassung existiert der Mensch juristisch mit der Geburt. So legt das BGB fest, daß die Rechtsfähigkeit des Menschen mit der Vollendung der Geburt beginnt. Die Unterscheidung zwischen einem Embryo und einem lebend und lebensfähig geborenen Kind treffen übrigens auch die Kirchen und die Mediziner. Entgegen ihrer mit moralischem Pathos verkündeten Auffassung, man könne im Prozeß der Entwicklung menschlichen Lebens keinen bestimmten Zeitpunkt der Personwerdung ausmachen, vollziehen sie praktisch sehr wohl einen solchen Einschnitt. So reden die Ärzte im Falle der Lebensfähigkeit von einer „Frühgeburt", beim Fruchtabgang zu einem früheren Zeitpunkt aber von einer „Fehlgeburt". Daß dieser Unterschied sich mit dem Fortschritt der Medizin zeitlich verschiebt, hebt ihn doch nicht auf. Eine Frühgeburt wird außerdem standesamtlich registriert, ggf. getauft und bei späterem Tod beerdigt. Eine Fehlgeburt aber wird nicht in dieser Weise als „Person" behandelt.

Die Entscheidung der Karlsruher Richter legt abweichend von dem Willen der Verfassungsväter und im Unterschied zur Rechts- und Alltagspraxis einen Zeitpunkt der Personwerdung fest, der auch im Wortlaut des GG keine Abstützung findet. Die Richter erklären, „Leben im Sinne der geschichtlichen Existenz" beginne mit dem 14. Tag nach der Empfängnis. Wieso sie gerade diesen Zeitpunkt in der biologischen Entwicklung wählen, bleibt das Geheimnis der Richter. Sie erheben den Embryo zum „selbständigen menschlichen Leben" und leiten daraus die Pflicht des Staates ab, ihn „grundsätzlich auch gegenüber der Mutter" zu schützen. Geradezu haarsträubend ist die Argumentation des Urteils, es gehe bei der Frage der Abtreibung nicht nur um den Schutz menschlichen Lebens, sondern auch um den Schutz der „Menschenwürde", die Art. 1, Abs. 1 GG für untastbar erklärt. Die Absurdität, in Zusammenhang mit einem zwei Wochen alten Embryo von „Menschenwürde" zu sprechen, versuchen die Richter zu erledigen, indem sie menschliches Leben an sich als „vitale Basis der Menschenwürde" bezeichnen. Die Richter müssen sich hier den Vorwurf gefallen lassen, die Würde des menschlichen Lebens auf die bloße physische Existenz zu reduzieren. Wer zwei zufällig miteinander verbundenen Zellen Menschenwürde zuspricht, setzt den Begriff der Menschenwürde in einer Weise herab, die mit der „Wertordnung" des Grundgesetzes sicher nicht vereinbar ist. Daß es den Richtern nur um den Schutz des Lebens im physiologischen Sinne geht, ihnen aber die Menschenwürde des Kindes zutiefst gleichgültig ist, wird an dem das

frauenbewegung:
wir brauchen keine männer mehr!
österreichs ärzte sabotieren abtreibung
alice schwarzer: verzicht auf hausfrauenlohn
arnold künzli: patriarch tito gegen praxis
ernest mandel: für gleitende lohnskala
wie drück ich mich vorm bundesheer?
NEUES FORVM
märz 1975
An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

gesamte Urteil durchziehenden Trugschluß deutlich, es sei das Recht des werdenden Lebens dadurch zu schützen, daß man die Frau zwingt, es auszutragen. Wer Frauen durch Strafandrohung zwingen will, gegen ihren Willen Kinder zur Welt zu bringen, bringt damit ganz unzweideutig zum Ausdruck, daß er dem Kind die wichtigste Bedingung eines „menschenwürdigen" Lebens — die Liebe der Mutter — nicht sichern will.

Die von den Verfassungsrichtern offenbar gewünschten, - bzw. in Kauf genommenen sozialen Folgen ihrer Entscheidung, daß nämlich weiterhin Kinder unerwünscht geboren werden, daß weiterhin Kinder in Heimen aufwachsen müssen, werden nicht in vollem Umfang wirksam werden. Immer weniger Frauen sind nämlich bereit, ein Kind in die Welt zu setzen, dem sie nicht die nötigen materiellen, sozialen und emotionalen Bedingungen eines „menschenwürdigen" Daseins sichern können. An dieser Tendenz wird auch das Urteil nichts ändern. Wenn man von einer Abtreibungsziffer von 100 000 pro Jahr für die BRD ausgeht, bedeutet das, daß jede 10. Frau im gebärfähigen Alter pro Jahr eine Abtreibung vornimmt; anders ausgedrückt: Wenn man die Männer als Mitbetroffene hinzurechnet, hat durchschnittlich die Hälfte der Bevölkerung einmal im Leben mit einer Abtreibung zu tun. An diesen Zahlen wird kein Strafgesetz, sondern nur eine bessere Empfängnisverhütung etwas ändern. Da es einen schlechthin perfekten Empfängnisschutz nicht gibt — auch die Pille ist hier nicht der Weisheit letzter Schluß — muß der Schwangerschaftsabbruch als letzte Möglichkeit offen sein. Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Befürworter der Fristenregelung nicht für die Abtreibung, sondern nur gegen die Bestrafung sind.

Von den Auswirkungen des Karlsruher Urteils sind besonders die Frauen betroffen. Die Abtreibung soll weiterhin prinzipiell strafbar bleiben. Der Frau wird weiterhin das Recht verwehrt, selbst darüber zu entscheiden, ob sie ein Kind haben will. Die darin zum Ausdruck kommende Mißachtung der Menschenwürde der Frau ist ein besonders zynischer Beitrag zum internationalen „Jahr der Frau". Dafür sind allerdings nicht allein die fünf Richter verantwortlich zu machen. Das Scheitern der Fristenregelung ist vielmehr Ausdruck der in der BRD sich verstärkenden Tendenz, den Emanzipationsbestrebungen der Frauen einen Riegel vorzuschieben. Der § 218 ist nur ein Mittel unter anderen, die selbständige Entscheidung der Frauen über ihr Leben in Familie und Beruf zu verhindern. Es soll weiterhin über sie verfügt werden: Die Unternehmer verfügen über ihre Arbeitskraft, Gutachterkommissionen verfügen über das Austragen einer Schwangerschaft. Die freie Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch könnte einen wichtigen Schritt auf dem Wege in die Unabhängigkeit und Selbständigkeit bedeuten. Frauen könnten auf die Idee kommen, auch auf anderen Gebieten gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen. Sie könnten Berufstätigkeit als selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen und gleiche Entlohnung fordern. Sie könnten sich gegen Entlassungen wehren, die ihnen mit dem Argument, daß sie ja nur „dazuverdienen", Männer aber eine Familie ernähren müssen, noch als besonders „sozial" verkauft werden.

Diese emanzipationsfeindliche Tendenz kommt nicht von ungefähr. Daß es gerade jetzt offenbar darum geht, die Frauen als billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten, hat vielmehr seinen Grund in der wirtschaftlichen Krisensituation. Schwankungen in der sozialen Stellung der Frau sind schon immer den Phasen der Wirtschaftsentwicklung gefolgt. Während in Zeiten erhöhten Arbeitskräftebedarfs (durch Kriege oder wirtschaftliche Expansion) Frauen für Erwerbsarbeit geworben werden, versucht man in Krisenzeiten, sie wieder mehr auf die Familie zu beschränken.

Wenn dieser Zusammenhang zwischen dem § 218-Urteil und der wirtschaftlichen Situation richtig ist, erscheint die Karlsruher Entscheidung in einem neuen Licht. Die Absurdität des Urteils wäre dann nicht als eine mehr oder weniger zufällige Abirrung zu erklären, sondern als Symptom einer Aushöhlung der Neutralität der höchsten Verfassungsinstitution durch bestimmte wirtschaftliche und politische Kräfte. Das Minderheitsvotum der beiden Verfassungsrichter unterschätzt eine solche Erklärung. Wie schon beim Verfassungsgerichtsurteil zum Hochschulrahmenrecht stellt das Minderheitsvotum zum § 218-Urteil eine folgenschwere Kompetenzüberschreitung des Verfassungsgerichts fest. Das GG weist dem Verfassungsgericht die Funktion zu, über die „förmliche und sachliche Vereinbarkeit" von Gesetzen mit der Verfassung zu entscheiden. Hier aber wird — wie beim Hochschulurteil — nicht eine GG-Auslegung als verfassungswidrig abgelehnt, sondern eine von vielen möglichen Auslegungen zwingend vorgeschrieben. Das Minderheitsvotum befürchtet hier eine Verschiebung der Gewichte zwischen den einzelnen Verfassungsorganen, da das Verfassungsgericht in die Gesetzgebungskompetenz eingreife. Eine ähnliche Kompetenzüberschreitung stellte das Verfassungsgerichtsurteil zum Grundvertrag dar, hier war die Kompetenz der Exekutive, also des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, berührt. In all diesen Fällen ging der Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von der CDU aus. Im Minderheitsvotum wird daher auch festgestellt, nicht nur das Urteil, sondern schon der Antrag der CDU verlasse den Boden der üblichen verfassungsgerichtlichen Kontrolle.

In diesem Zusammenhang gehören auch die ständigen Versuche der CDU, mit Hilfe ihrer Bundesratsmehrheit Entscheidungen des Bundestages zu revidieren. Diese politische Praxis der CDU stellt wesentliche Elemente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, z. B. die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Gerichte, in Frage. Einen ähnlichen Versuch, Bundesregierung und Bundestag massiv unter Druck zu setzen, haben die Unternehmerverbände mit ihrem Angebot unternommen, zusätzliche Lehrstellen bereitzustellen, wenn dafür wesentliche Teile der Berufsbildungsreform revidiert werden. Es ist wohl überflüssig zu betonen, daß diese Politik der Unternehmer und der ihnen verpflichteten CDU/CSU legal ist. In einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie nur so lange eingehalten, wie die Unternehmerinteressen nicht bedroht sind. Die schleichende Zersetzung demokratischer Prinzipien kann sich auch auf legalem Wege vollziehen. Das muß gerade in einer Situation hervorgehoben werden, in der Aktionen wie die Entführung von Peter Lorenz Schlagzeilen machen. Solche Aktionen sind nicht nur zu verurteilen, sie sind auch gefährlich, weil sie Wasser auf die Mühlen derjenigen liefern, die mit der Parole „Recht und Ordnung" freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien des GG einschränken wollen. Sie handeln nach der bewährten Taktik des Diebes, der mit dem Ruf „Haltet den Dieb" von der eigenen Person ablenken will.

Wir müssen mit dem Urteil zum § 218 leben, hoffentlich nicht für immer, aber doch für die nächste Zukunft. Es bleibt zu hoffen, daß SPD und FDP einen neuen Entwurf vorlegen, der eine möglichst umfassende, aber dennoch präzise soziale Indikation einschließt. Außerdem müßte alles daran gesetzt werden, die Gutachterkommissionen abzuschaffen und — entsprechend dem Vorschlag des Hartmann-Bundes, des Verbandes der Ärzte Deutschlands, — die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch „der Frau und dem Arzt ihres Vertrauens" zu überlassen. Darüberhinaus aber müßte mit allen Mitteln verhindert werden, daß die durch dieses Urteil bei vielen Frauen hervorgerufene Aktionsbereitschaft versandet und in Resignation endet. Das kann meiner Meinung nach nur geschehen, wenn die oben angedeuteten allgemein-gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge deutlich gemacht werden und die Ansätze der Frauenbewegung aus ihrer feministischen Beschränkung herausfinden zu einer Orientierung auf eine Perspektive, die auf die politische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet ist.

BÄRBEL MEURER

Zur aktuellen innenpolitischen Situation in Peru

Anfang Februar dieses Jahres kam es in Peru zu den bisher schwersten innenpolitischen Auseinandersetzungen der Militärjunta unter General J. Velasco Alvarado mit Regimegegnern seit der Machtübernahme der Streitkräfte im Oktober 1968. Bereits am 4. Febr. (!) konnte man im chilenischen „Mercurio" lesen, daß man in Peru „vor einer Machtprobe stehe", obwohl in Peru selbst zu diesem Zeitpunkt noch nichts davon zu bemerken war. Lediglich Gerüchte wurden verbreitet, daß die Guardia Civil (Polizei) am nächsten Tag streiken wolle, um sich bessere Löhne und einen Inflationsausgleich zu erkämpfen. In der Nacht zum 5. Februar verschanzte sich ein Teil der Guardia Civil in einer Polizeikaserne (Radio Patrulla) im Stadtteil La Victoria von Lima, andere Kommissariate solidarisierten sich mit den Forderungen ihrer Kollegen (Angleichung der Löhne an die vergleichbarer Militärdienstgrade) und schickten keine Streifenpolizei zum Dienst. Daraufhin stellte die Militärjunta ein Ultimatum an die Polizisten von Radio Patrulla.

lev d. trockij

'Verratene Revolution' auf tschechisch

ZRAZENÁ REVOLUCE

Die 'Verratene Revolution' wurde auch auf tschechisch herausgegeben - bereits im Jahre 1937. Dann wurde sie jedoch - wie auch alle nonkonformen Schriften des modernen Marxismus - verboten und aus dem Gedächnis verbannt. Diese Schrift Trockijs, die man auch heute als die Grundlage der Kritik der stalinistischen Gesellschaftsformationen ansehen sollte, wird jetzt neu herausgegeben und den Lesern in der CSSR zugänglich gemacht. Da sie jedoch für das Buch nicht bezahlen können, ist es notwendig, daß die Herausgabe von den westeuropäischen Lesern finanziell unterstützt und gesichert wird. Wir rufen euch deshalb auf, mit Spenden zu der Herausgabe der 'Verratenen Revolution' auf tschechisch beizutragen!

Einzahlungen - mit dem Vermerk 'LDT' - auf:
Sonderkonto Infomat, 24 20148 002, Berliner Bank, West Berlin

ISP-Verlag, (infomat), Postfach 214, 1 Berlin 10 (West)

Der Dienst sollte sofort, ohne Verhandlungen über die Forderungen, wieder aufgenommen werden, ansonsten solle die Kaserne gestürmt werden. Nachdem das Ultimatum abgelaufen war, nahmen Panzerverbände des Heeres die Kaserne ein, die Barrikaden wurden niedergewalzt und zahlreiche Polizisten starben unter den Ketten der (sowjetischen) T 55-Panzer, etliche wurden durch Schüsse getötet oder verletzt. Nachdem der Aufstand niedergeschlagen war, schien es, als habe die Junta die Lage schnell wieder unter Kontrolle gebracht. Die Radios von Lima berichteten, man habe sich mit den Polizisten „geeinigt", es sei niemand getötet worden, nur einige Verletzte habe man „auf beiden Seiten" zu beklagen. Die Guardia Civil streikte jedoch zunächst weiter. Am Vormittag des 5. Februar sah man kaum einen Polizisten auf den Straßen Limas.

Wie bereits bei den Unruhen im August 1974 im Bourgeoisie-Stadtviertel Miraflores (als gegen die Verstaatlichung einiger Zeitungen demonstriert wurde), bedurfte es auch diesmal keiner speziellen Organisierung, um die Gegner der Junta auf die Straßen zu bringen. Ein Teil der Demonstranten hatte eindeutig politische Motive, es waren Anhänger der reaktionären populistischen Partei APRA (Alianza Popular Revolucionaria de America = revolutionäre Volksallianz Amerikas), denen der Zeitpunkt des Umsturzes gekommen schien. Aber auch, und das ist das eigentlich verhängnisvolle, Anhänger der maoistisch-linksradikalen Parteien Patria Roja (Rotes Vaterland) und Bandera Roja (Rote Fahne) gingen, wie bereits im letzten Jahr in Miraflores, gemeinsam mit der APRA auf die Straße, um gegen die „faschistische Miltärclique" zu kämpfen. Der weitaus größte Teil der „Demonstranten" waren jedoch Bewohner der Elendsviertel Limas, die die polizeilose Situation nutzten, um sich an Plünderungen in Lebensmittelgeschäften und Warenhäusern zu beteiligen. Eine bei Berücksichtigung der erbärmlichen ökonomischen Situation der total verelendeten marginalen Stadtbevölkerung durchaus verständliche Aktion.

Wer eigentlich hinter den politischen Aktionen stand, wurde spätestens zu dem Zeitpunkt klar, als ca. 500—1000 Jugendliche zu den Druckereien der verstaatlichten Zeitungen „Correo/Ojo", „Expresso" und „La Prensa" zogen, um die Wiedereinsetzung der ehemaligen Privatbesitzer der Zeitungen (reaktionäre Büttel der Landoligarchie bzw. Handelsbourgeoisie) zu fordern. Das Gebäude des „Correo" wurde dabei von den Demonstranten durch Brandstiftung völlig zerstört. Es waren zum größten Teil Mitglieder der reaktionären APRA, die sich zum Sprachrohr der nationalen Bourgeoisie und der pro-imperialistischen Kapitalfraktionen entwickelt hat. Ähnlich wie andere populistische Bewegungen in Lateinamerika (MNR in Bolivien, große Teile der peronistischen Bewegung in Argentinien), ist die APRA zum Sammelbecken aller reaktionären und teilweise faschistoiden Gruppen geworden.

Die Bourgeoisie hatte sich immer geweigert, die APRA als ihre Partei zu betrachten, da die APRA zu Beginn ihrer Geschichte tatsächlich antiimperialistische Positionen vertreten hat (und sie verbal heute noch im Munde führt). Langsam scheint die herrschende Klasse Perus jedoch begriffen zu haben, daß die APRA die einzige Partei ist, die militant ihre Interessen vertreten kann und die im Zuge der reformistischen Maßnahmen der Militärjunta verlorengegangenen Machtpositionen der Bourgeoisie zurückkämpfen kann. Sei es auf dem Wege der langsamen Zersetzung der Armee oder durch Massenaktionen der von der Regierung schwer enttäuschten Marginalen, des Kleinbürgertums und Teilen der Arbeiterklasse. Niemand kann in Peru eine starke Verankerung der APRA in der Arbeiterklasse (besonders in den Zucker- und Baumwollgebieten im Norden des Landes) bestreiten. Auf sie und große Teile der Kleinbourgeoisie setzt die herrschende Klasse, wenn sie sich jetzt immer stärker der APRA zuwendet.

Es war immer ein offenes Geheimnis, daß die Militärs in sich selbst gespalten sind. Bisher schien sich aber der reformistische Flügel unter Velasco in entscheidenden Fragen (Agrarreform, Industriegesetzgebung, Presseverstaatlichung, Erziehungsreform etc.) gegen die reaktionäre Fraktion (hauptsächlich die Marine, aber auch Teile der Luftwaffe und des Heeres) durchsetzen zu können. Augenscheinlich haben sich die Rechten nach einer Regierungsumbildung Ende Januar aber durchsetzen können. So löste der Repräsentant der äußersten Rechten, General Francisco Morales Bermudez den zum reformistischen Flügel gehörenden Ministerpräsidenten Mercado Jarrin in seinem Amt ab. Ebenso wurde der für die als sehr fortschrittlich einzuschätzende Erziehungsreform verantwortliche Minister, Alfredo Carpio, durch den rechtsstehenden General Ramón Miranda abgelöst. Am entscheidensten scheint jedoch der Wechsel im Amt des SINAMOS-Chefs zu sein. SINAMOS, die als „Organisation zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung" geschaffen wurde, um die Reformen in der Bevölkerung bekanntzumachen und für sie zu werben, war trotz stark paternalistischer und autoritärer Strukturen ein wichtiges Arbeitsfeld für Linke, die — wie die moskauorientierte Kommunistische Partei oder Teile des ELN (Ejército de Liberación Nacional — Guerillabewegung von 1965) — die Militärs „mit kritischer Distanz" unterstützen. Hector Bejár, ehemaliger Führer des ELN, ist z. B. ein hoher Funktionär bei SINAMOS (was ihm

Lima 1975 dpa

den geballten Zorn der nahezu gesamten revolutionären Linken bescherte).

Neuer Chef dieser Organisation wurde nun Salas Orosco, der eigentliche Kopf der Rechten innerhalb der Militärs. Eine selbst von regierungsergebenen Gewerkschaften als „faschistischer Schlägertrupp" bezeichnete und als solche bekämpfte gewerkschaftsähnliche Organisation (MLR) wird von Salas Orosco offen und öffentlich verteidigt (siehe dazu auch ID 68/75 S. 12). Sämtliche SINAMOS-Funktionäre müssen auf Geheiß von Salas O. ihre Ämter mit sofortiger Wirkung ruhen lassen. Er allein entscheidet nach einem persönlichen Gespräch mit den Funktionären, wer gefeuert wird und wer weiterarbeiten darf. Es gilt als sicher, daß bei dieser Aktion SINAMOS von den Linken gesäubert werden soll.

Diese Umbildungen im Regierungsapparat fanden jedoch alle vor den Unruhen vom 5. 2. statt. Bis zum 5. schien der reformistische Flügel nahezu mattgesetzt zu sein. Ledig'ich wehmütige Kommentare in den Zeitungen kündigten (natürlich terminologisch geschickt verkleidet) einen Wechsel der bisherigen politischen Linie an. Jetzt scheinen sich die Reformisten aber wieder zu stärken. Nachdem die Bildung einer „Partei der Revolution" bisher verächtlich mit dem Hinweis auf die „Stärke und Autonomie der Revolution", die keiner Partei bedürfe, abgelehnt worden war, haben die Direktoren einiger verstaatlichter Zeitungen vor 2 Wochen die Frage der Parteibildung wieder aufs Tapet gebracht. Und es scheint so, als besönne sich der reformistische Flügel tatsächlich, diesen Weg zu gehen. Velasco selbst, der immer gegen eine Parteibildung war, begrüßte in einer Botschaft an das peruanische Volk am 17. 2. ausdrücklich die Initiativen zur Gründung einer Partei, betonte aber gleichzeitig, daß alle politischen Entscheidungen auch in Zukunft von der Militärregierung selbst getroffen würden und man sie nicht der Willensbildung innerhalb einer Partei überlassen würde.

Es scheint also, als sei der offene Machtkampf der Fraktionen innerhalb des Militärs jetzt endgültig ausgebrochen. Es ist die Frage, ob es nicht zu spät ist, das Vorrücken reaktionärer Kreise innerhalb der Militärregierung noch aufzuhalten. APRA und rechte Militärs sind jedenfalls im Moment so stark, daß man die Frage stellen muß, ob der langerwartete Rechtsputsch in Peru nicht schon hinter den Kulissen stattgefunden hat. Sicher ist jedoch, daß linksradikale Gruppen wie Patria Roja und Bandera Roja, die die Regierung als faschistisch bekämpfen, in die Hände der Rechten arbeiten. Der Prozeß der Entwicklung in Peru muß in seiner vollen Widersprüchlichkeit begriffen werden. Erst dann kann es auch den Revolutionären in Peru gelingen, bewußt in diesen Prozeß einzugreifen, die Möglichkeiten zu nutzen, die ihnen die Militärs in ihrer Arbeit trotz teilweise starker Repressionen noch lassen, und die Massen der Bauern und Arbeiter für den Aufbau des Sozialismus in Peru zu gewinnen.

BERND SCHLEICH

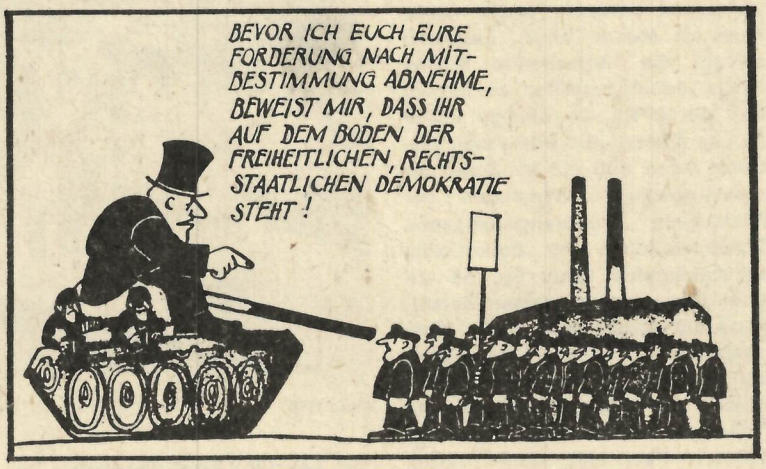
Buchladen des Sozialistischen Büros
geöffnet montags bis freitags, 9—18.30 Uhr
Frankfurt-Bockenheim,
Jügelstraße 1, Studentenhaus

Mitbestimmungs-Reform als Beispiel ›verrechtlichter Politik‹

Detlef Horster

Schon längst vor Fertigstellung des Mitbestimmungskompromisses der Regierungskoalition wurde darauf hingewiesen, daß die Mitbestimmung für die Arbeiter nichts anderes sei als eine stufenweise Verbesserung der Gefängnisbetten – übertragen aufs gesamte kapitalistische System (J. Perels in „links" Nr. 20). Nach dem Bekanntwerden des lauen Kompromisses konnte sich selbst die Gewerkschaftsführung für das, was da gezimmert worden war, nicht mehr begeistern. Hier soll aber nicht die längst geklärte Frage erörtert werden, ob der Entwurf der Regierung eine „Errungenschaft" für die Arbeiter ist oder nicht, sondern gezeigt werden, wie die Unternehmer, gemäß dem Sprichwort „Wehret den Anfängen!", die öffentliche Meinung hartnäckig und unablässig beeinflussen. Anschließend muß die Frage gestellt werden, welche Aussichten eine Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes z. Zt. überhaupt noch hat, nachdem von juristischer Seite die Verfassungsmäßigkeit bestritten wird und das Recht doch der Politik objektive Grenzen setzen soll. Außerdem: Welches Interesse hat die SPD noch daran, diese Reform zustande zu bringen?

Der DGB lehnte also sofort nach Bekanntwerden den Kompromiß ab (FR,23. 1. 74). Dennoch erläuterte das „Handelsblatt" als Sprachrohr der Unternehmer, die Gewerkschaften seien die Gewinner dieses Kompromisses. Weiterhin wurde der FDP klar gemacht, sie seien gegen die Gewerkschaften unterlegen. Die FDP hatte nämlich den eigenständigen dritten Faktor „Disposition" gefordert. Durch den Wahlmodus über Wahlmänner sei es aber nun möglich geworden, daß die Arbeiter einen ihnen genehmen „leitenden Angestellten" wählen würden. Damit sei die Forderung der FDP in die Wirklichkeit als Farce umgesetzt worden (Handelsblatt, 23. 1. 74). So die ersten Stimmen. Das „Handelsblatt" hat dem DGB immerhin noch einige Tage Bedenkfrist gegeben. Als der Jubel des DGB zum Mitbestimmungskompromiß immer noch ausblieb, war ganz klar, was dahinter stecken mußte. Die Gewerkschaft wolle ihren Erfolg bewußt herunterspielen. Das „Handelsblatt" erkannte nach kühlem Überlegen folgenden Grund: Da gerade die Tarifverhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern anstanden, hätte der DGB mit Lohnforderungen zurückstecken können, da er gerade einen Erfolg in der Mitbestimmungsfrage hatte. Um in diese



Verlegenheit gar nicht erst zu kommen, „ziere" er sich weiterhin, „den Mitbestimmungskompromiß der Bonner Koalition als seinen Sieg zu feiern" (Handelsblatt,31. 1. 74)

Zu der Zeit häuften sich auch die Interviews von Unternehmensführungen. Sie kündeten von den verderblichen Auswirkungen der Mitbestimmung, die Pattsituation im Aufsichtsrat würde das Unternehmen entscheidungsunfähig machen, die Durchführung der Mitbestimmung würde so teuer, daß selbst die Kleinaktionäre darunter leiden würden. So Hansen von der Bayer AG (Handelsblatt, 27. 3. 74). Die Aktivitäten der Unternehmer steigerten sich zu einer Großveranstaltung in den Kölner Messehallen, an der 3000 Unternehmer teilnahmen. Schleyer, der klare Verstand in Person, wertete dort die Mitbestimmung „als eine Gefährdung der freiheitlich-pluralistischen Ordnung, da sie die Möglichkeit einer ‚gewerkschaftlichen Machtergreifung in Wirtschaft, Gesellschaft und letztlich Staat'" eröffnen würde (FR, 27/III/'74). Inzwischen hatten sich auch schon amerikanische Unternehmen gemeldet, die ihr Kapital abziehen wollten, wenn es zur Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes komme. Nach diesen ersten moralisch-politischen Entrüstungen traten juristische Bedenken in den Vordergrund, wodurch auch die Bundesregierung gezwungen wurde, Gutachter zu bestellen. Denn dadurch, daß das Recht des Scheins der Objektivität nicht entbehrt, werden durch verfassungsrechtliche Bedenken jeder Reformpolitik Grenzen gesetzt. Dieses Phänomen der „Verrechtlichung von Politik" (vgl. dazu die Ausführungen J. Seiferts in seinem Buch: Kampf um Verfassungspositionen, S. 186–190) trat auch bei vorangegangenen Reformvorhaben immer wieder auf, so daß es sich verlohnt, ein paar Bemerkungen darüber zu machen.

Der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales beraumte für den 19. Dezember 74 ein Hearing an. Mittlerweile war klar geworden, daß das Gesetz nicht mehr zum 1. Januar 1975 in Kraft treten konnte, wie die Bundesregierung es ursprünglich vorgesehen hatte. Der DGB wies zurecht auf die Tatsache hin, daß es ein bedeutsamer Teilerfolg der Mitbestimmungsgegner sei, daß das Hearing überhaupt stattfindet. Denn durch die elegante Verlagerung von der Ebene des Politischen auf die der sachlichen juristischen Argumentation hätten die Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der Mitbestimmung eine Aufwertung erfahren (FR, 18. 12. 1974). Dadurch werden aber keinesfalls die politischen Argumente fallen gelassen, denn die Auslegung der Verfassung durch Juristen geschieht nicht nach so objektiven Maßstäben wie es die Juristen selbst glauben machen wollen. So sagt der Tübinger Landgerichtsrat Roscher, dessen tägliches Geschäft es ist, Recht auszulegen: „Durch die Behauptung aber, man habe nach sogenannten streng juristischen Methoden aus dem Grundgesetz etwas als verbindlich abgeleitet, wird jenes politische Vorverständnis verschleiert und der Diskussion entzogen." Für Juristen gibt es keine einheitliche Methode wie etwa für Naturwissenschaftler. Juristen haben bei der Rechtsfindung stets mehrere Methoden zur Auswahl. In der Praxis würden die, die eine verfassungsrechtliche Absicherung der Marktwirtschaft für wünschenswert halten, zu solchen Methoden greifen, mit denen sich aus der Verfassung Entsprechendes arbeiten läßt (FR 14. 12. 1974). Eine solche Methode, die die systemkonforme Auslegung am unverdächtigsten möglich macht, hat unter dem Namen „Wertungsjurisprudenz" in die juristische Wissenschaft Eingang gefunden. Diese Rechtsfindungsmethode ist in der täglichen Gerichtspraxis der BRD auch die vorherrschende. Die Werte, die der Rechtsfindung durch Juristen als Vorverständnis vorgelagert sind, sind die spätliberalen, insbesondere die von der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Freie Entfaltung der Persönlichkeit ist danach nur möglich aufgrund der vermögensrechtlichen Dispositionsbefugnis. Das hat unlängst noch die Bundesregierung anläßlich der Kommentierung des Art. 14 GG (Schutz des Eigentums) klar gemacht (Bericht zur Lage der Nation 1972, S. 99 ff). So wird zwar die juristische Argumentation fernab vom schmutzigen Geschäft der Politik betrieben, doch nur scheinbar. Das Vorverständnis in Praxis und juristischer Wissenschaft ist durchaus politisch, und die objektiv-juristischen Ergebnisse sind politische Wunschvorstellungen, eingekleidet vom juristischen Argumentationsgang.

Die zwei von der Bundesregierung beauftragten Rechts-Gutachter haben denn auch ihre Bedenken bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der Mitbestimmung. Der eine – Rupert Scholz – ist der Auffassung, daß sie nicht in Übereinstimmung zu bringen sei mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG,

Schleyer und Loderer: Gute Stimmung auch ohne Mitbestimmung dpa

der andere – Thomas Raiser – ist eher der Auffassung, daß die Gegnerunabhängigkeit der einen Tarifpartei, so wie sie in Art. 9 III GG garantiert sei, nicht gewährt würde. Wie das politische Wunschdenken der Juristen in die Argumentation Eingang gefunden hat, kann gezeigt werden, wenn man zur Beurteilung der Sachlage eine andere juristische Methode wählt, nämlich die historische. Nach dieser Methode wird der Sinn einer Verfassungsnorm dadurch ergründet, daß man fragt, was der Gesetzgeber sich dabei dachte, als er die Norm geschaffen hat. – Ein arbeitsrechtlich anerkannter Grundsatz lautet, daß die Koalition im Sinne des Art. 9 III GG gegnerfrei sein muß: Etwa ein sogenannter Harmonieverband beider Tarifpartner ist keine Koalition im Sinne des Art. 9 III GG, außerdem muß die Koalition des einen Tarifpartners tatsächlich und rechtlich abhängig sein von der Gegenseite. Historisch hat dieser Grundsatz seine Entstehung im Arbeitsrecht der Weimarer Zeit. Die Gewerkschaft als der schwächere Tarifpartner sollte vor dem Übergreifen der sogenannten „gelben Verbände" geschützt werden, um sie so von der Arbeitgeberseite frei zu halten. Hätte man das politische Vorverständnis, daß die Mitbestimmung mit der Verfassung und mit unserer Gesellschaftsordnung übereinstimme, würde man sich an die historische Methode halten und zu der Überzeugung kommen, daß der arbeitsrechtliche Grundsatz der „Reinheit des Berufsverbandes" durch die Mitbestimmung nicht beeinträchtigt würde, somit die Mitbestimmung mit Art. 9 III GG nicht kollidiere.

Der andere Gutachter der Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG für die wirtschaftliche Autonomie als entscheidendes Freiheitsrecht anzusehen sei. Auch hier zeigt sich das politische Vorverständnis, das im Rahmen einer liberalen Argumentation auch noch durchaus widersprüchlich ist, denn einerseits ist das Eigentum und sein Schutz notwendig für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, andererseits wird es den Eigentumslosen auch weiterhin vorenthalten. Die historische Methode zeigt, daß es dem Verfassungsgeber darauf ankam, das Eigentum, das der persönlichen Lebenshaltung oder der eigenen Arbeit dient, zu schützen, im Gegensatz zum Eigentum an den Produktionsmitteln. Auch hier käme man nach der historischen Methode zu der Auffassung, daß die Mitbestimmung nicht mit der Verfassung kollidiere, denn wenn überhaupt Eigentum „angetastet" würde, dann nicht das persönliche, sondern das an den Produktionsmitteln. Aber nicht einmal das steht in Gefahr.

Trotz all ihrer Bedenken kommen die beiden Gutachter zu der Auffassung, daß die Mitbestimmung nicht grundsätzlich verfassungswidrig sei. Man müsse in den Gesetzestext nur „konkurrenzlösende Mechanismen" einbauen. Wie der sowieso schon verwässerte Kompromiß nach dem Ein-, Um- und Anbau aussehen würde, kann man sich nach den freudigen Reformereignissen der Vergangenheit ja denken. – Zu fragen ist nach alldem, ob denn das Mitbestimmungsgesetz in der vorliegenden Form überhaupt noch eine Aussicht auf Verabschiedung hat. Zunächst die juristische Seite. Wäre das juristische Gutachten der Bundesregierung mit anderen Gutachtern wesentlich anders ausgefallen? Oder hätte das Gesetz, falls es in Kraft tritt, überhaupt die Möglichkeit, vor den Augen der Juristen zu bestehen? Die letzte Frage ist insofern berechtigt, als es – wie schon bemerkt – immer häufiger wird, politische Streitfragen dem Bundesverfassungsgericht zu überantworten. Staatssekretär Gerhart Baum: „Die marschieren mit allem nach Karlsruhe" („Spiegel", 3. 2. 1975). Dem trugen jüngst die Journalisten Rechnung, indem sie eine der Bundespressekonferenz nachgebildete „Justiz Pressekonferenz Karlsruhe" bildeten („Spiegel", 10/II/'75), um durch Befragen der obersten Richter die künftig anstehende Politik erforschen zu können. – Für die augenblickliche Opposition ist der Weg nach Karlsruhe ein sehr einträglicher Marsch, denn bei der Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts ist da der „Geist vergangener CDU/CSU-Zeiten lebendig" („Spiegel", 3. 2. 1975). Die dort gefällten Entscheidungen setzen – wie zuletzt im Falle des § 218 deutlich wurde – der Politik Grenzen und sind somit wirkungsvoller als jede politische Argumentation der Opposition. Sie kann eben mit dem Instrumentarium des bürgerlichen Staates besser umgehen.

Kürzlich hat Roderich Wahsner (KJ 4/'74) den interessanten Nachweis geführt, daß die personellen Wurzeln aller arbeitsrechtlichen Wissenschaftler und Praktiker in der BRD in dem herrschenden Juristentypus der Weimarer Zeit zu suchen sind. Dieser Juristentypus habe eine „reaktionäre, vielfach monarchistische, gegen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gerichtete Gesinnung", die mit demokratie- und republikfeindlicher Einstellung einherging. An der Spitze all dieser Arbeitsrechtler steht Nipperdey, der 1952 das bekannte Gutachten erstellte, in dem festgestellt wird, daß ein für politische Ziele geführter Streik rechtswidrig sei. All diese Arbeitsrechtler kamen in der BRD direkt an die entscheidenden Stellen und protegierten nicht nur Verwandte, sondern vor allem ihre Musterschüler. Man kann nur feststellen, daß sowohl die Praxis als auch die Wissenschaft des Arbeitsrechts fast ausschließlich mit den „Abkömmlingen" dieser Schule bestückt ist. Die kritischen Arbeitsrechtler wie Fraenkel, Korsch, Franz Neumann und Sinzheimer kehrten entweder nicht nach Deutschland zurück oder aber sie waren nicht mehr auf arbeitsrechtlichem Gebiet tätig. Das politische Vorverständnis der Arbeitsrechtler in der BRD läßt also vermuten, daß auch andere Gutachter für die Bundesregierung nicht zu einem anderen Ergebnis gekommen wären und daß außerdem der Gesetzentwurf zur Mitbestimmung – sollte er verabschiedet werden – sicher als verfassungswidrig beurteilt würde.

Während dieses juristischen Zwischenspiels ist die eingangs beschriebene Propaganda nicht verstummt. Das „Handelsblatt" schrieb am 3./4. Januar '75, daß die Gewerkschaften noch immer nicht von ihrer Forderung abgegangen seien, die Arbeitnehmer mit „gewerkschaftlichem Souffleur" in den Aufsichtsrat zu schicken. Angesichts der bevorstehenden Wahlen erinnerte sich Bangemann, daß die Unternehmer behauptet hatten (siehe oben), die FDP sei von der Gewerkschaft betreffs des leitenden Angestellten übers Ohr gehauen worden. Er forderte polternd die Änderung des Wahlrechts im Mitbestimmungskompromiß oder die FDP würde nicht mitziehen (FR, 8. 1. 75). Ein eindeutiges Signal mit Blick auf die potentiellen FDP-Wähler „leitende Angestellte". Nach dieser Forderung zeigt sich der DGB gelassen. Für ihn ist der Mitbestimmungskompromiß ein ungeliebtes Kind. Vetter sagte, daß er andere Sorgen habe als das von Bangemann angesprochene Wahlverfahren (FR, 24/I/'75). Die stärkste Unverschämtheit leisteten sich die Unternehmerverbände mit einer Unverfrorenheit, die man kaum glauben will, als sie einen Tausch vorschlugen: Änderung des Ausbildungsgesetzes, insbesondere Wegfall der darin enthaltenen Mitbestimmungsklauseln gegen Bereitstellung von 150 000 zusätzlichen Lehrstellen. Jetzt könne die Regierung ja zeigen, ob ihr an der Verminderung der Arbeitslosenquote gelegen sei (FR, 17. 1. 75). Merke: Streik für politische Ziele ist Nötigung des Parlaments (anerkannter Arbeitsrechtsgrundsatz, erfunden von Nipperdey)!

Wenn dieser Kommentar erscheint, wird der Leser wohl in seinem Briefkasten ein Aufklärungsfaltblatt der Arbeitgeberverbände entdeckt haben. Um auf die Gefahren, die von der Mitbestimmung für unsere gesellschaftliche Ordnung ausgehen, aufmerksam zu machen und um ihren Argumenten die nötige Breitenwirkung zu verleihen, kündigten die Unternehmer eine „Falt-

Kritische Sozialwissenschaft

Campus Studium

Jürgen Ritsert
Wissenschaftsanalyse als Ideologiekritik
ST 501

Gisela Ulmann
Sprache und Wahrnehmung
Texte zur Kritischen Psychologie, herausgegeben vom Psychologischen Institut der FU Berlin
ST 503

Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek
Kritik der Politischen Wissenschaft
Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft
Band 1 ST 504, Band 2 ST 505

Klaus Jürgen Gantzel (Hg.)
Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft
ST 506

Ekkehart Krippendorff
Internationales System als Geschichte
Einführung in die internationalen Beziehungen I
ST 507

Brigitte Geissler, Peter Thoma (Hg.)
Medizinsoziologie
Einführung in ihre Grundbegriffe und Probleme
ST 509

Rolf Richard Grauhan (Hg.)
Lokale Politikforschung
Band 1 ST 510, Band 2 ST 511

Campus Paperbacks

Johann August Schülein
Das Gesellschaftsbild der Freudschen Theorie
Schwerpunkt: Psychoanalyse als Sozialwissenschaft

Peter Weingart (Hg.)
Wissenschaftsforschung
Eine Vorlesungsreihe mit Beiträgen von Ben-David, Hirsch, Kambartel, Lakatos, Radnitzky u. a.

Campus Diskussion

Dirk Hülst
Erfahrung – Gültigkeit – Erkenntnis
Zum Verhältnis von soziologischer Empirie und Theorie

Klaus Peter Japp
Krisentheorien und Konfliktpotentiale

campus
Frankfurt/New York
6 Frankfurt 1 · Keplerstraße 43

blatt-Aktion“ an (FR, 23/I/'75). Sie wollen mittels Faltblatt auf jedem bundesdeutschen Frühstückstisch aufklären, um die Verabschiedung eines wie auch immer gearteten Mitbestimmungs - Kompromisses durch den erhofften Druck der so hergestellten öffentlichen Meinung zu verhindern.

Man könnte allerdings vermuten, daß die SPD noch ein Interesse daran hat, diese Reform, die nichts kostet, in dieser Legislaturperiode über die Bühne zu bringen, nachdem so viele andere Reformen, wie es so schön heißt, „auf Eis gelegt“ wurden oder mußten, da das Bundesverfassungsgericht entsprechende Einwände hatte wie zuletzt bei der Reform des § 218 StGB. Gegen andere Reformvorhaben wird das Verfassungsgericht mit Sicherheit Einwände haben, so auch gegen das Mitbestimmungsgesetz. Zwar wollen die Regierungsparteien den Entwurf „verfassungsrechtlich idiotensicher“ machen („Spiegel“, 3. 2. 1975), um wenigstens diese Reform noch vorzeigen zu können. Nach den obigen Erörterungen wird ihnen das aber schwerlich gelingen. Hinzu kommt die Frage nach dem Willen der SPD, die seit ihrem Bestehen nie etwas anderes gewesen ist als eine Volkspartei, immer auf Interessenausgleich der gesellschaftlichen Gruppen bedacht und zur Scheinwahrung gegenüber dem Proletariat ein „linkes Standbein“ hatte, den heutigen Arbeitnehmerflügel. In erster Linie werden die Reformvorhaben nach dem Einfluß auf den Wahlerfolg beurteilt. Deshalb dürfen Reformen keine der potentiellen Wählergruppen benachteiligen oder verstimmen. Die Reform „Mitbestimmung“ wird von der Seite der Arbeitgeber nicht geliebt. Diese Seite betreibt außerdem mit beachtlichem Erfolg eine „Aufklärung“ der Bevölkerung und stimmt sie auf ihre Argumente ein. Die andere Seite, die Gewerkschaft, ist auch nicht begeistert von dieser Reform. Sonach kann die SPD keine potentielle Wählerschicht mit dieser Reform beglücken, jedenfalls nicht in der Form des vorliegenden Gesetzentwurfs. „Werden Reformen schließlich, ..., zur Last im Blick auf das Wahlziel, ist eine Politik der Demontage der ‚Reformillusion‘, gar des Sich-Totstellens zuhanden“ (Leviathan 3/'74, S. 327). Seither hat sich die SPD tatsächlich totgestellt. Zum Hearing wurde keine Stellung bezogen, auf die Bangemann-Äußerung reagierte die SPD mit dem Verweis auf Koalitionsgespräche Ende Januar, bei denen alles geklärt werden könnte, von denen aber nicht einmal zu erfahren war, ob sie überhaupt stattgefunden haben. Das Thema Mitbestimmung wird behandelt wie ein peinlicher Kegel. Bei der Erwartung des schlechten Wahlergebnisses für die SPD kann man sich getrost schon jetzt zur Beerdigung auch dieses Reformvorhabens einladen. ■

kleinanzeigen ■

(4/1) **Jugendarbeit in Selbstorganisation** — Dokumentation zur Arbeit der Heidelberg Free Clinic. 300 Seiten, Selbstkostenpreis DM 12,— gegen Voreinsendung bei Heidelberg Free Clinic, 69 Heidelberg, Brunnengasse 18.

(4/2) **Kreuzberger Stadtteilzeitung** — KOZ Nr. 13 enthält Berichte von Kinder-, Jugend- und Mieterinitiativen. Zu beziehen gegen Voreinsendung eines Solidaritätspreises von DM 1,60 (einschl. Porto) über G. Heinzelmann, 1 Berlin 36, Skalitzerstr. 143.

(4/3) **Tonbildschau** „Wir wollen eine Wohngemeinschaft werden“, versuchte Darstellung von WG-Problemen mit 50 Farbdias u. Tonkassette (Phillips N 2209-Pilot) DM 70,— + Porto; „Ujamaa-Dörfer in Tansania“ (genossenschaftlicher Sozialismus in einem Entwicklungsland) mit 50 Farbdias und Tonkassette, DM 70,— + Porto. Bezug: Medieninitiative 2 Hamburg 76, Flotowstr. 7.

(4/4) **Achtung Heimerzieher!** Versuch einer Heimkonzeption — Wer sich damit auseinandersetzen will schreibe an: Initiativgruppe Heimkonzept c/o Konrad Quastenberg, 44 Münster, Postfach 6541 (Unkostenbeitrag für Papier/Porto von DM 1,30 bitte in Briefmarken beilegen).

(4/5) Graswurzel Revolution Nr. 13 bringt Beiträge zum **Kampf gegen das Atomkraftwerk in Wyhl,** zur Theorie-Diskussion „Sozialismus-Gewaltfreiheit“, Bericht über den SSK in Köln u. a. Gegen Voreinsendung von DM 1,40 einschl. Porto zu beziehen über: Bernhard Schilling, 78 Freiburg, Händelstr. 20 a.

(4/6) Kölsche Klüngel Nr. 8 bringt Beiträge zur Jugendarbeitslosigkeit, Militarismus, Interview mit Ford-Arbeitern u. a. 34 Seiten, DM 1,20; Bezug: Kölsche Klüngel 5 Köln 1, Luxemburger Str. 55.

(4/7) AMOS-Kritische Blätter aus Westfalen Nr. 1/75 bringt Beiträge zur **Jugendarbeitslosigkeit,** Christen f. d. Sozialismus, Berufsverbote u. a. Bezug: AMOS-Redaktion, 463 Bochum, Querenburger Höhe 287.

(4/8) **Heim u. Erzieher Zeitschrift** Nr. 2/75 enthält folgende Beiträge: Taschengeldregelung im Heim, Abriß des Kinderheims Ulmenhof, Heimerziehung und Jugendarbeitslosigkeit, ÖTV strukturiert Abteilung um. Preis DM 2,—. Bezug: HEZ, 1 Berlin 61, Urbanstr. 126.

(4/9) Fluchblatt — **Informationen rheinischer Theologiestudenten** Nr. 16; Beiträge: Mitarbeitervertretungsgesetz, Berufsverbote, Christian f. d. Sozialismus, Solidarität mit Scharf u. a. Bezug: Redaktion Fluchblatt, 74 Tübingen, Madergasse 1—3.

(4/10) Materialienmappe **Jugend- und Sozialarbeit** enthält „Perspektivplan des Bundesjugendministeriums“ (unveröffentlichtes Diskussionspapier), 23 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 2,50 (incl. Porto) auf Postscheckkonto Dortmund Nr. 173666-466 Jürgen Heinze c/o Sozialarbeitergruppe im SZ, 46 Dortmund, Postf. 149.

(4/11) **Jugendzentrums-Dokumentation** — Entwicklung der Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum Wuppertal (Arbeit, Auseinandersetzung, Fehler, Erfolge), 44 Seiten, DM 3,— (Wiederverkäufer 30 % Rabatt); Bezug: Arbeiter-Unibuch, 56 Wuppertal 1, Neue Nordstr. 6.

(4/12) **Dokumentation Knast** — Analyse über die Auseinandersetzung zum Jugendschutzraum Moosburg, Reaktion der Presse, des Landratsamtes und des Kreisjugendamtes. Gegen Voreinsendung von DM 1,60 (incl. Porto) erhältlich über: Knastgruppe 805 Freising, Marienplatz 2 (im Jugendclub).

(4/13) **Dokumentation** zum Hahn-Prozeß — Kommentare und Dokumente zur Anzeige von Prof. Hahn, der 14 Studenten wegen Hausfriedensbruch angezeigt hat. Der Hahn-Prozeß bezieht sich auf die Aktionswochen zum Entwurf des Bayr. Hochschulgesetzes. Solidaritätsbeitrag DM 2,—; Bezug: Brigitte Nestle, 85 Nürnberg, Parsifalstr. 16

(4/14) **Hochschulreform** — Stellungnahme der GEW-AG zu aktuellen Tendenzen der Hochschulreform. Bezug: GEW-AG d. PH Ruhr, 46 Do-Barop, Vogelpothsweg.

(4/15) **Erzieher(in)** für ein studentisches Projekt mit Kindern im Vorschulalter im Obdachlosenviertel gesucht. Teamarbeit und Mitwirken bei Entwicklung einer pädagogisch-politischen Konzeption. Nähere Informationen über Ingrid Koop, 55 Trier, Limeonstr. 10.

(4/16) Jugendzentrum in Selbstverwaltung (unabhängiger Träger als Arbeitgeber; in Neuenkirchen/Saar sucht für sofort **2 Sozialarbeiter/pädagogen** oder pädagogische Fachkräfte. Nähere Informationen: Knut Weis, 668 Neuenkirchen, Marktstr. 17.

(4/17) **Ferienreise:** für Berliner Kinder- und Jugendkollektive (4 Vorschulgruppen mit 33 Kindern; 4 Schülergruppen mit 37 Kindern; 1 Jugendgruppe mit ca. 20 Jugendlichen) suchen wir dringend Bauernhöfe, Erholungs- oder Freizeitheime in Westdeutschland für die Monate Juni/Juli. Sanitäre Anlagen u. Gemeinschaftsräume müssen vorhanden sein. Koch kann mitgebracht werden. Kontakt: G. Heinzelmann, 1 Berlin 36, Skalitzerstr. 143, Tel. 030/6142641.

(4/18) **Sozialarbeiterin** gesucht für eine Jugendwohngemeinschaft von 15 Jugendlichen (Strafentlassene und FE). Die Arbeit umfaßt Beschäftigungs-, Beratungs- und Freizeitangebote. Im Haus arbeiten noch drei Honorarkräfte, 2 Praktikanten und 2 Zivildienstleistende. Nähere Informationen: Kippe e,V. 68 Mannheim, Rheinauer Ring 105, Tel. 0621/892174.

(4/19) **Ferien für Genossen** — Wir suchen Genossen, politische und kulturelle Organisationen, die Interesse am Aufbau eines Ferienheimes (keine Landkommune) im Naturpark Rothaargebirge hätten. Wir denken an den Ankauf und Ausbau geeigneter Räumlichkeiten durch eine Genossenschaft. Das Haus soll zu Selbstkostenpreisen später proletarischen Jugendgruppen, politischen Arbeitsgruppen und kinderreichen Familien aus den Industriezentren für Seminare, Kurzferien etc. offenstehen. Kontakt: W. Grütz, 592 Bad Berleburg, Postfach 1241.

(4/20) **2 Diplom-Sozialpädagogen** suchen Arbeitsstellen möglichst im Norddeutschen Raum in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Praktische Erfahrungen sind vorhanden. Klaus Nordsiek, 28 Bremen, Beim steineren Kreuz 5.

(4/21) **2 Sozialarbeiterinnen** suchen interessante Tätigkeit möglichst im Bereich der Jugend- und Erwachsenenarbeit, Gemeinwesenarbeit. Bevorzugt Raum HD/MA. 2jährige Erfahrungen (während des Studiums) in der Obdachlosenarbeit. Margot Moll, 69 Heidelberg, Werderstr. 8, Tel. 06221/472144.

(4/22) Suche Stelle als **Sozialarbeiter** in einer Wohngemeinschaft mit „Psychisch Kranken“ ab Oktober 1975, möglichst im rheinland-pfälzisch / hessischen Raum. Gottfried Tonhauser, 35 Kassel, Holländische Str. 46.

(4/23) **Promovierter Ethnologe** (Ethnologie, afrikan. Geschichte, Soziologie, Psychologie) sucht Stelle im Uni/Fachhochschulbereich/Arbeiter- und Erwachsenenbildung. Zuschriften unter Chiffre 4/23 an Sozialistisches Büro.

(4/24) **Knastgruppe Freising** sucht zwecks Erfahrungsaustausch Kontakt zu arbeitenden Gruppen im Raum Südbayern. Knastgruppe 805 Freising, Marienplatz 2 (im Jugendclub).

(4/27) **ISRACA-Broschüre: Der Palästina-Staat,** Hrg. SDS-Hannover; zu beziehen über SOAK-Druck- und Verlagskooperative, 3 Hannover, Am Taubenfelde 30.

(4/28) Die Deutsche Afrika-Gesellschaft (DAG) wurde am 31. März aufgelöst, da sie sich einer Gleichschaltung durch das Auswärtige Amt widersetzte. Die Gesellschaft ist offen gegen neokolonialistische Politik eingetreten, die eindeutig von westdeutschen Kapitalinteressen bestimmt ist (Südafrika). Das AA gründet einen neuen, konformen Afrika-Club, dem von der Linken eine neue Organisation entgegengesetzt werden sollte. Daher findet gleichzeitig mit der Liquidierung der DAG die Gründungsversammlung der Deutsch-Afrikanisch-Arabischen Gesellschaft (DAAG) statt. Es wird aufgerufen, die Gesellschaft durch zahlreiche Eintrittserklärungen zu unterstützen. Informiert Euch bei: Initiativgruppe zur Gründung einer DAAG, c/o Hans Verheyen, 48 Bielefeld, Dorotheenstr. 3, Tel.: 0521/173177.

(4/25) **Gesucht werden Materialien, Hinweise, Erfahrungsberichte, Kontakte:**

■ „Wohnen in der Großstadt, Stadterfahrung, städtische Kommunikation“ für einen Kurs in polit. Bildung mit 18—25j.; Reiner Laufner, 355 Marburg, Weidenhäuser-Str. 73;

■ „Wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung Argentiniens“ / „Alphabetisierungs- und Bildungsprogramme“; Hanni Kuhlmann, 44 Münster, Grevenstr. 31;

■ Wer hat Erfahrung mit fortschrittlicher Berufspraxis in Erziehungsberatungsstellen / integrierte Stadtteilarbeit? Dieter Parsiegla, 463 Bochum, Hustadtring 65;

■ Wir wollen ein Kommunikationszentrum aufbauen und suchen Material und direkten Erfahrungsaustausch mit Gruppen; Initiative für ein Kommunikationszentrum c/o Babula, 51 Aachen, Pontstr. 133;

■ „Erwachsenenarbeit in Obdachlosengebieten / Abenteuerspielplätze / Schulprobleme von Kindern in Obdachlosensiedlungen“, Michaela Kanawin, 852 Erlangen, Vierzigmannstr. 13;

■ „Aktionsforschung als Methode der Sozialarbeit?“ Wer kann weiterhelfen? Unkosten werden erstattet. Sabine Wojahn, 1 Berlin 27, Wilkestr. 15;

■ „Soziologie in der Sozialarbeiterausbildung — Inhalt und Stellenwert —“. Bin an Lehrplänen der FHS' interessiert. Unkosten werden erstattet. Peter Knapper, 1 Berlin 36, Reichenberger Str. 72a;

■ Ehemalige „Tinzer“ von Genossin gesucht, die Diplomarbeit über die Heimvolkshochschule Tinz schreiben will. Elke Feigenspan, 5 Köln 1, Domstr. 64;

■ „Elternarbeit und -beteiligung im Erziehungs- und Bildungssektor der BRD“ für Projekt- und Diplomarbeit; Anschriften von Elterninitiativen und -gruppen. Unkosten werden erstattet. Dieter Deuse, 4619 Bergkamen, Schulstr. 41.

(4/26) **Verkaufe und repariere** gebrauchte Motorräder, besonders Hondas der kleineren und mittleren Klasse. Fritz Tippel, 675 Kaiserslautern, Tirolfstr. 16, Tel. 0631/40216.

PROVINZBUCH

Olaf Ihlau, die roten Kämpfer, DM 7,— Hanno Drechsler, Die SAPD, DM 11,— K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), DM 15,— Paul Sering (R. Löwenthal), Kapitalismus führt zum Faschismus, DM 3,50 Kautsky, Die Agrarfrage, DM 10,— Sozialistische Front der Arbeiter, Angestellte in der BRD, DM 2,— Sozialistische Front der Arbeiter, Revisionismuskritik, DM 1,— „links“ und „express“ ab 1972 sowie 1973/74 und ebenso „wir wollen alles“ ab Nr. 1 (halbe Preise). Politladen-Drucke (ab DM 30,— portofrei).

Provinzbuch, 7301 Scharnhausen, Postfach 73

Wie schwach ist die Linke?

H. E. Brand

Zur Hansgeorg Conerts Beitrag in „links" Februar 1975

Daß die politische Aufbruchstimmung der sechziger Jahre verflogen ist, wird kaum jemand bezweifeln. Ist aber damit wieder alles beim alten? Der Widerstand der sechziger Jahre traf das bürgerliche System relativ unvorbereitet, stieß jedoch bald auf immer schwerer zu überwindende Barrieren, erlebte seine ersten größeren Niederlagen, zersplitterte, wurde teilweise demoralisiert, teilweise aber auch zur Wiederholung historischer Fehler der Arbeiterbewegung – nur auf niedriger Stufenleiter – getrieben. Zum Teil entstanden aber auch neue Organisationsmodelle und neue Strategieansätze. Die Arbeiterklasse trat – sieht man von den Septemberstreiks 1969 und der Welle spontaner Streiks 1973 ab – weniger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern als kämpfende Klasse in Erscheinung. Auch die gegenwärtige ökonomische Krise hat daran bislang nichts geändert: die Warnstreiks anläßlich der Metalltarifrunde 1975, die Abwehrkämpfe gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen, die ersten Arbeitsloseninitiativen usw. haben den Eindruck einer insgesamt weitgehend passiven Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt.

Hansgeorg Conerts Strategiebestimmungsversuch in „links", Febr. 1975, zielt – vor diesem nicht besonders ermutigend erscheinenden Hintergrund – auf die SPD-Linke als eine Art Rettungsanker. Dabei kann und will er deren Schwächen nicht übersehen: ihr Schweigen gegenüber den Angriffen von rechts, den Vorrang des „Geduldetbleiben" in der Partei, die allgegenwärtige Kompromißbereitschaft, den häufigen Karrierismus, ihre reale Einflußlosigkeit, ihre innere Zerrissenheit usw. Dementsprechend bescheiden sind auch seine Ansprüche an die SPD-Linke: er richtet an sie nicht einmal mehr, wie noch Gert Schäfer in „links", Dez. 1974, den Appell, eine „offene . . . antikapitalistische Programmatik" zu entfalten und dadurch „einen Beitrag für eine sozialistische Bewegung" in der BRD zu leisten (S. 10). Conert beschränkt sich vielmehr darauf, sie als Bündnispartner im Kampf „gegen jene politischen und rechtlichen Restriktionen, die sozialdemokratische Regierungen und Administrationen für die politische Rechte exekutierten", zu gewinnen. Doch selbst hier – so Conert – bezog die SPD-Linke in letzter Zeit „allenfalls zaghaft Stellung" (S. 10). So nimmt er seine Perspektive noch weiter zurück und ruft angesichts des desolaten Zustandes der SPD-Linken nur noch dazu auf, „Verbündete vor allem im Kreis jener Personen von unzweifelhaft liberaler und demokratischer Integrität [zu] suchen, die Einfluß innerhalb bürgerlicher Öffentlichkeit haben" (S. 11).

Aber selbst der Einfluß eines Böll, den Conert wahrscheinlich zu diesem Personenkreis zählen würde, kann im günstigsten Fall nur einzelnen, im allgemeinen bereits relativ privilegierten Intellektuellen und anderen im Reproduktionsbereich Tätigen, helfen; die Situation der Arbeiterklasse kann jedoch durch „integre Persönlichkeiten" nicht verändert werden, so wenig wie das allgemeine politische „Klima". Im Gegenteil beweist gerade das Beispiel Böll, wie sehr diese selbst dem politischen „Trend" unterworfen sind, wie sehr sie selbst bei sich verändernden politischen Machtverhältnissen Pressionen und einer Verringerung ihrer Einflußmöglichkeiten ausgesetzt sind.

Wie kommt es dazu, daß Conert den Kampf gegen den „Rechtstrend" auf eine derart schmale Basis reduziert? In seiner Konzeption sind Intellektuelle und andere im Reproduktionssektor Tätige die gegenwärtig allein politisch aktivierbaren Bevölkerungsgruppen; damit ist für ihn auch die Diskrepanz zwischen dem vom SB „deklarierten Primat des Produktionssektors" und der real vorherrschenden Verankerung im Reproduktionssektor auf absehbare Zeit festgeschrieben (S. 10). Gegen diese im Reproduktionssektor Tätigen sieht er die „verstärkten politischen Repressionen sowie rechtlichen und administrativen Restriktionen" seitens des bürgerlichen Staates fast ausschließlich gerichtet. Die Arbeiterklasse aber – so Conert – fühlt sich nicht politisch bedroht, sondern nur materiell (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation, Reallohnsenkungen, Arbeitsintensivierung usw.). Diese materielle Bedrohung erwähnt er zwar einmal gegen Ende seines Aufsatzes, läßt sie jedoch nicht in seinen Strategiebestimmungsversuch eingehen, der sich auf die Verteidigung der „liberaldemokratischen Grund- und Bürgerrechte" gegen die „politische Repression" beschränkt – ein Kampf, der ausdrücklich von den im Reproduktionsbereich Tätigen getragen wird, während sich die „aktuellen und bewußten Bedürfnisse" der Arbeiter „nur" im Umkreis materieller Sorgen bewegen und ein derartiger Kampf deshalb nicht „auf entsprechende Einsichten und bewußte Bedürfnisse der Mehrzahl der Arbeiter" gegründet werden kann (S. 11).

Der Conertsche Ansatz ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die zentrale Frage ist, ob eine an der Oberfläche passiv erscheinende Arbeiterklasse die Beschränkung auf eine Minimalstrategie innerhalb des Reproduktionsbereichs rechtfertigen kann? Zu Beginn dieses Aufsatzes wurde bereits mit wenigen Worten die Lage der westdeutschen Arbeiterklasse umrissen. Insgesamt ist sie als Folge jahrzehntelang weitgehend unterbrochener Klassenkampftraditionen, uneingeschränkt sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftsführungen und einer seit langem ins bürgerliche Lager übergewechselten SPD – selbst angesichts der schwersten ökonomischen Krise in der Geschichte der BRD zweifellos überwiegend passiv oder verängstigt. Vieles mag noch auf den ersten Blick an die fünfziger Jahre erinnern. Und doch ist die Situation heute grundsätzlich anders. Zerfiel damals im Verlauf der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus die Linke, so daß schließlich nur noch einige isolierte Individuen die Traditionen der Arbeiterbewegung zu erhalten schienen, so ist seit Mitte der sechziger Jahre ein – wenn auch langsamer und widersprüchlicher – Reorganisationsprozeß der Arbeiterbewegung zu beobachten, der bis heute anhält. Man sollte sich dabei weder durch den bei den letzten Landtagswahlen zu beobachtenden „Rechtstrend" noch durch die anläßlich der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz wieder einmal gegen die Linke entfachte Hysterie irritieren lassen: in den Tagen des spektakulären Kidnapping durch die „Bewegung 2. Juni" demonstrierten 20 000 in Neckarsulm gegen die drohende Schließung von Audi-NSU, besetzten 600 Arbeiter das von Stillegung bedrohte DEMAG-Zweigwerk in Kaletal/Lippe, ging die Besetzung des Atomkraftbaugeländes von Wyhl unverändert weiter usw.

„Politische" und „materielle" Ebene standen sich wieder einmal scheinbar unverbunden gegenüber: auf der einen Seite der Auftritt des sein gewaltiges propagandistisches und polizeiliches Machtpotential – unter dem Vorwand der „Anarchistenbekämpfung", in Wirklichkeit gegen die gesamte Linke – mobilisierenden bürgerlichen Staatsapparats; auf der anderen Seite die unmittelbaren Verteidigungskämpfe bestimmter Teile der Arbeiterklasse und anderer in ihren materiellen Interessen bedrohter Bevölkerungsschichten. Conert nimmt diese Trennung für die Gegenwart als gegeben hin, betont die der Linken auf der Ebene der politischen Repression drohenden Gefahren, betrachtet die „materiellen" Abwehrkämpfe als nicht besonders relevant und sieht nur noch den Ausweg, einflußreiche Personen „von unzweifelhaft liberaler und demokratischer Integrität" als letztes Bollwerk gegen die „autoritär-repressiven Tendenzen" aufmarschieren zu lassen.

Hinter Conerts Defensivstrategie, die jede sozialistische Perspektive zurücknimmt, steht letztlich das alte Faschismus-Trauma der Linken. Aber so aktuell, wie Conert die Faschismusgefahr einzuschätzen scheint, ist sie nicht: weder geht die ökonomische und soziale Krise bereits so tief, daß die Institutionen der bürgerlichen Demokratie funktionsunfähig geworden sind, noch ist die Arbeiterbewegung auch nur annähernd stark genug, um das bürgerliche System ernsthaft in Frage zu stellen und damit die Bourgeoisie zum Versuch der Errichtung einer faschistischen Diktatur zu zwingen. Die heute gegen die Linke gerichtete politische Repression bezeichnet nicht das nahe Ende des bürgerlich-parlamentarischen Systems in der BRD, sondern ist Ausdruck des der bürgerlichen Demokratie seit ihren Anfängen in ähnlichen Formen immanenten repressiven Charakters.

Von diesen allgemeinen ökonomischen und politischen Voraussetzungen sollte heute jeder Strategiebestimmungsversuch ausgehen. Im bürgerlich-parlamentarischen System der BRD setzte Ende der sechziger Jahre der Rekonstruktionsprozeß einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung ein. Die Krise 1974/75 brachte eine vorübergehende Schwächung dieser Bewegung. Inzwischen sind jedoch wachsende Teile der Arbeiterklasse angesichts der sich verschlechternden ökonomischen und sozialen Lage zunehmend zum Widerstand gezwungen, wenn auch – wie am Anfang erwähnt – die Arbeiterklasse insgesamt noch weitgehend passiv ist. Ausdruck ihres insgesamt niedrigen politischen Bewußtseinsstandes ist die bei den Landtagswahlen seit Ende 1973 zu beobachtende Tendenz, nicht nur der SPD die Schuld an der Krise anzulasten, sondern als Alternative die CDU/CSU zu wählen.

alternative
100
18. JAHRGANG
FEBRUAR 1975
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Literatur in der Übergangsgesellschaft

Texte von Tschingis Aitmatow, zu Christa Wolfs «Nachdenken über Christa T.» und Alexander Solschenizyns «Archipel Gulag»

alternative
99
17. JAHRGANG
DEZEMBER 1974
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Ideologische Staatsapparate /fortschreitende Krise

Situationsberichte aus Schule, Gewerkschaft, Hochschule
FDGO oder Die Einführung einer neuen ideologischen Praxis
Ideologischer Staatsapparat «Schule»
BRD – unterm Faschismus-Verdacht?

alternative
98
17. JAHRGANG
OKTOBER 1974
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Materialistische Literaturtheorie VIII

Textanalyse: Surrealismus und Abzählreime

Etienne Balibar Pierre Macherey Thesen zum materialistischen Verfahren

Die Schule als Produktionsstätte literarischer Effekte — Ist eine marxistische Ästhetik überhaupt möglich? — Die materialistische Kategorie der Widerspiegelung — Fiktion und Realismus: der Mechanismus der literarischen Identifikation — Ideologische Widersprüche und linguistische Konflikte — Die Objektivität von Literatur als historisch-ideologische Form

alternative

- erscheint: 2-monatlich
- ökonomisch und organisatorisch unabhängig
- parteilich im sinne unseres programms:
  erarbeitung einer materialistischen literaturtheorie; kritik der bürgerlichen literaturrezeption; entwicklung von unterrichtsmodellen für schule und hochschule
- zu beziehen: über jede buchhandlung oder direkt vom alternative verlag gmbh., 1 berlin 15, postfach 150 230.
- preis: dm 4 (einzelheft), dm 6 (doppelheft)
- abonnement: nur dm 18, direkt vom verlag.

Ist bei den Wahlen ein gewisser „Rechtstrend" unverkennbar, so sind andererseits aber auch die bei Wahlen statistisch nicht ins Gewicht fallenden Organisierungs- und Mobilisierungsansätze eines zwar kleinen Teils der Arbeiterklasse nicht zu übersehen. An den durch die wirtschaftliche Krise bedingten neuen Inhalten dieser Kämpfe (Betriebsbesetzungen gegen Stillegungspläne, Massendemonstrationen gegen Entlassungen, Arbeitsloseninitiativen usw.) wie auch den sich daraus ableitenden neuen Kampfformen muß und kann die politische Arbeit in der gegenwärtigen Situation verstärkt vorangetrieben werden.

An dieser Stelle können nur einige der anstehenden — zweifellos nur partiell realisierbaren — dringendsten Aufgaben benannt werden. So geht es insbesondere um eine Überprüfung der bisherigen Gewerkschaftsstrategie — sowohl unter dem Gesichtspunkt der Verflechtung der Gewerkschaftsapparate mit der Sozialdemokratie und über diese mit dem bürgerlichen Staat, der Entfremdung großer Teile der Mitgliederbasis von der oft nur noch als Dienstleistungsunternehmen begriffenen Gewerkschaftsorganisation, als auch im Hinblick auf eventuelle Mobilisierungs- und Kampfperspektiven von Unorganisierten, die über 70 % aller abhängig Beschäftigten umfassen. Es geht um den Aufbau sozialistischer Betriebsgruppen, die Organisierung von „Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft", die Errichtung bzw. den Ausbau von Arbeitersolidaritätsfonds, die Koordination von Abwehrkämpfen auf überbetrieblicher Ebene, die Entwicklung von Widerstandsperspektiven gegen Betriebsstillegungen, Rationalisierungskündigungen, Belegschaftsspaltungsversuchen (Hinausdrängen von ausländischen Arbeitern, Jugendlichen und Frauen), Arbeitsintensivierungs- und Disziplinierungsversuche, Massenarbeitslosigkeit usw. Die Bestandsaufnahme der bisherigen — keineswegs so entmutigenden — Ansätze aber muß am Anfang stehen. Versucht eine sozialistische Strategie nicht auch die noch so kleinen Ansätze zu berücksichtigen, könnte sich auf breiterer Ebene wiederholen, was bereits 1969 und 1973 der Fall war: die Trennung der sich als sozialistisch begreifenden Linken von den Kämpfen der Arbeiterklasse.

Eine Strategie, die mit dem immer wieder proklamierten „Primat des Produktionssektors" ernst zu machen versucht, ist umso wichtiger, als isolierte Kämpfe im Reproduktionssektor, wie sie in den sechziger Jahren vor allem die Universitäten, Schulen und bestimmte Medienbereiche erschütterten, zunehmend schwerer zu führen sind. Nicht nur ist die politische Repression heute so heftig, daß ohne starke Verbündete (die weder die SPD-Linken noch die „integren Personen" sein können) nicht einmal mehr der Status quo im Re-

produktionssektor zu halten sein wird; auch die materielle Bedrohung wächst in diesem Bereich: Entlassungen, Einstellungsstopp, Kürzungen öffentlicher Gelder, Berufsverbote usw.

Politischer und ökonomischer Kampf verschmelzen so zunehmend im Reproduktionssektor. Damit eröffnen sich aber auch neue Perspektiven eines gemeinsamen Kampfes der im Produktions- wie im Reproduktionssektor Tätigen. Haben die Reproduktionsarbeiter zunehmend nicht nur einen politischen ,sondern auch einen ökonomischen Kampf zu führen, so wächst — mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise — für die Produktionsarbeiter der Zwang, die ökonomischen Kämpfe als politische zu führen, insofern die Krise eine nur ökonomische Lösung immer weniger möglich macht. Diese Perspektive wird jedoch nicht automatisch Wirklichkeit werden, sondern nur durch die systematische Organisationsarbeit in den jeweiligen Arbeitsbereichen auch nur partiell zu realisieren sein. Damit kann zugleich dazu beigetragen werden, die Gefahr zu vermindern, daß ein größerer Teil jener Arbeiter, die heute politisch nicht mehr oder nur noch sehr locker an die SPD (die von einer reformistischen Arbeiterpartei weitgehend zu einer Karrierepartei für Beamte geworden ist) gebunden sind, sich unter verschärften ökonomischen Krisenbedingungen einer radikalen Rechtspartei zuwendet: eine von der Linken im allgemeinen nicht ernst genug genommene Gefahr.

Mit einer derartigen Strategie, die durch die Verknüpfung des Kampfes gegen die materielle und politische Repression einen Rechtsruck in der Arbeiterklasse zu verhindern versucht, wird zugleich die Voraussetzung geschaffen, die bei Conert vollzogene Trennung zwischen den materiellen Abwehrkämpfen der Arbeiter und dem den Intellektuellen und „einflußreichen Personen" zur Aufgabe gesetzten Kampf gegen die „politische Repression" nicht nur theoretisch, sondern ansatzweise auch praktisch aufzuheben.

Es gibt heute Gemeinsamkeiten der im Produktions- und der im Reproduktionsbereich Beschäftigten, die endlich als strategisch relevant zur Kenntnis genommen werden müssen. In beiden Bereichen stellt sich die Aufgabe, den Widerstand nicht nur gegen die wachsende materielle Bedrohung zu organisieren, sondern auch gegen die politisch-polizeiliche Repression, die — über Berufsverbote, Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten an Hochschulen, Schulen, in den Medien usw. — zwar noch vor allem im Reproduktionssektor Beschäftigte trifft, bei der weiteren Verschärfung der Auseinandersetzungen im Produktionssektor jedoch mit aller Schärfe auch gegen die dort Aktiven gerichtet sein wird, soweit dies nicht bereits über politisch motivierte Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse aktiver Kollegen usw. der Fall ist. Die Einbindung der Kämpfe in den einzelnen Arbeitsbereichen in eine übergreifende Gesamtstrategie stellt sich angesichts der gegenwärtigen Situation nicht nur als theoretisches Postulat, sondern als praktische Aufgabe.

Nur über einen derartigen strategischen Ansatz wird eine weitere Schwächung der Kämpfe im Reproduktionssektor möglicherweise zu vermeiden sein. In diesem Zusammenhang kann auch der in den letzten Jahren meist nur um unmittelbare materielle Interessen geführte Kampf in den Betrieben eine neue, politische Dimension gewinnen. Zweifellos ist eine derartige Strategie gegenwärtig bestenfalls ansatzweise zu verwirklichen. Aufgabe von Sozialisten ist es jedoch, nicht nur defensiv auf das Vorgehen des bürgerlichen Systems zu reagieren, sondern zu versuchen, die Voraussetzungen sozialer und ökonomischer Transformation — und sei es in bestimmten historischen Situationen auch noch so partiell — aktiv zu verbessern. Wir haben heute keinen Anlaß, den Rückzug anzutreten, wie es Conert für notwendig zu halten scheint (was nicht ausschließt, daß eine derartige Situation vielleicht schneller als befürchtet Wirklichkeit wird).

Mit der Betonung einer Offensivstrategie soll keineswegs unterstellt sein, daß die Linke in der BRD gegenwärtig eine politische Kraft darstellt, die entscheidende Veränderungen erzwingen könnte. Niemand sollte sich derartigen Illusionen hingeben. Aber so schwach, wie die Linke manchem zu sein scheint, ist sie andererseits auch nicht, wenn es ihr in absehbarer Zeit gelingt, die Grenzen partikularistischer Strategieansätze theoretisch und praktisch zu überschreiten.

Portugal vor den Wahlen

Lothar Maier

Da der nachfolgende Artikel vor dem gescheiterten Rechtsputsch vom 11. März geschrieben wurde, konnte auf die aktuelle Entwicklung in Portugal nur in einer kurzen Nachbemerkung eingegangen werden. In der nächsten Ausgabe der „links" werden wir im Zusammenhang mit einer Einschätzung des Wahlergebnisses auch auf den Putsch und seine Folgen zurückkommen.

Ökonomische Krise und Klassenkampf

Die am 12. April stattfindenden Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung in Portugal stehen vor dem Hintergrund einer schweren ökonomischen Krise und sich verschärfender Klassenkämpfe. Für den Niedergang der portugiesischen Wirtschaft ist die allgemeine weltwirtschaftliche Rezession allerdings nur am Rande verantwortlich. Sieht man von dem Sonderfall des Erdölpreises und der damit verbundenen außerordentlichen Belastung für die portugiesische Zahlungsbilanz einmal ab, ist die traditionelle Struktur der portugiesischen Handelsbeziehungen sogar eher geeignet, die schlimmsten Auswirkungen der Rezession zu dämpfen. Noch immer verfügt ja Portugal in Mozambique und Angola über geschlossene, sorgfältig nach außen abgeschirmte Absatzmärkte. Die bald nach dem 25. April 1974 zum Erliegen gekommene Neigung portugiesischer und ausländischer Konzerne, angesichts der politischen Unsicherheit in diesen Gebieten neue Investitionen zu tätigen, versetzte der Wirtschaft des Mutterlandes den ersten Schlag, insbesondere im Ausrüstungssektor. Die massenhafte Rückkehr von Siedlern nach Portugal, die Rückführung und Demobilisierung von Einheiten des Kolonialheeres und schließlich eine Welle von rückkehrenden Arbeitsemigranten aus dem EG-Raum ließ die Arbeitslosenziffer auf mittlerweile über 10 % ansteigen. Das Auslandskapital, dessen fetteste Extraprofite durch die Streikbewegungen und den staatlich garantierten Mindestlohn reduziert wurden, setzt seine Aktionen zur Unterminierung der Wirtschaft nach chilenischem Muster fort; die Liste der Massenentlassungen wird von Bosch und ITT angeführt. Das portugiesische Großkapital dagegen kann eine solche provozierende Strategie dank harter Gegenmaßnahmen der Regierung kaum mehr leisten; dennoch versucht es, die Krise durch eine massive Kapitalflucht zu verschärfen. Sie hat bereits solche Formen erreicht, daß sogar die Benutzung portugiesischer Kreditkarten im Ausland verboten werden mußte.

Entgegen den Erwartungen der Monopole hat sich die portugiesische Arbeiterklasse von den Massenentlassungen und der bewußten Aufblähung einer industriellen Reservearmee nicht vom Kampf um gerechte Löhne abbringen lassen. Der Aufbau der Einheitsgewerkschaft „Intersindical" und die selbstverschuldete Isolierung einiger Gruppen der radikalen Linken lassen Arbeitskämpfe heute disziplinierter und meist auch erfolgreicher verlaufen als noch vor einigen Monaten. Viele Siege an der Lohnfront werden durch Niederlagen an der Preisfront freilich rasch wieder neutralisiert; die Inflationsrate beträgt rund 15 %.

Zentrale Aufgabe der Linken: Mobilisierung der Massen

Der beachtliche Mobilisierungsgrad in den Städten, den Industriezentren und auch unter der Landarbeiterschaft auf den Latifundien des portugiesischen Südens bedeutet jedoch keineswegs, daß die Linksparteien am 12. April mit einem Wahlausgang zu ihren Gunsten rechnen können. Die Mehrzahl der Bevölkerung (ca. 60 %) lebt auch heute noch in ländlichen Gebieten. In der durch Minifundien (75 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Portugal umfassen weniger als 1 ha) gekennzeichneten nördlichen Hälfte des Landes ist zwar die Bevölkerungsdichte hoch, aber es gibt nur wenig größere Ortschaften. Die Masse der Landbevölkerung lebt am Rande des politischen Geschehens; ihr niedriger Lebensstandard und die nach wie vor sehr hohe Analphabetenrate von ca. 30 % erlaubt ihr kaum, von den wesentlichsten Kommunikationsmitteln (Fernsehen, Radio und Tageszeitungen) Gebrauch zu machen. Die portugiesische Kirche, die auch nach dem 25. April 74 unverändert reaktionäre Positionen bezog und heute die Parteien der äußersten Rechten massiv unterstützt, verfügt dort über starken Einfluß und konnte fast überall im Norden die Linksparteien daran hindern, Boden unter die Füße zu bekommen.

Die fehlende Mobilisierungsfähigkeit der linken Parteien versucht in gewissem Umfang das Heer auszugleichen. Im Rahmen des vom Generalstab ausgearbeiteten „Programms für kulturelle Mobilisierung und politische Aufklärung" sind zahlreiche Agitationsgruppen der Streitkräfte dabei, das Vakuum an politischer Information in den Dörfern zu füllen und die Ziele der „Bewegung der Streitkräfte" zu propagieren. Dazu gehört z. T. auch unmittelbare ökonomische Hilfe: in besonders armen Gebieten – etwa um die Stadt Guarda – haben Arbeitskommandos des Heeres Straßen und Brücken gebaut, Elektrizitätsleitungen gelegt u. a. m. Solche Beispiele machen deutlich, daß die Schlüsselstellung der Streitkräfte in der portugiesischen Politik nicht angemaßt ist und auch nicht als Ausdruck einer Tendenz zum Militärregime gesehen werden kann, sondern so lange unumgänglich bleibt, wie die zivilen Kräfte (die fortschrittlichen Parteien und Gewerkschaften) nicht in der Lage sind, eine ausreichende politische Infrastruktur auszubauen. Die Forderung auch der Sozialistischen Partei nach beschleunigtem Rückzug des „Movimento das Forças Armadas" (MFA) aus der Politik erscheint angesichts dieser Situation als problematisch. Viele Sektoren der portugiesischen Gesellschaft, die jetzt vom MFA kontrolliert werden, würden bei dem derzeitigen sozialen Kräfteverhältnis fast zwangsläufig wieder unter die Vorherrschaft der Rechten geraten, wenn das MFA sie frühzeitig räumen sollte.

Das anfänglich unübersehbare Spektrum der politischen Parteien (nach dem 25. April 74 wurden etwa 40 Parteien neu gegründet) hat sich inzwischen deutlich verengt – teils durch die fehlende Ausstrahlungskraft der meisten dieser Gebilde selbst, teils durch eine vom Staatsrat recht hoch angesetzte Schwelle für die Zulassung zur Wahl (u. a. müssen die kandidierenden Parteien mindestens 5000 eingeschriebene Mitglieder nachweisen). Immerhin schafften es noch 14 Parteien, die geforderten Kriterien zu erfüllen. Die meisten davon sind der politischen Rechten zuzuzählen, die bei der Mitgliederaufstellung nicht eben zimperlich vorging (Unterschriftensammlungen an der Kirchentür etc.). Hätte man die Zulassungskriterien aber noch weiter verschärft, wären auch die fortschrittlichen Parteien in Schwierigkeiten geraten: das Zentralorgan der Sozialistischen Partei „Portugal Socialista" meldete in der Ausgabe vom 6. Februar erst 6820 Mitglieder. Die Kommunisten haben bis jetzt (Anfang März) ihre Mitgliederzahl noch nicht bekanntgegeben, sie dürfte aber nicht viel höher liegen als die der SP. Eine reale Chance, in der Konstituierenden Versammlung vertreten zu sein, haben jedoch nur 5 Parteien, die hier kurz skizziert werden sollen:

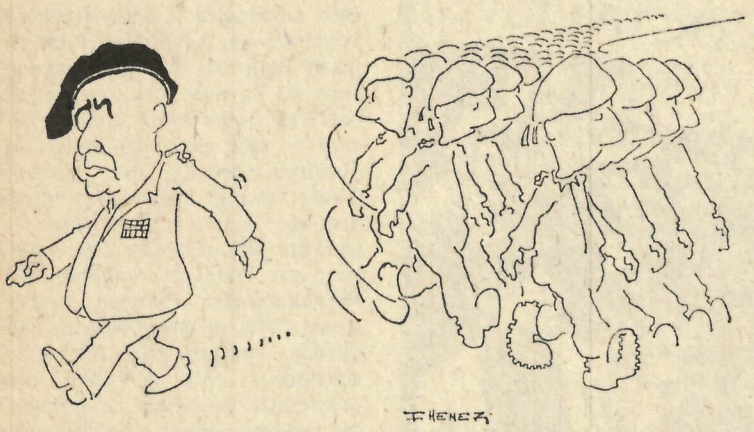
Die Kommunisten sammeln Pluspunkte

Die Kommunistische Partei Portugals (PCP) ist ohne Zweifel die bestorganisierte politische Kraft des Landes. Während der Diktatur trug sie die Hauptlast des Widerstandskampfes und hatte die schwersten Verluste zu verzeichnen; kommunistische Gewerkschafter füllten zur Zeit des Umsturzes vom 25. April zu Hunderten die Gefängnisse. Die unbestrittene Führungsrolle des PCP im Widerstand erschwert ihm gelegentlich den Übergang zu einem demokratisch-kooperativen Verhal-

ten gegenüber den anderen linken Parteien; was in Jahrzehnten und unter Blutzoll an Positionen in der Arbeiterbewegung erreicht wurde, wird auch in der Legalität zuweilen mit den Methoden des Widerstandes zu halten gesucht. So legten z. B. kommunistische Druckarbeiter bei der sozialistischen Tageszeitung „República" wiederholt die Arbeit nieder, um die Veröffentlichung ihnen mißliebiger Artikel zu verhindern. In der Strategie des PCP hat die Verteidigung der Vormachtstellung im Gewerkschaftsapparat – vor allem gegen die Sozialisten – absoluten Vorrang. Mittel dazu war die Umwandlung der gewerkschaftlichen Koordinationszentrale „Intersindical" in eine obligatorische Einheitsgewerkschaft – ein Vorgang, mit dem der sozialistische Regierungspartner bis an den Rand des völligen Bruchs getrieben und – im Falle des Ausscheidens der Sozialisten aus der Regierung – eine reine Militärregierung riskiert wurde. Die „Intersindical" war 1969 im Untergrund gegründet worden und funktionierte seither als embryonales Einheitssyndikat, das die ungeheure Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegnug während der Diktatur überwinden helfen sollte (unter Salazar existierten zeitweilig bis zu 500 Gewerkschaften, von denen viele nur einen einzigen Betrieb repräsentierten). 1971 umfaßte die „Intersindical" immerhin schon die 40 wichtigsten Gewerkschaften (Metall und Textil), und am Tage des Militärputschs waren ihr 70 Einzelgewerkschaften mit zusammen 2,5 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Heute stehen nur noch etwa eine halbe Million Arbeiter außerhalb der „Intersindical", z. B. in den stärker sozialistisch kontrollierten Chemiegewerkschaften. Die Sozialisten und Linkskatholiken traten im Prinzip zwar ebenfalls für die Gewerkschaftseinheit ein, wollten diesen Schritt aber auf einen späteren Zeitpunkt legen, um im kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsapparat besser Fuß fassen zu können. Für den PCP bedeutet das schließlich vom Staatsrat gegen den erbitterten Widerstand der Sozialistischen und Volksdemokratischen Partei dekretierte Gesetz über die Einheitsgewerkschaft („Unicidade") nicht nur einen enormen propagandistisch-technischen Vorteil im Wahlkampf, sondern gibt ihm auch langfristig ein Instrument in die Hand, mit dem die mutmaßliche Unterlegenheit des PCP gegenüber den Sozialisten an Wählerstimmen wieder ausgeglichen werden kann. Daß Parteichef Alvaro Cunhal in der Frage der „Unicidade" überhaupt so hoch pokern konnte, verdankt er nicht zuletzt dem Umstand, daß die Sozialisten es sich drei Monate vor der Wahl nicht mehr leisten konnten, auf die mit der Regierungsbeteiligung verbundenen kostenlosen Einflußmittel (tägliche Fernsehauftritte der Parteiführer, vor allem von Soares, umfangreicher Raum im Rundfunk und in den Tageszeitungen) zu verzichten, ohne größere Stimmenverluste befürchten zu müssen.

Ideologisch folgt der PCP ziemlich lückenlos der Moskauer Linie, was von dort mit erheblichen finanziellen Zuwendungen honoriert wird (teils auf dem Umweg über „Spendenaktionen" anderer Parteien; so sollen z. B. belgische Gewerkschafter mehrere Millionen DM (!) für den PCP gesammelt haben). Die Einschätzung des PCP bei den kommunistischen „Bruderparteien" ist recht unterschiedlich: neben bedingungsloser Unterstützung wie im Fall der ebenfalls streng auf die Moskauer Linie orientierten belgischen KP gibt es auch so distanzierte Positionen wie die der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE). Die spanischen Kommunisten halten den PCP für immer noch derart stalinistisch, daß sie es vorzogen, dem Lissaboner PCP-Kongreß im vergangenen November fernzubleiben und stattdessen eine Delegation zum Kongreß der Sozialisten von Mario Soares zu entsenden.

Die Portugiesische Demokratische Bewegnug (MDP) stellt Restbestände einer früheren Aktionseinheit von Sozialisten, Linkskatholiken und Kommunisten dar. Nach der Gründung der Sozialistischen Partei im Jahre 1972 und endgültig nach dem 25. April 74 zogen die Sozialisten sich aus der jetzt als nutzlos angesehenen Organisation zurück und überließen darin den Kommunisten das Feld – ein Fehler, an dem die Sozialisten noch lange zu tragen haben werden. Der fortdauernde gute Klang des Namens MDP bei linksliberalen Wählerschichten veranlaßte den PCP, den MDP im April als eigene Partei kandidieren zu lassen. Umfrageergebnissen zufolge könnte dieses wahltaktische Manöver die Wahlchancen der Kommunisten deutlich verbessern (7 % für den PCP und 7–8 % für den MDP). Eine Listenverbindung zwischen beiden Parteien besteht nicht.



Die Sozialisten auf der Suche nach einer klaren Linie

Die Sozialistische Partei Portugals (PSP) entstand aus einem Konglomerat autonomer sozialistischer Gruppen. Obgleich Mitglied der „Sozialistischen Internationale", ist sie mit den dort dominierenden sozialistischen Parteien nicht vergleichbar., Einige der von ihr vertretenen programmatischen Positionen entsprechen sogar eher der Linie des PCP: Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, umfassende Landreform etc. Im Punkt 7 des Parteiprogramms heißt es sogar: „Die Sozialistische Partei verachtet den Weg jener sogenannten sozialdemokratischen Parteien, die bewußt oder de facto die kapitalistische Produktionsweise erhalten und den Interessen des Imperialismus dienen." Was den PSP hauptsächlich von den Kommunisten unterscheidet, ist die Ablehnung der Diktatur des Proletariats, also auch einer pluralistischen Struktur des politischen Systems. Für die SP wird eine führende Position angestrebt, aber keine Vorherrschaft – analog zur Position der spanischen Kommunisten und Inlandssozialisten. Die Verteidigung solcher Positionen wird dem PSP allerdings durch massiven Druck ausländischer – und vor allem sozialdemokratischer – Regierungen nicht leicht gemacht. Einer Delegation des PSP erklärte SPD-Börner im Herbst 1974 unumwunden, weitere Unterstützung der SPD für den PSP erfolge nach Maßgabe der Distanzierung des PSP von den Kommunisten. Eine rechts von der Parteilinie angesiedelte sozialdemokratische Fraktion, zu der auch der Justizminister Salgado Zenha zählt, ist für solche „Denkanstöße" nicht unempfänglich. Beim Kongreß des PSP Ende 1974 kam es zu einer Konfrontation zwischen linkem und rechtem Flügel, die damit endete, daß der Exponent der Linken, Manuel Serra, sich mit etwa 10 % der Mitgliedschaft abspaltete und die linkssozialistische „Bewegung der sozialistischen Linken" (MES) gründete, die eine modifizierte leninistische Position vertritt. Durch die – in der Frage der Einheitsgewerkschaft sowie des Rückzugs des Militärs aus der Politik – erzwungene Zusammenarbeit mit dem PPD sieht sich der PS weiter nach rechts gedrängt, als ihm lieb sein kann. Jüngste Äußerungen führender PSP-Mitglieder deuten denn auch darauf hin, daß wieder stärker auf die „Bewegung der Streitkräfte" Rücksicht genommen und die Kooperation mit den Kommunisten nicht ernstlich in Frage gestellt

EVA

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt und Köln

Studien zur Gesellschaftstheorie

Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Ein Beitrag zur Theorie der Diktatur. Aus dem Amerikanischen rückübersetzt von Manuela Schöps.
1974, 254 Seiten, kartoniert 24,– DM

Jürgen Seifert
Kampf um Verfassungspositionen
Materialien zur Bestimmung der Grenzen und Möglichkeiten von Rechtspolitik.
1974, 238 Seiten, kartoniert 23,– DM

Ursula Jaerisch
Sind Arbeiter autoritär?
Zur Methodenkritik politischer Psychologie.
1975, ca. 240 Seiten, kart. ca. 35,– DM

Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt

Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch
Gewerkschaften in der Bundesrepublik
Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen.
1975, ca. 448 Seiten, kart. ca. 30,– DM

basis studienausgaben

Vorurteile, Ängste, Aggressionen
Ausgewählte Beiträge aus der Reihe Politische Psychologie.
Herausgegeben und eingeleitet von K. D. Hartmann.
1975, 172 Seiten, kartoniert ca. 10,– DM

Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Handbuch 1
Perspektiven des Kapitalismus
Beiträge von Elmar Altvater, Brigitte Heinrich, Ernest Mandel, Paul Mattick, Ernst Piehl, Bassam Tibi u. a..
Herausgegeben von Volkhard Brandes.
Mit einem Poster: „Daten zur politischen und ökonomischen Entwicklung der BRD"
1974, 312 Seiten, kartoniert 22,– DM

Handbuch 2
Unterentwicklung
Ca. 296 Seiten, kartoniert ca. 22,– DM
(in Vorbereitung)

Veit-Michael Bader, Johannes Berger, Heiner Ganssmann, Thomas Hagelstange, Burckhard Hoffmann, Michael Krätke, Beate Krais, Lor Kürschner, Rüdiger Strehl
Krise und Kapitalismus bei Marx I/II
1975, 2 Bände zusammen ca. 456 Seiten, kartoniert ca. 35,– DM

Bitte Prospekte anfordern bei der
Europäischen Verlagsanstalt
5 Köln 21 · Postfach 210 140

werden soll. Nach Umfragen vom Januar kann der PSP mit 27 % Wählerstimmen rechnen.

Die Rechte gibt sich „sozial"

Die Volksdemokratische Partei (PPD), in der Regierung zusammen mit Sozialisten und Kommunisten vertreten, entstand kurz nach dem 25. April 74. Obwohl an ihrer Spitze einige honorige Liberale wie Professor Sá Carneiro und F. Pinto Balsemao stehen, die während der Diktatur als Regimegegner galten, setzt sich die Masse ihrer Mitglieder aus enttäuschten Anhängern Caetanos zusammen, die ihre liberalen und parlamentarisch-demokratischen Neigungen erst kurz vor dem Sturz des autoritären Regimes entdeckten. Der PPD bezeichnet sich gern als sozialdemokratisch im Sinne der SPD und lehnt Verstaatlichungen ab. Die sozialdemokratische Selbstdarstellung fällt dem PPD noch einigermaßen schwer, weil er von der Sozialistischen Internationale nicht anerkannt wird. Dem PPD werden nach Umfragen etwa 30 % Wählerstimmen vorausgesagt.

Das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS), eine ultrarechte Gruppierung, wurde durch seinen gesprengten Parteikongreß in Porto im Januar dieses Jahres international bekannt (auf dem auch die beiden einschlägig bekannten „Demokraten" Kai-Uwe von Hassel und Geoffrey Rippon gefeiert wurden). Das CDS, das sich wie alles in Portugal, was rechts ist, „sozial" nennt, wird von ehemaligen prominenten Mitarbeitern Caetanos und Opus-Dei-Leuten geführt und verfügt insbesondere über die volle Unterstützung der Kirche. Enorme Geldmittel aus weitgehend unbekannten Quellen erlauben ihm einen aufwendigen Wahlkampf. Seine Strategie scheint darin zu bestehen, so lange zur „Mäßigung" aufzufordern, bis der alte Zustand wiederhergestellt ist. Mit vorausgesagten 28 % Stimmen verfügt das CDS über gute Wahlchancen, die ihm rechnerisch eine Koalition mit dem PPD erlauben könnten.

Die Bewegung der Streitkräfte und die Wahlen

Auf die kleinen links von der PC und SP stehenden Parteien wie MES und Trotzkisten braucht im Rahmen der Wahlen nicht näher eingegangen zu werden, weil sie bisher noch kaum nennenswerte Mobilisierungsfähigkeit besitzen. Die größte und aktivste Gruppe der radikalen Linken, die „Bewegung für den Aufbau der Partei des Proletariats" (MRPP) hat sich auf einen Angriff gegen alles und jeden eingerichtet: sie bezeichnet Kommunisten und Sozialisten, Militärs und Politiker gleichermaßen als „Faschisten", sammelt Waffen gegen das Heer und sieht den Volksaufstand („Sturz der militärfaschistischen Clique") unmittelbar vor der Tür stehen. Auf die Frage: „Betrachtet ihr euch als Marxisten-Leninisten? antwortete ein maßgeblicher MRPP-Mann allen Ernstes: „Nein, als Maoisten."

Wie auch immer die Wahl vom 12. April (und die Parlamentswahl im September) ausgehen mag, das letzte Wort wird sich gewiß die Bewegung der Streitkräfte vorbehalten. Die reale Möglichkeit eines Wahlsieges der Rechten hat den Anstoß dazu gegeben, daß das MFA-Plenum (250 Offiziere) am 17. Februar in Lissabon eine ebenso klare wie unerwartete Wendung auf die Linie des „harten" Flügels um Ministerpräsident Gonçalves, den Leiter der Spezialeinsatztruppe COPCON, Carvalho, und den Promotor des wirtschaftlichen Übergangsplans, Melo Antunes, vollzog – gegen den nur noch hinhaltenden Widerstand der „gemäßigten" Fraktion um den MFA-Sprecher Vitor Alves. Nachdem Gonçalves angekündigt hatte, man werde nicht zulassen, daß auf dem Wege der Wahlen all das rückgängig gemacht werde, was das portugiesische Volk unter schweren Opfern erkämpft habe (Carvalho deutet die Möglichkeit einer erneuten militärischen Intervention an), wurde den Parteien ein Dokument zugeleitet, in dem das MFA seine Vorsorge für einen eventuellen Wahlsieg der Rechten konkretisierte. Es behält sich künftig die Ernennung, zumindest aber die Billigung der Kandidaten für die Ämter des Präsidenten der Republik (womit auch Spinolas politische Karriere beendet sein dürfte) und mehrerer Schlüsselministerien vor sowie die Überwachung der Regierungsarbeit im Sinne des MFA-Programms.

Gleichzeitig wurde vom 20köpfigen Staatsrat (in dem die Militärs die Mehrheit haben) der von Melo Antunes redigierte wirtschaftliche Übergangsplan in Kraft gesetzt, der die Kontrolle der Wirtschaft ermöglichen soll. Auch hier hatte sich der Sieg der harten Linie schon im Dezember abgezeichnet, als das COPCON ein Dutzend Wirtschaftsführer, darunter den Präsidenten einer Großbank, unter dem Vorwurf der Kapitalflucht und Aktienmanipulation festnehmen ließ. Der Wirtschaftsplan sieht unter anderem die Verstaatlichung bestimmter Schlüsselindustrien und Monopole sowie eine wirksame Kontrolle der gesamten Privatwirtschaft vor. Dafür wurde ein Arsenal legislativer Maßnahmen eingeleitet: Steuerreform, strafrechtliche Verfolgung von Wirtschaftsverbrechen, Aktienregistrierung usw. Die portugiesische und ausländische Hochfinanz, die sich in der Diktatur mit Steuerhinterziehung, Erschleichung billiger öffentlicher Kredite und Spekulationsgeschäften gemästet hatte, empfindet über den Plan entsprechend wenig Freude.

Alles in allem stellt sich die Lage für das Kapital nicht eben rosig dar: selbst im Falle eines Wahlsieges der Rechten wäre mit einer reaktionären Regierung (etwa CDS-PPD), die die Errungenschaften des 25. April wieder rückgängig machen könnte, nicht zu rechnen. Das MFA wird vermutlich die bisherigen Koalitionspartner PCP, PSP und PPD, sagen wir „veranlassen", ihr Regierungsbündnis fortzusetzen, unabhängig vom Ausgang der Wahlen. Im Lande sitzt das MFA fester im Sattel denn je; und für den Fall einer ausländischen Militärintervention kündigte General Carvalho an, das portugiesische Heer sei darauf vorbereitet, sich notfalls in eine einzige Guerillaarmee zu verwandeln.

Nachbemerkung

Daß für solche Vorsorge Anlaß besteht, zeigt der fehlgeschlagene reaktionäre Gegenputsch vom 11. März, der seine Bedeutung weniger durch die allmählich tragikomische Figur des Antonio de Spinola erhält, sondern durch die offenkundige Verwicklung des CIA und der westdeutschen Botschaft in die Verschwörung. Die wachsende Bereitschaft der imperialistischen Führungsmächte, die portugiesische Demokratie notfalls auch mit Gewalt zu beseitigen, wird die fortschrittlichen Kräfte in Portugal zwingen, noch enger zusammenzustehen als bisher. Daß nicht nur die Bewegung der Streitkräfte, die ihre Kontrollfunktion verstärken wird, das Signal vom 11. März verstanden hat, sondern auch die Parteien, dokumentiert die noch am selben Tage zumindest verbal bekräftigte Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialisten. Was der Reaktion aber besonders zu denken geben wird, sind die massenhaft und spontan am Tag des Putsches gebildeten Widerstandskomitees und Volksmilizen, die jeden weiteren Anschlag der Rechten zu einem unkalkulierbaren Abenteuer machen.

Rechtsputsch in Portugal: die BRD ist dabei!

Im Januar dieses Jahres berichtete der Berliner Extradienst (ED) bereits von Befürchtungen arabischer Diplomaten über den Kurs der Bundesrepublik gegenüber Portugal. Ausgangspunkt für das arabische Interesse sei die Luftwaffenbasis Lajes auf den Azoren, die als schwimmender „Flugzeugträger" für amerikanischen Nachschub nach Nahost gedient hat. In der BRD befürchtete man nun, bei Ausfall der Basis für die USA, wie sie von der portugiesischen Regierung angestrebt werde, könne die BRD zum letzten „Flugzeugträger" der amerikanischen Nahost-Interventionen werden. Damit aber müsse die BRD in eine Zwangslage zwischen ihrem Interesse an arabischer und amerikanischer Kooperation geraten. Eine konservativ-reaktionäre Entwicklung in Portugal aber könne eine solche Zwangslage vermeiden. Nach einer Studie syrischer Stellen mische daher der Bonner Botschafter Caspari in Lissabon kräftig mit. Casparis angebliche Äußerung gegenüber dem mittlerweile abberufenen amerikanischen Botschafter: Im Falle eines weiteren „Linksrutsches" werde auch Bonn nicht „untätig zusehen." Der von den Syrern noch vor Ende März erwartete Putsch hat inzwischen stattgefunden. Die von Caspari anvisierte Ausbootung der PCP sowie des kommunistisch orientierten Teils der Bewegung der Streitkräfte und die einkalkulierte Verschiebung zu den Konservativen – einen Rückfall in den Klerikalfaschismus wollte Caspari durch eine ‚Gaullistische Lösung' verhindern – hat sich damit nicht durchsetzen können. Doch steht zu erwarten, daß die Bemühungen auf den Ebenen diplomatischer Aktivität, geheimdienstlicher Intervention und wirtschaftlichen Boykotts nicht beendet sein werden. Für Sozialisten wird es lehrreich sein, den reaktionären Gehalt sozialdemokratischer und liberaler Außenpolitik – verantwortlich für die Bonner Aktivitäten in Portugal sind Genscher und Wischnewski – sorgfältig zu verfolgen. Daß es sich bei diesen Aktivitäten nicht nur um Vermutungen handelt, konnte der ED in seiner Ausgabe vom 11. 3. 75 nachweisen. Er konnte ein Telegramm der Bonner Lissabon-Botschaft abdrucken, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

blätter des iz3w

- enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt"
- gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
- setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie" mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
- erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt
- nimmt teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern zu 40–60 Seiten: DM 25,– (für Studenten, Zivildienstleistende und andere Einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,–)
Probeexemplar anfordern!

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328

China ohne Utopie

François Wahl

Zweiter Teil

Die Lin Piao/Konfuzius-Kampagne

Trotz allem zugänglichen Lesematerial ist es unmöglich, aus der Ferne die Beharrlichkeit, Allgegenwart und Tragweite der expliziten, namentlichen Kritik (pi) an Lin Piao (Lin) zu ermessen, die stets mit derjenigen an Konfuzius (Kong) einhergeht. Wo immer man sich auch befindet, kein Tag, keine Stunde vergehen ohne pi Lin pi Kong: Wir betreten den Klassenraum der Oberstufe in einer Volkskommune;

der Englischlehrer schreibt gerade an die Wandtafel: „Lin Piao and Confucius are . . .“

Die Kinder einer Grundschule in Nanking tanzen feierlich-ernst um eine Holzmaske, die – jedesmal wenn sich die Klappvorrichtung in ihrer Mitte öffnet – Grimassen schneidet. Die Maske stellt Lin Piao dar. Überall, in Fabrikhöfen, -aufgängen und -kantinen, in Wohnhäusern und Schulen, aber auch in jeder Werkstatt, jedem Unterrichtsraum, in Geschäften und manchmal auf den Straßen trifft man auf die sogenannten tatzupao (Wandzeitungen) der pi Lin pi Kong-Kampagne: entweder in der Form von Schriftzeichen oder als gedruckte und gezeichnete Karikaturen, als Comics und in Form von losen oder gehefteten Manifesten.

Man sieht Lin Piao als Glatzkopf mit langer Nase, tiefschwarzen Brauen und verlängertem Kopf; auf einem Thron sitzend und seinen Sohn auf den Schultern tragend träumt er davon, eine Dynastie zu gründen; oder er beugt sich vor, während ihm ein kleiner bärtiger Konfuzius etwas ins Ohr flüstert. Lin ist die „Person mit den zwei Gesichtern“, vorn Revolutionär, hinten Revisionist.

Der bloße Hinweis auf das Ungewöhnliche, oft Lustige und mitunter ungezügelt Grausame der Kampagne wäre vollkommen oberflächlich und gäbe nur ihre Erscheinungsweise wieder. Vielmehr ist ganz China dabei, auf seine Weise eine Krise zu bewältigen, indem es – nach immerhin drei Jahren – versucht, sie zu verstehen.

Worum geht es? In Bezug auf Konfuzius ist die Antwort einfach: die Kampagne will nicht denunzieren, daß es reaktionär wäre, heute noch Konfuzianer zu sein, vielmehr zielt sie auf die Offenlegung einer Tatsache, die die „klassische“ (konfuzianische) Geschichte verdrängt hatte: daß nämlich Konfuzius schon zu seiner Zeit ein Reaktionär war. Im 5. und 6. Jahrhundert v. Chr., zur Zeit der sich bekämpfenden Königreiche, wurde die chinesische Gesellschaft durch große Unruhen bis auf den Grund erschüttert. Hatten zuvor die Herrscher ihren Vasallen das Land überlassen, ohne daß diese wirklich darüber verfügten, so forderten die Vasallen nun das Recht, ihr Land besitzen, verkaufen bzw. vererben zu dürfen. Gleichzeitig häuften sich die Aufstände der Sklaven, die bis dahin den Boden bestellt hatten.

Wenn man Konfuzius liest, so muß es in diesem historischen Zusammenhang geschehen. „Mäßigung und Rückkehr zu den Riten“ – ein Ausspruch, den seine Schüler überliefert haben und von dem behauptet wird, er sei von Lin Piao kopiert und wiederholt zu seinem Leitspruch gemacht worden. Darauf allein beruht eigentlich die ganze pi Kong-Kampagne, denn der Satz muß gelesen werden wie: den Auswüchsen der Zeit (den Aufständen) Einhalt gebieten und die Hierarchie der Sklavenhaltergesellschaft wiederherstellen. So wird heute in China argumentiert. Konfuzius wird also gleichgesetzt mit Rückkehr in die Vergangenheit und Widerstand gegen Aufstieg einer damals progressiven Klasse (der feudalen).

Warum dieser Umweg über Konfuzius, nur um Lin Piao zu kritisieren? Wieso wird ausgerechnet der „engste Kampfgefährte“ Mao Tse-Tungs als „Rechtsabweichler“ denunziert? – handelt es sich bei ihm doch um einen Mitkämpfer Maos, der – so kann mit gutem Grund vermutet werden – im Falle irgendwelcher Komplizenschaften weit eher auf der Seite der „Ultralinken“ gestanden hätte.

Die Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten Mao, die Enthüllungen im „Dokument 571“ und die Flucht mit dem Flugzeug stellen für die Chinesen ein massives Korpus delikti dar: „Ein Vergehen, das allein schon von seiner Methode her als reaktionär einzustufen ist.“ Der Flug in ein revisionistisches Land ist schon das Eingeständnis, „die Restauration des Kapitalismus zu wollen“ und wird als Teil der Praxis einer solchen Restauration betrachtet. Dem entspricht auch der angebliche Hilferuf Lin Piaos an den sowjetischen „atomaren Schirm“ für China. Ebenso gelten die Vorbereitungen zu einem „bewaffneten Aufstand“ (so etwa wären die Schriftzeichen aus dem „Dokument 571“ zu übersetzen) mit absolutem Treueeid auf den Führer und der Maxime „Leben oder Tod“ als Beweis reaktionärer Praxis.

Aus einleuchtenden Gründen lassen sich die Chinesen wenigstens Fremden gegenüber zu diesem Punkt kaum aus, es sei denn, man würde mit Fragen zur Rolle der Armee immer wieder nachhaken. Allerdings wurde uns gegenüber zweimal ein aufschlußreicher Vergleich zwischen den im „Dokument 571“ aufgedeckten Methoden und denen des japanischen Militarismus gezogen. Letztenendes gilt, daß der mit eigenen Leuten (für die eigenen Leute?) unternommene Versuch, sich die Macht zu sichern und sie zu usurpieren, eine eindeutige Geste der Restauration, ja sogar einer „Restauration des Kaiserreichs“, darstellt.

Unter den nachträglich – in diesem Fall von der Doktrin her – gegen Lin Piao vorgebrachten Kritikpunkten gibt es solche, deren revolutionäre Stoßrichtung außer Zweifel steht und die für die chinesische Politik einen großen Schritt vorwärts bedeuten. So z. B. die Kritik, die wir zum erstenmal aus dem Munde eines jungen Aktivisten des Revolutionskomitees der Nationaldruckerei Peking vernahmen und die wir in ähnlicher Form noch öfter hören konnten: Lin hielt die chinesischen Arbeiter für unfähig, Mao anders als in Auszügen (gemeint ist das „Kleine rote Buch“) zu lesen und erst recht für unfähig, die marxistischen Klassiker (Marx, Engels, Lenin, Stalin) zu lesen.

Die Person mit den zwei Gesichtern

Vielmehr wird von einem Revolutionär verlangt, die vollständigen Texte selbst zu studieren, und das chinesische Volk demonstriert augenblicklich seine diesbezüglichen Fähigkeiten, in dem es überall die „Kritik des Gothaer Programms“, das „Manifest“, „Staat und Revolution“ und manchmal auch den „Anti-Dühring“ diskutiert. Ich sage bewußt „überall“, nämlich sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Welcher andere revolutionäre Staat könnte von sich behaupten, ebensoweit gekommen zu sein?

Ein anderer Kritikpunkt der pi Lin-Kampagne zielt in dieselbe Richtung: gemeint ist die Kritik an der Vorstellung vom angeborenen Genie bzw. von den „gebildeten Menschen. Lin sprach Mao Genialität zu, um sie später für sich selbst zu beanspruchen, heißt es in China; jedenfalls machte er die Einteilung in „große“ und „kleine Menschen“. In diesem Zusammenhang wird dann wieder Konfuzius erwähnt, der den Handarbeiter im Gegensatz zum Weisen (dem Intellektuellen) geringschätzte.

So gesehen ist es richtig, daß die „Kritik an Lin Piao die Kulturrevolution fortsetzt“ und zugleich über sie hinausgeht. Im großen und ganzen scheint es sich um eine Kritik am Mao-„Kult“ zu handeln, eine Kritik, die von Mao selbst in Gang gesetzt wurde (seine Vorbehalte solchen „Kulten“ gegenüber sind seit langem bekannt), eine gegen

Lin Piao, Maos engster Kampfgefährte

die Entfremdung gerichtete Geste. Es bleibt zu klären, warum man den Mao-„Kult" für die Epoche des „kleinen roten Buches" in Kauf nehmen mußte. Der Verantwortliche einer Volkskommune bedauerte frühere Leseversammlungen unter dem Porträt des Vorsitzenden — auch das muß erwähnt werden.
Ansonsten kann festgestellt werden, daß Lin Piao aufgrund einer Art verrückten Logik mit all jenen Punkten in Verbindung gebracht wird, die für die maoistische Politik unter einem negativen Vorzeichen stehen; wobei festzuhalten ist, daß es sich dabei stets um Rechts-, nie jedoch um Linksabweichungen handelt. Man wirft Lin Piao vor allem Nationalismus vor und die Bereitschaft, sowohl mit dem „sowjetischen Sozialimperialismus" als auch mit dem amerikanischen Imperialismus zu paktieren (die Koinzidenz zwischen der Endphase der Lin-Piao-„Krise" und den Kissinger-Nixon-Reisen nach China wird nicht erwähnt). Dieser Nationalismus Lin Piaos stelle dem Defaitismus eines Liu Schao-Tschi, der alles im Ausland zu kaufen bereit war, lediglich einen abenteuerlichen und größenwahnsinnigen industriellen Ehrgeiz entgegen. Außerdem halte er der Kulturrevolution nachträglich das Nein derer entgegen, die sich grundsätzlich allem Neuen verschließen; vor allem — so wird argumentiert — der Entsendung von Studenten in die Kommunen. Schließlich habe dieser Nationalismus überall die Notwendigkeit gepredigt, den Kapitalismus der Grundeigentümer wiederherzustellen und ihnen wieder politische Rechte zu geben, d. h. er sei bereit gewesen, die Diktatur des Proletariats zu zerstören. In diesem Punkt wird Lin Piao mit seinem Gegner Liu Schao-Tschi auf eine Stufe gestellt, wobei einige zu vergessen scheinen, daß es sich nicht um ein und dieselbe Abweichung handelt, auch wenn beide zur gleichen Zeit in Erscheinung traten. Rhetorik? Überstürzter Umgang mit der Dialektik? Oder Rückkehr zu einem Amalgam, von dem sich der Marxismus, einmal an der Macht, immer noch nicht befreit hat? — Wie soll man das entscheiden?
Es ist sehr wohl möglich, daß es sich dabei um notwendigen Ballast der gegenwärtigen politischen Situation handelt, der eines Tages beiseitegelegt werden wird wie heute die Auswüchse mit dem kleinen roten Buch. Was vorläufig die Unklarheit noch so beunruhigend macht, ist die Art und Weise, wie China und die KPCh versuchen, die Abweichung zu beschreiben und zu bewerten, die zur Verschwörung Lin Piaos geführt hat. Sie versuchen sie zwar zu „analysieren", scheinen aber gar nicht in der Lage zu sein, sie im marxistischen Sinne zu „erklären".
Wenn man z. B. fragt, warum ein revolutionärer Kämpfer wie Lin Piao (oder Tschen Pa-Ta), der dem Vorsitzenden Mao doch so nahe stand, das Haupt einer reaktionären Verschwörung bilden konnte, so ist die Antwort stets psychologischer Art; überdies setzt sie Charakter als eine starre Substanz voraus, die ein für allemal gegeben ist: Lin wurde demzufolge nicht zum Verräter, sondern war es immer schon; er war von Anfang an eine „maskierte" Person mit „zwei Gesichtern", nur war ein gewisser Prozeß nötig, um sein Komplott klarstellen und aufdecken zu können.
Geben wir zu, daß unverständlich bleibt, wie ein Marxist — selbst aus taktischen Gründen — eine solche Sprache führen kann. Und selbst wenn durch Lin Piao das Prinzip der Diktatur des Proletariats infrage gestellt wurde, bedeutet daß dann nicht, daß ein provisorisches Gleichgewicht im Klassenkampf zerstört worden ist — und zwar in dem Sinne, daß ein vordem auf der revolutionären Linie stehendes Subjekt sich jetzt in eine reaktionäre Ecke gedrängt sieht und — wie von Lin behauptet wird — den Klassenkampf für beendet erklärt?
Kurz: sollte die KPCh ebensowenig wie seinerzeit die russische KP in Bezug auf die Stalinära in der Lage sein, der „Affäre" Lin Piao gerecht zu werden?

Kulturrevolution oder Verwestlichung?

Proletarische Kulturrevolution — das ist keine Redensart. Es handelt sich in der Tat um eine Revolution in der Kultur, d. h. die Revolution findet auch im Überbau statt, in den verschiedenen ideologischen Institutionen wie Partei, Sitten, Bildungs- und Rechtswesen, die sich ihrerseits verändern müssen, soll sich die ökonomische und politische Revolution nicht in Denk- und Führungsformen verlieren, die aus der feudalen oder bürgerlich-imperialistischen Zeit stammen. Man weiß, daß die UdSSR in dieser Hinsicht scheiterte, und zwar in dem Maße, wie einerseits eine kleinbürgerliche Kultur und andererseits die Unterdrückung all dessen, was im Rahmen einer solchen Kultur den Zielen eines marxistischen Staates zuwiderlaufen mußte, sich immer stärker gegenseitig bedingten. China dagegen — und darin besteht eine der gewichtigsten Interventionen Maos — hat dieses Problem in Angriff genommen.
Eine wesentliche Regel chinesischer Politik besteht darin, in einer Welt des Mangels stets dem Dringlichsten abzuhelfen, sich dem Notwendigsten zuzuwenden: d. h. Schritt für Schritt vorzugehen und dabei zu versuchen, keine Ungleichheiten des Konsums zwischen irgendwelchen Regionen oder gesellschaftlichen Gruppen, die einen unterschiedlichen Entwicklungsstand aufweisen, entstehen zu lassen.

Die Wahl einer radikalen Armut

Alles, was heute in China an Kultur (Kultur in unserem Sinne verstanden) existiert, ist politischer Natur. Das ganze chinesische Volk studiert marxistische Texte, selbst die schwierigsten. Das ist gewiß nicht wenig, doch paradoxerweise handelt es sich dabei um einen kultivierten Landstrich inmitten einer Wüste. „Literarische" Bücher, d. h. symbolische Praxis als solche, gibt es nicht; diese Tatsache muß man berücksichtigen, wenn man China verstehen will.
Verhältnismäßig verbreitet sind einige revolutionäre Schriftsteller des beginnenden 20. Jahrhunderts — hauptsächlich der sehr „verwestlichte" Lu Hsün. Ansonsten scheint praktisch die gesamte chinesische Literatur der vergangenen Jahrhunderte der Zensur zum Opfer gefallen zu sein, gemäß einem Prinzip, das auch die Pekinger Buchdrucker — wie sie uns selbst berichtet haben — davon abhielt, ein Handbuch der Geschichte ideographischer Schreibweise zu drucken, weil in mehreren ausgewählten Beispielen konfuzianische Formulierungen auftauchten.
Und Literatur der Gegenwart? Was man uns auch über die Ausarbeitung von Romanen und Novellen berichtete, in denen die Kulturrevolution reflektiert wird, wir haben nirgends ein Werk dieser Gattung entdecken können — abgesehen von „Novellen", die in Universitätszeitschriften veröffentlicht wurden. Diese Zeitschriften erscheinen selten, aber in sehr hoher Auflage. In der Tat, man bewegt sich etwas im luftleeren Raum: Tradition wird schlicht und einfach verworfen, als „Ausdruck" überholter Klassen und als der proletarischen Kultur fremd. Diese wiederum wird definiert als Erfüllung der hypothetischen Forderung der Produzenten, ihr Leben in dokumentarischen Erzählungen „reflektiert" zu sehen. So wurde aus dem Französischunterricht jede „Literatur" verbannt, denn „die Studenten hielten sich für bürgerliche Helden wie Julien Sorel" (Romanfigur bei Stendhal). Statt dessen ließ man chinesische Bauern aus ihrem Leben erzählen und diese Erzählungen dann ins Französische übersetzen. Diese Texte wurden als einziges Unterrichtsmaterial beibehalten. Eine solch extreme Praxis, d. h. die Wahl einer radikalen Armut, ist typisch chinesisch.
Einem Westeuropäer fällt dabei sofort ein, was auf diese Weise alles geopfert wird. In den Zeichenschulen etwa werden nur Plakatmalerei, Dekor und Comics unterrichtet. Die Chinesen machen daraus allerdings keinen Hehl. Denn im Unterschied zu den Russen, die als einen Fortschritt in der Kunst ausgaben, was lediglich Propagandaerweiterung war, haben sich die Chinesen auch

Liu/Teng

in der Kunst eindeutig für das Unterrichtsfach „dringende Bedürfnisse" entschieden. Nur öffnet dieser Asketismus den Weg für den unschuldigsten aller Dogmatismen.
Man hat eine Gattung eingeführt mit obligatorischen, monotonen Passagen, als deren Erzähler in den Ruhestand versetzte Arbeiter auftreten, um die Jüngeren zu belehren: gestern die von Kindheit an erfahrene Unterdrückung durch die Grundbesitzer, Schläge von den Vorarbeitern, Hunger, Zersplitterung der Familie; heute verfügt die Familie dank der Fürsorge von seiten der Partei über die notwendigen Bedarfsgüter, sie ist wieder vereint, jeder arbeitet. Eine dermaßen optimistische Lektion setzt bei denen, die sie anleiten will, zuviel Pessimismus voraus.

Sozialistischer Realismus

Gehen wir noch ein Stück weiter. Hinter der Suche nach direkten, rohen, jeder „Literatur" fernen Tatsachenberichten, also der Suche nach dem Ideal eines „objektiven" Abbilds, steht insgeheim die alte sowjetische Kritik am „Formalismus". In China wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Formen als solche keine Bedeutung haben. Tatsächlich kann man in China hintereinander nach derselben Musik die verschiedensten Texte hören: ebensogut ein Siegeslied wie die Denunzierung Lin Piaos oder Konfuzius! Doch bleibt die Idee der „Neutralität" der kulturellen Techniken selbst weder neutral noch ist sie politisch se-

. . . von Anfang an ein reaktionärer Charakter?

kundär. Um das zu beweisen, genügte der Hinweis auf das sowjetische Beispiel: es handelt sich nämlich um den ökonomistischen Mythos, demzufolge im Überbau nichts anderes vorzufinden ist als der Reflex dessen, was sich an der Basis tut.
Gleiche Ursachen erzeugen gleiche Wirkungen. Hier wie dort wird die Revolution der Kultur verfehlt, d. h. Bauern und Proletariat werden dazu verurteilt, sich gemäß den Normen auszudrücken, die von der Intention her nichts anderes als die Nebenprodukte bürgerlicher Kultur waren. Die Gefahr einer Rückkehr zum Kapitalismus taucht auch von dieser Seite her auf.
Eine Revolution, die sich nicht ihre eigene Kultur schafft, borgt sich, ohne es zu wissen, die der anderen. Zunächst die der anderen Klassen. Denken wir an die Kämpfer mit den gestrafften Körpern, deren Augen auf eine mit Mystik beladene Zukunft gerichtet, deren Arme angewinkelt und deren Fäuste geballt sind und die sich der Leistungsrhetorik verschrieben haben; alle Plakate bezeugen diesen akademisch-heroischen Superstil, der so wenig materialistisch ist wie sein idealistisches, kleinbürgerlich-europäisches Pendant aus dem 19. Jahrhundert. Diese Bilderwelt ist Matrix und ästhetischer Schlüssel aller Schauspiele (vom Marionettentheater bis zu den neueren „proletarischen" Filmen, vom Theater bis zur Sportveranstaltung); überall regiert das Spiel mit den triumphalistischen Klischees: der Kunstgriff der Exaltation verdoppelt sich um die künstliche Darstellung dessen, was Exaltation auf der internationalen Szene großer Gefühle hergibt. Dasselbe gilt für die Dekorationstafeln, die alle Versammlungssäle und öffentlichen Räume schmücken: „sozialistischer Realismus" herrscht dort auf ebenso banale und reaktionäre Weise wie in der UdSSR.

VERLAG FRAUENOFFENSIVE
8 München 80 Josephsburgstr. 16

JOURNAL No. 2
FEMINISMUS UND ÖKOLOGIE

- Frauenkollektiv Freiburg: Frauen erklären Atom und Blei den Krieg.
- Ende der Männerherrschaft von Gabriele Kuby.
- Bericht von Lolly Hirsch von der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, August 1974.

ca. 70 Seiten ca. DM 4.50

TRIKONT-VERLAG
8 München 80 Josephsburgstr. 16

DIE WACHT AM RHEIN

Lieder der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen das Bleiwerk in Marckolsheim und das Atomkraftwerk in Wyhl.
- DER SCHLIMMSTE FEIND
- DER KKW-NEIN-RAG
- DIE WACHT AM RHEIN.

DM 5.--

Die Wunden der Freiheit

Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA.

Indianer sprechen selbst: über ihren Kampf gegen die weißen Eindringlinge, über die Vernichtungsmethoden und Vertragsbrüche der Eroberer, über ihre eigene Lebensweise, Kultur, Philosophie u. Religion. Das Buch enthält eine Sammlung indianischer Reden, Briefe und Stellungnahmen vom Beginn der Kolonisierung 1607 bis hin zur Besetzung Wounded Knees 1974.
ca. 280 Seiten ca. DM 20.00

TRIKONT-VERLAG
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Die ausgesperrte Vergangenheit

All das führt uns zu dem noch radikaleren Problem der Beziehung des revolutionären Chinas zu seiner Vergangenheit. Von der schriftlichen Überlieferung war schon die Rede.
In den ersten revolutionären Regierungsjahren wurden etliche Restaurierungen und Ausgrabungen vorgenommen. Deren Resultate waren – wenn auch auf etwas trügerische Weise – unlängst in Paris zu sehen. In China hingegen wurden gemäß der Linie radikalen ideologischen Neubeginns während der Kulturrevolution die Museen geschlossen. Nach der teilweisen Wiedereröffnung ab 1972 wurden sie jetzt fast alle von neuem für den Publikumsverkehr gesperrt. Was die Tempel betrifft, so werden sie alle „repariert" – bei diesem Thema erlebten wir das einzige Mal so etwas wie ein schlechtes Gewissen bei unseren chinesischen Gesprächspartnern. Die allgemeine Linie ist in dieser Hinsicht sehr undurchsichtig und aus kritischer Sicht unhaltbar: man will, alles möge so erscheinen, als habe es nie Religionen (Buddhismus, Taoismus) und philosophische Traditionen gegeben. Resultat: die Vergandenheit Chinas bleibt ausgesperrt, und das noch mehr, wenn eines Tages der schwindelerregende Plan realisiert werden wird, die Ideogramme durch das zu ersetzen, was dort bezeichnenderweise Romanisierung genannt wird, nämlich die Übernahme unseres phonetischen Alphabets. Mit einer Art stummer Vehemenz zielt die chinesische Politik darauf ab, die symbolischen Praktiken auszulöschen, anstatt sie zu verändern.
Ein China ohne kulturelle Vergangenheit ist schließlich, wie man sieht, ein mit Händen und Füßen an die Sprache des Westens gekettetes China. Von daher auch – um noch ein paar Beispiele zu nennen – jene Opern- und Ballettaufführungen, bei denen das Orchester mit Tschaikowski-Anklängen den Spitzentanz von Bauern und weiblichen Milizsoldaten begleitet, um nur nicht in die traditionelle chinesische Musik und Mimik zurückzufallen (um ehrlich zu sein, muß erwähnt werden, daß es von den revolutionären Opern neben der national-akademischen Version auch lokale Versionen gibt, die einen Teil der Traditionen verschiedener Provinzopern berücksichtigen; diese Versionen werden vom Publikum offenbar auch mehr geschätzt). Von daher auch jene „Folklore", die quasi auf ein Nichts reduziert worden ist dank der Überwucherung mit heroischen Attitüden und expressiven Gesten aus dem europäischen Repertoire.
Wieder einmal schrecken – als handele es sich um einen geheiligten Schritt – Bauernschaft und Proletariat davor zurück, sich eine Sprache zu erfinden und zu deren Gunsten die symbolische Tradition aufzugreifen. Sie haben die Sprache des Feudalismus nur verworfen, um sich derjenigen des internationalen Gemeinplatzes (der Mittelklassen) zu überlassen.

Schwerwiegende Risiken

Und dennoch: es gab und es gibt – wie sollte man es vergessen? – die tazupao, die Wandzeitungen, als historische Geste, mit der die Arbeiterklasse vom geschriebenen Diskurs Besitz ergriffen hat, um daraus eine Waffe des Klassenkampfes zu machen. In dem konformistischen Klima, das ich beschrieben habe, ist es schwierig, zu sagen, ob es sich dabei um ein revolutionäres Moment handelt; aber wahrscheinlich ist es verwurzelter und erfinderischer als alles, was uns übersetzt oder gezeigt wurde. Schwierig auch, zu sagen, was sich letzten Endes durchsetzen wird.
Und trotzdem: in diesem unendlichen Land, in dieser farblosen Weite, wo die Vergangenheit unter Verschluß gehalten wird, inmitten eines Volkes, das bei dem Versuch, sich wiederzufinden, an Gedächtnisschwund leidet, trifft man auf Schritt und Tritt einen Zeugen von Kultur als Erbe, einen einzigen und immer denselben: schon im Flughafen, in den Bahnhöfen, auf Brückenpfeilern, an den Wänden der Empfangsräume, auf durchsichtigen Plakaten vor den Blumenbeeten – überall reaktualisieren Maos Gedichte aufgrund eines verblüffenden Paradoxons gleichzeitig die Tang-Poetik aus dem 9. Jahrhundert und die noch unreife, nervöse, gebieterische, kaum zu entziffernde Kalligraphie eines buddhistischen Mönches aus dem 12. Jahrhundert. Wieder einer jener rätselhaften Widersprüche, wie sie sich bei der Untersuchung Chinas darbieten. Als ob ein einziges vom Präsidenten ausgestreutes Samenkorn die unendliche, verbrannte Erde wiederaufrichten könnte. Vielleicht handelt es sich auch nur um die letzte Spur (oder den letzten Luxus) am Rande einer gigantischen Urbarmachung.
China geht uns alle an, insofern es seine Sozialisierung viel umfassender leistet als die UdSSR. Und wenn es darum ginge, eine Wahl zwischen China und der Sowjetunion zu treffen, so brauchte ein Sozialist nicht lange zu zögern. Doch im Augenblick beschleunigt China noch eine Verwestlichung, deren Instrument der sowjetische Marxismus gewesen ist und deren Struktur letzterer trotz allem weiterhin festlegt. Wirtschaftsentwicklung nach internationalem Modell (wenn auch die Etappen verschieden sind); ein verbessertes, egalitäres Sowjetsystem, von dem sich dennoch nicht behaupten läßt, es sei sehr viel demokratischer; Einwirken der Revolution auf die Ideologie, aber kulturelle Tabula rasa: das sind ernste Risiken.
Dies auszusprechen, geht uns alle an, auch die Chinesen selbst. Denn für den Marxismus wäre nichts schlimmer als eine chinesische Alternative zur Sowjetunion, die in derselben Weise scheiterte.

Bericht über die Arbeitsgruppentagung des SB

Klaus Vack

Am 22./23. Februar 1975 traf sich die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro in Sprendlingen zu ihrer vierten Tagung seit der im November 1973 eingeleiteten Erweiterung und Organisierung. Die AG zählte zum Zeitpunkt der Tagung 360 Einzelmitglieder, die in verschiedenen zentralen Arbeitsfeldern, Regionen und Projekten des SB sowie in rund 100 lokalen Gruppen und Projekten, darunter etwa 30 Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft bzw. Betriebsgruppen, mitarbeiten. Außerdem sind 26 Gruppen korporative Mitglieder der AG Sozialistisches Büro. An der Februar-Tagung in Sprendlingen nahmen 187 Einzelmitglieder und die Vertreter von 14 Gruppenmitgliedern teil.

Auf der Tagung wurden am Samstag die nächsten Schritte zur weiteren Organisierung des SB (insbesondere Bildung regionaler Arbeitsgruppen und Konstituierung eines Delegiertenrats) diskutiert und beschlossen. Damit wurden die in dem im November 1973 vereinbarten und im November 1974 von der Harheimer Tagung modifizierten Organisatorischen Rahmen (siehe „links" Dezember 1974) vorgesehenen Organisierungsschritte weitestgehend vollzogen. – Am Sonntag wurden auf der Sprendlinger Tagung mögliche Handlungsstrategien der Linken diskutiert, die in den nächsten Monaten in die politische Praxis innerhalb des SB eingehen sollen. – Mit diesem Bericht werden die wichtigsten Argumentationen der politischen Diskussion sowie die organisatorischen Beschlüsse der AG-Tagung dargestellt. Die im Zusammenhang mit der politischen Diskussion in diesem Bericht erwähnten Papiere sowie weitere Einzelheiten über die Diskussion zur Organisationsfrage sind im Informationsrundbrief 11 enthalten, der gegen Voreinsendung von DM 1,– in Briefmarken (über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591) erhältlich ist.

Argumentation in der politischen Diskussion

In dem Entwurf des Arbeitsausschusses für neue Thesen des SB (gegen Voreinsendung von DM 5,– in Briefmarken über das Sozialistische Büro erhältlich) werden lediglich die allgemeinen Strukturen der gegenwärtigen ökonomischen, politischen und sozialen Situation analysiert. Um aber in je spezifischen Situationen handlungsfähig zu werden, ist nichts notwendiger als die Fähigkeit zu entwickeln, von generellen Untersuchungen her konkrete Schlußfolgerungen ziehen zu können. Diese Fähigkeit muß sich auf zwei wesentliche Aspekte beziehen, 1) auf die Entwicklung von Argumentationen zu spezifischen Problemen, vor denen die Linke steht und 2) auf konkrete Aktionen, die unter jeweils besonderen Umständen zu unternehmen sind. Dabei ist von vornherein klar, daß sowohl in die Argumentationen als auch in die Planung und Durchführung von Aktionen konkrete Erfahrungen eingehen müssen, die jene gemacht haben, die argumentieren und Aktionen vorbereiten und durchführen. Das bedeutet aber, daß aufgrund der Verschiedenheit der Erfahrungen keine generellen, für alle unmittelbar gültigen und nachzuvollziehenden „Richtlinien" zentral ausgegeben werden können. Auf der AG-Tagung konnten deshalb auch keine Beschlüsse in dieser Hinsicht gefaßt werden. Vielmehr kam es darauf an, die allgemeinen und verallgemeinerbaren Momente in der Diskussion zu bestimmen, die für Argumentation und Aktion in den Regionen und an den einzelnen Orten und Arbeitsbereichen wesentlich sind.

Der AG-Tagung lagen in Sprendlingen zwei Papiere vor, in denen unter verschiedenen Aspekten versucht worden ist, aus der gegenwärtigen Krise die Notwendigkeiten für politische Praxis und mögliche Argumentationen und Aktionsformen abzuleiten, sowie die Erfahrungen der Linken in der gegenwärtigen Situation zu reflektieren. In einer Vorlage des Arbeitsausschusses wurde versucht, ausgehend von der ökonomischen Krise die Konsequenzen für Gewerkschaftsarbeit zu bestimmen und die Tendenzen in Richtung eines autoritärer werdenden Staates zu beschreiben. Hierzu wurden als politische Antworten in der Vorlage allerdings nur Überlegungen hinsichtlich der Entwicklung von Bündnismöglichkeiten unternommen und nicht mehr. Insofern war die AA-Vorlage noch unvollständig, was auch in folgenden Fragen zum Ausdruck kam, die der AA formuliert hatte und auf die sich die Diskussion konzentrieren sollte: Wie wird von uns der Zusammenhang zwischen ökonomischen Krisenerscheinungen und Repressionspolitik interpretiert? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Strategie der sozialistischen Organisationen, insbesondere in welcher Richtung liegen Möglichkeiten von Bündnissen in dieser Sache? Welche Formen lokaler Aktionen können wir jetzt anregen oder mittragen und wo sollten dabei die leitenden Argumente liegen? Welche Veranstaltungsformen sind geeignet, das Potential lokaler Aktionen und Bündnisse regional oder zentral in Erscheinung treten zu lassen?

In einer Vorlage der SB-Gruppe Aachen hingegen wurde mehr von der mit der ökonomischen Krise einhergehenden politischen Legitimationskrise ausgegangen. Dieses Herangehen macht es verständlich, daß in dieser Vorlage eher die Möglichkeiten untersucht wurden, auf lokaler Ebene „basisdemokratische Aktionsformen" im Sinne von Bürgerinitiativen zu entwickeln als strategische Antworten auf Probleme der Gewerkschaftsbewegung und der im Betrieb arbeitenden Genossen zu geben.

Somit war durch die beiden Vorlagen bereits die doppelte Problemstellung vorgezeichnet: einmal ging es um die unmittelbar aus der ökonomischen Krise sich ergebenden Konsequenzen für die Genossen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft, zum anderen ging es um die Konsequenzen für die gesamte Linke angesichts der Rechtsentwicklung und der zunehmenden staatlichen Repressionen. Obwohl die Diskussion nicht scharf zwischen diesen beiden Hauptbereichen der politischen Argumentation unterschied, soll doch in dieser Darstellung versucht werden, die jeweils zentralen Argumente zusammenzufassen.

Zu den Konsequenzen der ökonomischen Krise für die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft

1. Im Hinblick auf die Bedeutung der ökonomischen Krise für die Gewerkschaften und die Kollegen im Betrieb wurde vor allem hervorgehoben, daß die Krise die einzelnen Schichten und Bereiche der Arbeiterklasse sehr unterschiedlich treffe. Auch würden sich unterschiedliche Reaktionsweisen aus der Krise ergeben, je nach dem aus der Klassenlage sich ergebenden Bewußtseinsstand der Kollegen. Dies müsse bei allen Strategien unbedingt berücksichtigt werden, um nicht von falschen Einschätzungen ausgehend falsche Bündnisse usw. einzugehen.

2. Von einigen Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß innerhalb der Gewerkschaften zwischen Basis und Führung scharf unterschieden werden müsse. Die Gewerkschaftsführung sei ein „Brükkenkopf der Bourgeoisie", meinte in diesem Zusammenhang ein Genosse. Dem wurde aber entgegengehalten, daß die Linksentwicklung und die Möglichkeiten an der Basis von vielen als viel zu leicht angesehen würde. Die Verfilzung von Gewerkschaftsführungen mit der SPD sei zwar eines der Hauptprobleme für die linke Bewegung, aber davon auszugehen, daß sich die Basis in absehbarer Zeit von der SPD ablösen würden, sei ganz und gar illusionär. Daher solle man auch nicht mögliche Basisbewegungen überschätzen, die – wie einige Genossen betonten – von Sozialisten selbstverständlich unterstützt werden müßten. Bündnispartner seien nicht die Gewerkschaften insgesamt, sondern linke Jugendvertreter, fortschrittliche Vertrauensleute und Betriebsräte und so weiter. Dem wurde nicht widersprochen, jedoch gefordert, die darin liegenden Möglichkeiten realistisch einzuschätzen, also nicht zu überschätzen.

3. Unter Vermeidung illusionärer Konzeptionen müsse prinzipiell daran gearbeitet werden, linke Gewerkschafter, die eine klare Klas-

SOAK Druck- und Verlagskooperative
GmbH, 3 Hannover, Am Taubenfelde 30, Telefon (05 11) 17618

Wir drucken: im Offset-Druck bis Din A 2 (43 x 61 cm), im Lettern-Druck bis Din A 4 (21 x 29,7 cm) mit Hand- oder Masch.-Satz

Flugblätter, Aufkleber, Plakate (Unterstützungspreis für polit. arbeitende Gruppen), Infos, Zeitungen, Dokumentationen, Hefte und Broschüren.

Papierverarbeitung: wir falzen, legen zusammen, heften (Rükkenheftung, Ringösen) und schneiden Papier auf beliebige Formate u. v. m.. Reprokamera: wir vergrößern u. verkleinern Druckvorlagen (z. B. Schrift, Karikaturen, Bilder) bis zum Endformat Din A 3 (29,7 x 42 cm). Wir rastern Fotos für den Bilddruck.

Anfragen und Angebote bei SOAK Druck- & Verlagskooperative

Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros

Die verschärfte ökonomische Krise mit ihren negativen Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterklasse – in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und gesteigertem Leistungsdruck – wird von den Kapitalisten skrupellos zur Disziplinierung der Kollegen in den Betrieben ausgenutzt. In dieser Situation sind besonders jene Kolleginnen und Kollegen gefährdet, die sich in der Vergangenheit als konsequente Gewerkschafter, als unbequeme Betriebsratsmitglieder oder als Sprecher in spontanen Arbeitsniederlegungen hervorgetan haben. Stehen Entlassungen oder Versetzungen an, so sind sie am ehesten betroffen.

Gleichzeitig verschärfen sich in der gegenwärtigen ökonomischen, politischen und sozialen Situation die Konflikte in der aktuellen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, indem linke Gewerkschafter und sozialistische Betriebsgruppen verstärkte Aktivitäten entwickeln, die jedoch oftmals harte Repressionen gegen die Träger solcher Aktivitäten zur Folge haben. In seinen letzten Ausgaben hat der „express" (Zeitung des SB für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) eine Reihe von Erfahrungsberichten veröffentlicht, aus denen deutlich hervorgeht, mit welcher Entschlossenheit die Kapitalisten einen Klassenkampf von oben führen.

Die sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaftsführung hat auf diese kapitalistische Offensive bislang keine andere Antwort als die der lohnpolitischen Anpassung und des Abwartens auf einen versprochenen Konjunkturaufschwung. Viele Kollegen, die eine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen betreiben, kommen dadurch auch in Konflikte mit Gewerkschaftsapparaten, werden von der eigenen Organisation im Stich gelassen.

Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros konnte in der Vergangenheit zur Finanzierung von Solidaritätsaktionen sowie zur direkten Unterstützung für streikende, entlassene, ausgeschlossene oder anderweitig mit Repressalien bedrohte Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften beitragen. So wurden in letzter Zeit aus dem Fonds folgende Unterstützungen geleistet: DM 300 für die Streikenden einer Maschinenfabrik in Ludwigsburg; DM 500 für die Arbeitslosen-Initiative Köln; zweimal je DM 500 für das Solidaritätskomitee „Keine Entlassung von Pierburg-Betriebsräten"; DM 500 für die Kommissionen zur Hilfe für die politischen und sozialen Gefangenen in Spanien; ca. DM 2000 zur Mitfinanzierung von verschiedenen Flugblättern o. ä. zur Unterstützung von Solidaritätsaktionen; DM 500 für die streikenden Landarbeiter in den USA; DM 300 für die Streikenden eines Druckereibetriebs in Reutlingen; DM 500 für gemaßregelte ausländische Kollegen aus dem Streik einer Reifenfabrik in Neustadt; DM 1000 für die gemaßregelten Kollegen aus einem Hüttenwerk in Duisburg; DM 200 zur Unterstützung eines gefeuerten Betriebsrats in Bremen; DM 784 für zwei aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Kollegen, die an einem offiziellen Gewerkschaftsstreik teilgenommen, jedoch keine gewerkschaftliche Streikunterstützung erhalten haben; DM 1000 zur Mitfinanzierung einer Broschüre über den Fordarbeiter-Streik.

Mit den zunehmenden Disziplinierungsmaßnahmen des Kapitals gegen einzelne Kolleginnen und Kollegen und gegen Betriebsgruppen werden auch die Anforderungen an den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds ständig wachsen. Deshalb müssen wir über den Fonds gewährleisten, daß wir in dringenden Notfällen betroffene Kolleginnen und Kollegen schnell und zureichend unterstützen, aber darüber hinaus auch sozialistische Betriebsgruppen und soziale Selbsthilfegruppen (z. B. Arbeitsloseninitiativen, Jugend- und Ausländerkomitees) fördern können.

Deshalb wurde auf der Arbeitsgruppentagung des SB im Februar beschlossen, eine groß angelegte Spendenaktion für den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds in Gang zu setzen. Es liegt ein neuer Spendenaufruf vor; dieser sollte gezielt verteilt, geeigneten Zeitschriften, Zeitungen und Rundschreiben beigelegt und, wo immer sinnvoll (im Betrieb usw.), ausgelegt werden. Zum Sammeln bei Kollegen und Genossen stehen numerierte Sammellisten zur Verfügung. Die Spendenaufrufe und Sammellisten können kostenlos beim Sozialistischen Büro angefordert werden.

Kolleginnen und Kollegen, Betriebsgruppen, Selbsthilfekomitees usw., die den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds in Anspruch nehmen müssen, schreiben uns (bitte den Fall und die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung schildern und, soweit vorhanden, auch Dokumente wie Presseausschnitte, Flugblätter o. ä. beilegen): Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591; die Kontaktaufnahmen kann auch telefonisch erfolgen unter 0611/832593 (es könnte dann ein Gespräch vereinbart werden).

Hiermit rufen wir dazu auf, jetzt Spenden an den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds zu überweisen. Diese sind einzuzahlen: Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach, Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 17413263 -11; das Postscheckkonto der Bank lautet: Postscheckamt Frankfurt Nr. 172480-600.

senposition einnehmen, zu unterstützen. Dies könne auf vielfache Weise geschehen. In der Diskussion wurden dazu auch einige konkrete Vorschläge gemacht:

a) Es sollte ein Flugblatt zum 1. Mai erarbeitet werden, das auf die aktuelle Situation Bezug nimmt und Handlungsperspektiven realistischer Art angibt.

b) Es sollte der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds wiederbelebt werden, um eklatante Notfälle schnell und zureichend unterstützen, aber darüber hinaus auch sozialistische Betriebsgruppen und soziale Selbsthilfegruppen (z. B. Arbeitsloseninitiativen, Jugend- oder Ausländerkomitees), die sich nicht ausschließlich selbst tragen können, in ihrer Arbeit finanziell fördern zu können.

c) Es sollten zu aktuellen Ereignissen jeweils spezifische Argumentationen entwickelt werden, mit denen die Kollegen etwas anfangen können, beispielsweise müssen die Möglichkeiten der Lohnpolitik in der Krise aufgearbeitet werden, müssen die Tarifabschlüsse und das Verhalten von Tarifkommissionen und Gewerkschaftsvorständen eingeschätzt werden usw.

Zur Frage der Rechtsentwicklung in der BRD

1. Einig war man sich in der Einschätzung, daß in Westdeutschland die Entwicklung in Richtung eines autoritären Staates akut sei. Da die gesamte Linke davon betroffen sei, müsse die Linke auch möglichst gemeinsam sich dagegen zur Wehr setzen. Infolgedessen stehe die Bündnisfrage unmittelbar an. Dies werfe allerdings die Frage nach dem Charakter des Bündnisses auf. Während einige Diskussionsredner überhaupt den Begriff des Bündnisses ablehnten und meinten, daß selbstorganisierte Gruppen die Basis seien, die sich gegen Rechtstendenzen zur Wehr setzen sollten, meinten andere, daß dies eine illusionäre Strategie sei, denn die „basisdemokratische Bewegung" sei keine jenseits der linken Gruppierungen existierende Bewegung, sondern immer schon in verschiedenen Gruppen organisiert. Daher käme man um Überlegungen hinsichtlich der Bündnismöglichkeiten tatsächlich nicht herum.

2. Bündnismöglichkeiten aber würden sich nicht abstrakt ergeben und könnten auch nicht abstrakt entschieden werden. Vielmehr ergäben sich relevante Unterschiede erst in Bezug auf die verschiedenen Praxisbereiche. In intellektuellen Bereichen beispielsweise sind hier und da Bündnisse mit Liberalen möglich und sinnvoll, was im Betrieb weitgehend ausgeschlossen ist. Daher kann kein allgemeines Rezept gegeben werden. Zum anderen sind Bündnismöglichkeiten regional und lokal sehr verschieden, so daß jede Verallgemeinerung von Nachteil ist. Dies schließt nicht aus, daß allgemeine Grundsätze entwickelt werden können und müssen, die sich auf die Erfahrungen aus den einzelnen Orten stützen.

Ergebnisse aus dieser Diskussion

1. Eine Beschlußfassung über eine politische Erklärung der Arbeitsgruppe war von vornherein nicht beabsichtigt und in einer so großen Tagung innerhalb einer Vormittagsdiskussion auch nicht zu leisten. Auch konnten in der Diskussion nicht sämtliche unterschiedlichen Akzentsetzungen in der politischen Argumentation geklärt werden. Es ist notwendig (ebenso wie die Thesendiskussion), diese Diskussion längerfristig zu führen in den Regionen und Arbeitsfeldern, in den Publikationen, vor allem in "links", um die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen möglichst zu verallgemeinern.

2. Um diesen Diskussionsprozeß auf breiter Ebene zu forcieren, wird der Arbeitsausschuß unter Berücksichtigung der Diskussion der Sprendlinger AG-Tagung die Vorlage einer Erklärung zur aktuellen politischen Lage ausarbeiten und in der Mai-Ausgabe „links" veröffentlichen.

Organisatorische Beschlüsse der Arbeitsgruppentagung

Mit den von der Sprendlinger AG-Tagung getroffenen Vereinbarungen sollen die nächsten Organisierungsschritte (etwa für das Jahr 1975) geregelt werden. Dabei wurde davon ausgegangen, daß sich die im Herbst 1973 eingeleitete Erweiterung und Umorganisierung der Arbeitsgruppe noch in einer Anfangsphase befindet. Noch längst nicht alle Genossen, die in SB-Projekten mitarbeiten bzw. ihre politische Praxis im Zusammenhang des SB bestimmen, sind Mitglieder der Arbeitsgruppe geworden. Auch ist die bisherige organisatorische Ausweitung ungleichmäßig (in Bezug auf die Regionen) und ungleichgewichtig (in Bezug auf die politische Schwerpunktsetzung) verlaufen. Die Bildung der vorgesehenen regionalen Arbeitsgruppen, der Aufbau von Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft, die verbindlichere Organisierung bestehender und die Konstituierung neuer Arbeitsfelder und insbesondere eine intensive Diskussion des Thesen-Entwurfs werden die Zahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe in den nächsten Monaten weiter anwachsen lassen. Das bedeutet jedoch auch, daß sich die Verständigungsschwierigkeiten in der gegenwärtigen Organisierungsphase des SB vor allem bei den zentralen Tagungen der Arbeitsgruppe von Tagung zu Tagung allzusehr wiederholen würden, wenn nicht mit dem Delegiertenrat ein Vermittlungsorgan geschaffen wird, das zur Kontinuität der Diskussion und Arbeit beiträgt. – Im Zusammenhang mit der Diskussion über diese Probleme ist auch folgender Beschluß zu verstehen, den diese AG-Mitgliederversammlung in Sprendlingen faß-

te: „Die Arbeitsgruppentagung beschließt, daß oberstes politisches Organ des SB die Bundesdelegiertenkonferenz wird. Die AG-Tagung stellt fest, daß momentan der Stand des SB die Realisierung der Bundesdelegiertenkonferenz möglicherweise noch nicht zuläßt. Dem Delegiertenrat wird jedoch die Aufgabe gestellt, die Diskussion um Inhalt und Zeitpunkt der Einführung der Bundesdelegiertenkonferenz voranzutreiben."

Zusammensetzung des Delegiertenrats

Der Delegiertenrat besteht aus: je zwei Vertretern der 12 Regionen, je zwei Vertretern der Redaktionen „links" und „express", fünf Vertretern aus der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (Genossen aus der Produktion), je zwei Vertretern der Arbeitsfelder (zur Zeit SLB, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Bildungsarbeit/Arbeiterbildung; in Gründung sind ein Arbeitsfeld für sozialistische Wissenschaftler und ein Arbeitskreis sozialistischer Studentengruppen im SB), den Mitgliedern des Arbeitsausschusses. — Die Regionalvertreter in den Delegiertenrat werden jeweils von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro der entsprechenden Region gewählt. Die fünf Vertreter aus der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie die je zwei Vertreter der Arbeitsfelder wurden von den auf der Tagung anwesenden AG-Mitgliedern aus den jeweiligen Bereichen gewählt. Mitglieder im Delegiertenrat können nur Einzelmitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden.

Der Delegiertenrat wird sich am 12./13. April 1975 konstituieren. Neben der allgemeinen Funktion (Diskussion und Entscheidung über politische Aktivitäten des SB; Koordination übergreifender regionaler Arbeitsgruppen, von Arbeitsfeldern und Projekten) wird es eine besondere Aufgabe in der ersten Arbeitsphase des Delegiertenrats sein, die Thesen-Diskussion in den Regionen, Arbeitsfeldern und Projekten zu organisieren, die Ergebnisse dieser Diskussion zusammenzufassen, zu verallgemeinern und aufgrund dieser Diskussion und Erfahrungen in der politischen Praxis Vorschläge für den weiteren Ausbau der Organisation des SB auszuarbeiten.

Bildung regionaler Arbeitsgruppen

Es wurde eine Gliederung in 12 regionale Arbeitsgruppen vereinbart, die sich möglicherweise in einigen Grenzfälligen noch geringfügig verändern. Bei der Bestimmung der Regionen sollten bereits gewachsene und sich zur Zeit entwickelnde Arbeitszusammenhänge berücksichtigt werden, und die räumliche Ausdehnung der Regionen wurde so angelegt, daß einerseits ein überörtlicher Zusammenhang hergestellt wird, in dem die verschiedenen Ansätze der SB-Arbeit vertreten sind, andererseits Überschaubarkeit und Arbeitsfähigkeit gewährleistet sein könnten. Die 12 Regionen kommen vorläufig wie folgt zustande: Region Westberlin; Region Nord (Schwerpunkte gegenwärtig in Hamburg, Bremen, Oldenburg); Region Niedersachsen (Schwerpunkte gegenwärtig in Hannover, Hildesheim, Göttingen); Region Ost-Westfalen (Schwerpunkte gegenwärtig in Münster, Osnabrück, Bielefeld); Region Ruhrgebiet/Siegerland (Schwerpunkte gegenwärtig in Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Duisburg, Düsseldorf, Siegen); Region Rheinland (Schwerpunkte gegenwärtig in Aachen, Köln); Region Nordhessen (Schwerpunkte gegenwärtig in Kassel, Marburg); Region Rhein-Main (Schwerpunkte gegenwärtig in Frankfurt, Rüsselsheim/Groß-Gerau, Mainz, Darmstadt, Hanau/Land); Region Baden/Pfalz (Schwerpunkte gegenwärtig in Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen); Region Stuttgart/Württemberg (Schwerpunkte gegenwärtig in Stuttgart, Tübingen, Freiburg); Region Süd-Bayern (Schwerpunkt gegenwärtig in München); Region Bayern-Nord (in dieser eher zukünftigen Region ist das SB besonders schwach entwickelt, so daß die Voraussetzungen für die Konstituierung einer regionalen Arbeitsgruppe erst geschaffen werden müssen).
Es ist beabsichtigt, in den Monaten Mai und Juni offene Regionalkonferenzen in den einzelnen Regionen zu veranstalten, bei denen folgende thematische Schwerpunkte behandelt werden sollten: a) Warum erfordert die ökonomisch-politische Situation jetzt weitere Schritte der Organisierung der Linken; b) Welche Funktion hat dabei das SB; c) Welche nächsten Schritte in der regionalen Organisierung und der Diskussion der Thesen sind dabei in diesem Zusammenhang erforderlich. Es ist auch Zweck solcher offener Regionalkonferenzen, die personelle Basis der regionalen Arbeitsgruppen zu erweitern und die Bildung örtlicher/regionaler Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft sowie örtlicher/regionaler Arbeitsfeld-Gruppen einzuleiten. Die Termine und genauen Tagungsorte dieser Regionalkonferenzen sollen in „links" angekündigt werden.

Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft, Arbeitsfelder

In der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit steht die Zahl der Mitglieder der AG in einem besonderen Mißverhältnis zu dem Potential von aktiven Betriebskadern und einzelnen Kollegen, die sich (vornehmlich über den „express") am SB orientieren. Die Bildung regionaler und örtlicher Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft und somit spezifische Arbeitstagungen für diesen Bereich (also auch außerhalb der allgemeinen Regional-Konferenzen) muß deshalb forciert werden. Auch weitere branchenspezifische Arbeitstagungen sollten angesetzt werden. Die zentrale organisatorische Zusammenfassung der Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaften wird weiterhin durch die „express"-Redaktion erfolgen, und die Ergebnisse der Arbeit auf regionaler, branchenspezifischer und zentraler Ebene müssen mehr als bisher ihren Niederschlag im „express" finden. Gerade die Arbeitskreise und Arbeitstagungen müssen für betriebliche und gewerkschaftliche Kader in einem besonderen Maße offengehalten werden, da manche Kollegen aus den Betrieben — anders als in anderen Ar-

SB-Kurzinformationen

Für den Bombenanschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 5. März 1975 hat eine Gruppe „Frauen der revolutionären Zelle" mit einer Erklärung die Verantwortung übernommen. Die Briefumschläge, in denen diese Erklärung verschickt wurde, sind mit einem Stempel" „Links, 605 Offenbach, Postfach 591" versehen. Wir müssen davon ausgehen, daß diese Briefe an viele Adressaten versandt wurden, denn das SB hat mehrere solcher Briefe, die unterfrankiert und an falsche Adressen gerichtet waren, als Postrückläufer erhalten. Bei dem verwendeten Stempel handelt es sich zweifelsfrei um eine Fälschung, wahrscheinlich einen handgemachten Stempel. Ein Stempel dieser Art existiert im Sozialistischen Büro nicht und hat nie existiert. Offensichtlich war mit dem Versand der Erklärung mit dieser gefälschten Absenderangabe eine politische Provokation gegen das SB beabsichtigt. Dabei ist unklar, von welcher Seite diese Provokation ausgeht.
Zum 1. Mai gibt das SB ein „express-plakat" heraus, das in einer hohen Auflage produziert und vor dem 1. Mai vor Betrieben bzw. bei den 1. Mai-Veranstaltungen verteilt werden soll. Dieses „express-plakat" soll in aufgelockerter Form mit verschiedenen Kommentaren, Berichten und Illustrationen das Thema „Arbeitslosigkeit und Krise" behandeln und dieses Thema in einen Zusammenhang zur Geschichte des 1. Mai stellen. Dieses „express-plakat" steht ab Mitte April 1975 zur Verfügung und kann bereits jetzt gegen Vorauszahlung beim SB bestellt werden: 10 Stück DM 2.—, 20 Stück DM 3.—, 50 Stück DM 5.—, 100 Stück DM 8.—, 500 Stück DM 35.—, 1000 Stück DM 60.—. Nochmals: Wir liefern nur bei Vorauszahlung (also bitte der Bestellung den Gegenwert in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck beilegen)!
Studentengruppen, die sich am SB orientieren bzw. an einer Kommunikation und Kooperation im politischen Zusammenhang des SB interessiert sind, jedoch noch keine entsprechende Verbindung zum Sozialistischen Büro haben, sind hiermit aufgerufen, dies mitzuteilen, am zweckmäßigsten unter Beifügung eines Berichts, der Auskunft gibt über ihre Entstehung, bisherige Arbeit, geplanten Projekte, kurzum über ihre politische Betätigung an ihrer Uni. Ferner sollte beschrieben werden, welche Vorstellungen über sozialistische Hochschulpolitik bestehen und wie das Verhältnis zum SB beurteilt wird. Verbindungsadresse: Arbeitskreis Hochschule Heidelberg, c/o Mario Damolin, 69 Heidelberg, Burgweg 9—11, Telefon 06221/26935.
Die Jahrgänge 1973 und 1974 von „links" liegen gebunden vor. Jeder Jahrgang, jeweils ein Band, kostet DM 25.—. Die Jahrgänge 1973/74 des „express" liegen in einem Band gebunden vor; Preis DM 40.—. Lieferung nur über das SB.
In der neuen Broschürenreihe des SB Arbeitsmaterialien „Sozialarbeit/Sozialpädagogik" ist jetzt das Heft 2 erschienen — Almut Jödicke: Arbeitermädchen im Jugendzentrum. Diese Arbeit versucht, die Erfahrungen aus der Praxis im Jugendzentrum Mettmann mit Arbeitermädchen darzustellen und zu beurteilen. Aus den aktuellen Schwierigkeiten der Mädchen im Jugendzentrum ergab sich im März 73 die Notwendigkeit zur Gründung einer „Frauen-Interessengruppe". Die Autorin hat in diesem Zusammenhang als nebenamtliche Mitarbeiterin bis September 1974 in dem Jugendzentrum gearbeitet. (Lieferung gegen Voreinsendung von DM 4.— in Briefmarken über SB.)
Der SLB-Info 21 bringt folgende Berichte und Materialien: Zur Lage in der GEW von „unten" gesehen; Großaktion von GEW und DGB in Frankfurt; SLB-Regionalinitiative München; Gymnasiale Schulreform und Wirtschaftskrise; Schwierigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen eines sozialistischen Lehrers im Arbeitsbereich der gymnasialen Oberstufe; Friedrich Wilhelm: Fritz Wilde der Junglehrer und eine Einführung dazu „Was man heute von Fritz Wilde lernen kann". (Lieferung gegen Voreinsendung von DM 3,— in Briefmarken über SB.)

beitsfeldern — aus der Mitarbeit nicht ohne weiteres die Konsequenz einer Mitgliedschaft im SB ziehen werden.
In den Arbeitsfeldern SLB, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Bildungsarbeit/Arbeiterbildung gibt es bereits eine entwickelte Kooperation, die in verschiedenen Arbeitskonferenzen und den Publikationen (Informationsdienste) ihren Ausdruck findet. Für einige Arbeitsfelder wurden in Sprendlingen spezifische Arbeitskonferenzen vereinbart, in denen vor allem die überregionale Organisierung der Arbeitsfelder und die nächste Schwerpunktsetzung diskutiert werden sollten. Um die Situation in den bereits bestehenden Arbeitsfeldern über die Arbeitsfelder hinaus transparent zu machen, soll dazu in den nächsten Ausgaben „links" je Arbeitsfeld ein zusammenfassender Bericht veröffentlicht werden.

Beitragsfrage

Die politische und organisatorische Entwicklung des SB ist auch mit wachsenden finanziellen Belastungen verbunden. Außerdem wird es notwendig, den Ausbau des Organs zu einer 14täglich erscheinenden Zeitung einzuleiten. Hinzu kommt, daß die regionalen Arbeitsgruppen zur Finanzierung ihrer Arbeit ebenfalls Geld brauchen. Es wurde deshalb folgende Beitragsregelung für die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro beschlossen:

„Zur Finanzierung der Arbeit des Sozialistischen Büros zahlt jedes Mitglied einen monatlichen Beitrag in Höhe von 10 Prozent der monatlichen Lohnsteuer. In Einzelfällen, wo beispielsweise bei einer großen Familie erhebliche Belastungen vorliegen, können Ausnahmen vereinbart werden. Der monatliche Mindestbeitrag darf jedoch DM 10,— nicht unterschreiten, da der Beitrag mindestens kostendekkend sein muß. In diesem Beitrag enthalten ist die kostenlose Zusendung der Zeitungen „links" und „express" sowie des Informationsrundbriefes des Sozialistischen Büros. — Gruppen, die der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als korporative Mitglieder angeschlossen sind, zahlen einen monatlichen Mindestbeitrag von DM 50,—. Im Mitgliedsbeitrag der Gruppen ist die kostenlose Zusendung der Zeitungen „links" und „express" sowie von 10 Exemplaren je Ausgabe des Informationsrundbriefs des SB enthalten. — Die regionalen Arbeitsgruppen erhalten zur Finanzierung ihrer Arbeit ein Drittel des Beitragsaufkommens der Einzelmitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro aus ihrer Region . . ." — Die neue Beitragsregelung und der beschlossene Verteilerschlüssel gelten ab 1. April 1975. Gleichzeitig werden die Förderermitglieder gebeten, soweit sie den monatlichen Mindestbeitrag von DM 5,— zahlen, diesen ab 1. April 1975 auf DM 10,— anzuheben.

Bestätigung des Arbeitsausschusses

Der Arbeitsausschuß, dessen wichtigste Aufgabenstellung war, den Entwurf für die neuen Thesen des SB auszuarbeiten und die jetzt beschlossenen Organisationsschritte vorzubereiten, hatte in der Anlaufphase Verständigungsschwierigkeiten und erst in der gemeinsamen Arbeit eine verbindliche Kooperation entwickeln können. Solche Schwierigkeiten werden in dem neuen Delegiertenrat zunächst auch auftreten. Um die Kontinuität der Aktivitäten des SB zu gewährleisten, wurde von der AG-Tagung beschlossen, daß der AA in der bisherigen personellen Zusammensetzung während der Anlaufphase des Delegiertenrats weiter arbeitet und erst auf der Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz Ende 1975 ein neuer, kleinerer Arbeitsausschuß gewählt wird.

Lebers Pläne zur KDV

Als „links"-Leser will ich (Reservist und Kriegsdienstverweigerer, Verfahren noch im Gange) mit nachfolgendem Beitrag zu der Diskussion über die Militärfrage (insbesondere zum Beitrag von Dobersalske in „links" Nr. 63) beitragen.
Auf dem „Höhepunkt" der ML-Bewegung wurde von den sie tragenden Gruppen zur Militärfrage immer wieder darauf hingewiesen, daß auch die politische und antimilitaristische Kriegsdienstverweigerung nur „pazifistisches Friedensgesäusel" (Roter Morgen, 9. Okt. 72) sei. „Hat man den wirklichen Charakter der Bundeswehr erkannt", so hieß es, „dann bedeutet Kriegsdienstverweigerung nichts anderes als Flucht. Und bei jeder Flucht bekämpft man nicht den Gegner, sondern macht es ihm noch leichter, den ungeschützten Rücken des Fliehenden zu treffen" (Der Rotgardist, Juli 71). Infolgedessen sei es Aufgabe der „Marxisten-Leninisten", den „ideologischen Kampf gegen Pazifismus und Revisionismus voranzutreiben". Denn: In den „antimilitarstischen Komitees arbeiten auch Pazifisten, oft auch Kriegsdienstverweigerer mit. Sie drohen den Kampfgeist der fortschrittlichen Soldaten zu verwässern, doch diese setzen sich dagegen zur Wehr" (Roter Morgen, 10. April 72).
Dobersalskes Appell, „die Abschaffung des Prüfungsverfahrens als Schritt zur Freiwilligenarmee und Berufsarmee zu werten und zu bekämpfen", ist eine ähnlich hohle Forderung wie die der KPD/ML („Kampf dem Revisionismus in der Frage des antimilitaristischen Kampfes!"), da ihr ein weitgehendes Unverständnis für die Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes zugrunde liegt.
Abgesehen davon, daß — auch aufgrund des von D. allerdings linear kontatierten „politischen Spielraumes" des Verteidigungsministeriums zur Bedarfsdeckung der Bundeswehr — Leber eben nicht „ohne Bedenken" das Prüfungsverfahren abschaffen kann, sondern in seinen Vorschlag eine „Sicherung" einbaut (vgl. „Abschaffung der Gewissensprüfung?", in: „links", Nov. 74), macht D. nicht deutlich, wie er sich die Bekämpfung der Abschaffung des Prüfungsverfahrens eigentlich vorstellt. Was kann „bekämpfen" heißen angesichts der zu erwartenden (begrenzten) Abschaffung dieses Inquisitionsverfahrens, die schwerlich aufzuhalten sein wird?! Daß D. nicht ein „Bekämpfen" im Sinn hat, das die vollständige Abschaffung der Gewissensprüfung und den Ausbau des Zivildienstes zu einem sozialen Friedensdienst zum Ziel hat, wie es die Kriegsdienstverweigererbewegung schon lange fordert, ist klar; denn er würde sich dadurch mitschuldig machen an der Einführung einer Berufsarmee. Hält er also, so ist auch zu fragen, die augenblickliche Prüfungsverfahrenspraxis einschließlich der sich daraus ergebenden praktischen Konsequenzen für akzeptabel (Ausnahmegrundrecht, Verhandlungswillkür, Märtyrer-Fälle der letzten Zeit, z. B. der Fall S. Malaj)?!
Um nicht in eine sektiererische Hilflosigkeit vor den wirklichen Problemen der antimilitaristischen Bewegung zu geraten, wäre es jedoch — und hier zitiere ich zustimmend Egbert Jahn — „ein fundamentaler Fehler, wegen der Verfassungswidrigkeit herrschender Gesetze und staatlicher Praktiken die politische Bezugnahme" auf den einmal errungenen Verfassungsstandard „aufzugeben — auch wenn man sich keine Illusionen über die begrenzte Wirksamkeit dieser Waffe machen soll" (E. Jahn, Kommunismus — und was dann?, Reinbek 74, S. 144).
Daß die Abschaffung des Prüfungsverfahrens der Tendenz zu einer Berufsarmee entgegenkommt, dürfte unstrittig sein; doch ist die Frage, wie die gesellschaftlichen Ursachen von Rüstung und Krieg bekämpft werden sollen, nicht einfach durch eine Strategie der „Sinneswandlung", die sich nur auf den Kampf in der Armee beschränkt, beantwortbar. Auch im Falle der Existenz einer Berufsarmee wird zu den „konstitutionellen Waffen der Friedensbewegung" nicht nur das ‚Recht' auf

Texte zur
Ökonomie & Technologie

Thesen zur Arbeiterkontrolle
von Lucio Libertini und Alain Touraine
74 S. 4,— DM / ISBN 3-87956-004-8
Deutsche Erstübersetzung
Die Autoren wenden sich gegen eine »Katastrophentheorie« (automatischer Sturz des Kapitalismus) und sehen in dem Kampf für die Arbeiterkontrolle einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine neue Wirtschaftspolitik, in der der Arbeiter das aktive Subjekt ist. Die Arbeiterkontrolle über die Produktion entfacht neue Formen des Klassenkampfes. Die Techniker geraten aufgrund ihrer Rolle im Kapitalismus immer mehr in Widerspruch zur herrschenden Klasse, und ihr sich entwickelndes »militantes Klassenbewußtsein« ist als eine nicht zu unterschätzende Kraft in den Auseinandersetzungen anzusehen.

Ökonomie und Revolution
von J. Peiró, A. Santillan und der CNT
160 S. / 8,50 DM / ISBN 3-87956-051-X
Deutsche Erstübersetzung
Dieser Band setzt sich mit dem Problem der Organisierung der Arbeit während der spanischen Revolution auseinander. Die in der spanischen Revolution angestrebte — und teilweise realisierte — Veränderung der ökonomischen Bedingungen sowie das Aufbrechen kapitalistischer Arbeitsorganisation wird anhand von Berichten über die industrielle Entwicklung, theoretischen Überlegungen zum Problem der Mehrwertverwendung aufgezeigt. Die Berichte und Analysen zeigen, daß es nicht nur darum geht, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, sondern daß auch gleichzeitig die Entfaltung der Produktivkräfte auf kulturellem, sozialem und politischem Sektor notwendig ist.

Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt
mit Texten von P. Mattick, A. Pannekoek, J. Asseyer
126 S. 6,— DM / ISBN 3-87956-013-7
Deutsche Erstübersetzung
Die Texte setzen sich mit der Frage auseinander, ob der Kapitalismus »naturnotwendig« an seinen eigenen Widersprüchen zerbricht oder inwieweit die revolutionären Aktionen der Arbeiter den Zusammenbruch beschleunigen und herbeiführen.

Die soziale Revolution in Spanien
Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft Spanien 1936—1939
von Augustin Souchy und Erich Gerlach
236 S. 10,— DM ISBN 3-87956-014-5
Deutsche Erstübersetzung
Die hier erstmals in Deutsch veröffentlichten Beschlüsse, Dekrete und Verordnungen geben einen Einblick in die Kollektivierungsformen der Industrie und Landwirtschaft. In den Selbstdarstellungen der Arbeiter und Bauern wird bis ins kleinste Detail dargelegt, wie die neuen ökonomischen und sozialen Veränderungen ohne Zwangskollektivierung realisiert wurden. Für alle, die sich mit den Problemen der Übergangsgesellschaft, nichtkapitalistischen Produktionsformen und der Arbeiterselbstverwaltung beschäftigen, bietet das Buch eine Vielzahl an konkreten praktischen und theoretischen Beispielen.

Kramer Verlag 1 Berlin 44 Postfach 106

Kriegsdienstverweigerung gehören müssen, „sondern — was meist übersehen wird — auch die ‚Pflicht' zur Kriegsdienstverweigerung im Falle einer Aggression durch die eigene Regierung" (E. Jahn, a.a.O., S. 144).

U. a. aufgrund der begrenzten Wirksamkeit der Kriegsdienstverweigerungswaffe bekommt der Kampf in der Armee seinen herausragenden Stellenwert. Nichtsdestoweniger wird es ein Erfordernis sein, eine Zweigleisigkeit im antimilitaristischen Kampf herzustellen (d. h. Kampf innerhalb und außerhalb der Armee).

Die Anerkennung des Zusammenhanges von Militarismus und Kapitalismus — und darauf wies auch Lenin 1908 hin — „bestimmt noch nicht konkret die antimilitaristische Taktik der Sozialisten, entscheidet nicht die praktische Frage, wie gegen die Last des Militarismus zu kämpfen ist und wie Kriege verhindert werden können. Und gerade in den Antworten auf diese Fragen gehen die Auffassungen der Sozialisten erheblich auseinander" (Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, Ffm o. J., S. 15).

NORBERT WEINITSCHKE

Jugendarbeit im Obdachlosengebiet von Ludwigshafen

Wir sind 8 Jugendarbeiter (3 Studenten der Sozialarbeit, 2 angehende Schülerinnen des Fröbel-Seminars, eine Sozialpädagogin, ein Student der Wirtschaftshochschule und ein gelernter Bankkaufmann, welcher seit 2 Jahren überwiegend hauptamtlich in der Jugendarbeit tätig ist).

Wir wurden letzte Woche aus unserer Tätigkeit entlassen, weil wir uns auf die Seite der Jugendlichen und Erwachsenen des Obdachlosengebiets „Flurstraße" gestellt haben.

Bevor wir näher auf die aktuelle Situation eingehen, eine allgemeine Darstellung unseres Arbeitsfeldes.

In diesem Gebiet arbeiten wir: Das Obdachlosengebiet „Flurstraße" entstand in der heutigen Form in den Jahren 61 bis 63 (Auswirkungen der Aufhebung der Wohnungszwangsbewirtschaftung). Zuvor dienten die Unterkünfte in der Hauptsache als Flüchtlingslager. Die letzten Häuser (Normalwohnungen) wurden 1967 fertiggestellt. Insgesamt befinden sich in der Siedlung 297 Wohneinheiten, wovon ca. 237 belegt sind. Zur Zeit wohnen 942 Personen in der Siedlung. Hiervon sind ca. 534 Kinder und Jugendliche (0—20 J.), wobei 352 Kinder und Jugendliche im Clubalter (7—20 J.) sind. Der Anteil der Arbeiterschaft beträgt 86 Prozent (im Gesamtbereich Ludwigshafen 47,8 Prozent).

Das Gebiet liegt südwestlich des Stadtteils Mundenheim und wird von einer Bundesbahnhauptlinie, zwei Nebenstrecken und einer Schnellstraße begrenzt. Von Industrieanlagen, Brachland, Gärten und dichtem Gebüsch umgeben, wird dieses Gebiet schon rein optisch zu einem Getto. Verkehrsmäßig ist das Gebiet nur unzureichend an die Stadt angeschlossen.

An Einrichtungen befinden sich Gemeinschaftsduschen (nur 2 Tage in der Woche geöffnet!), eine Ölabgabestelle (werktags je eine Stunde Abholmöglichkeit), zwei Bolzplätze, ein Spielplatz, eine Kindertagesstätte mit Hort (Modell des Landes), ein Schulkindergarten und die Einrichtungen der Fördergemeinschaft (FG). Diese ist bisher der Jugendclub Mundenheim (JCM) „Flurstraße".

Auf Initiative der FG entstand 1973 eine Bürgerinitiative (BI), welche von den hauptamtlichen Gemeinwesenarbeitern der FG „katalytisch betreut wird".

Dieser Täger hat uns entlassen: Die Fördergemeinschaft für soziale Brennpunkte (FG) entstand 1970 und ist eine ökumenische Arbeitsgemeinschaft des Caritaswerkes und des evangelischen Gemeindedienstes. Hauptverantwortlich sind zwei Gemeinwesenarbeiter beschäftigt. Die praktische Arbeit wird jedoch in der Hauptsache von einem Heer von Zivildienstleistenden, Praktikanten, Sozialpädagogen und „ehrenamtlichen" Mitarbeitern bewältigt. In der Praxis haben die beiden Gemeinwesenarbeiter Entscheidungsbefugnis, solange sie dem Willen des Trägers nicht widersprechen. Von Seiten der Mitarbeiter besteht keine Möglichkeit, die konzeptionelle Arbeit mitzubeeinflussen.

So arbeitet die FG: Der Arbeitsansatz der FG kann wie folgt charakterisiert werden: Sie sieht in der GWA eine Methode, die eine Beseitigung der Obdachlosen in LU bis 1984 ermöglicht (siehe auch Konzept: „Obdachlos — für immer? FG 1974). Obdachlosigkeit wird im Konzept als „Phänomen" angesehen, wobei eine analytische Erforschung der Ursachen nicht als notwendig angesehen wird. Gegenüber den Bewohnern versucht die FG, die Position eines neutralen Vermittlers zwischen Obdachlosen und den verschiedenen Behörden einzunehmen, was aufgrund der Abhängigkeiten insbesonders finanziell (die Finanzierung der FG: 40 Prozent Stadt, 40 Prozent Land, je 10 Prozent beide Kirchen) und parteipolitisch (EGD-Geschäftsführer Herr Sonntag ist SPD-Stadtrat und Ortsvorsteher von LU-Süd) nicht möglich ist. Die Bewohner mußten im Lauf der Zeit dieses „neutrale" Verhalten als unsolidarisch erkennen, was sie durch Resignation und Desinteresse ausdrücken. Die FG schuf im Obdachlosengebiet „Bayreuther Straße" mehrere Einrichtungen wie Lernstube, Kindergarten und Abenteuerspielplatz. Dort arbeitet auch der größte Teil der ehrenamtlichen Mitarbeiter. Eine Zusammenarbeit war bislang nur sporadisch möglich, was in der Hauptsache wohl daran liegt, daß der Gemeinwesenarbeiter ein gewisses Informationsmonopol hat und Entscheidungen nicht demokra- verlaufen.

So werden die Jugendlichen seit März 73 hingehalten: In der Zeit vom 15. bis 21. 3. 73 forderten die Kinder und Jugendlichen in mehreren Briefen an den Sozialdezernenten der Stadt ein Clubhaus. Am 28. 6. 73, nach 3 Monaten, versprach Bgm Janson auf einer Bewohnerversammlung, das Haus Flurstraße Nr. 6 (Mütterberatung) unter Mithilfe der Jugendlichen als Clubräume herrichten zu lassen. Am 27. 8. 73, nach weiteren 2 Monaten, stellte sich heraus, daß ein Umzug der Mütterberatung zu kostspielig ist. [Eine sehr detaillierte, typische Beschreibung der Verzögerungstaktik der Sozialadministration muß hier leider aus räumlichen Gründen wegfallen (Redaktion)] ... Bei Wahlveranstaltungen im März 74 verspricht die SPD durch Ortsvorsteher Siegel den Jugendlichen ein Clubhaus, wenn sie SPD wählen. ... Am 12. 9. 74 verspricht Bgm. Janson zwei Wohnungen des roten Blocks Nr. 7 für Jugendräume umzubauen, was die Bewohner schärfstens ablehnen (Die Jugendräume würden sich dann direkt neben und unter anderen Wohnungen befinden). Die Jugendlichen erreichen einen zweiten Termin mit Bgm. Janson eine Woche später, dieser verspricht ihnen den Ausbau der Baracke Nr. 6. Der Ausbau wird nicht durchgeführt, im Gegenteil, im Januar schreibt Bgm. Janson der FG einen Brief, in dem er den Ausbau der beiden Wohnungen im roten Block Nr. 7 ankündigt. Diesen Brief nun hielt die FG zurück, ohne uns und die Bewohner davon zu informieren.

Ossip K. Flechtheim

Ausblick in die Gegenwart

Sieben Dialoge

Vorwort von Robert Jungk

Ossip K. Flechtheim, der die Futurologie als eine Synthese von Ideologie und Utopie bezeichnet, gibt in diesem Buch einen informativen Einblick in sein Denken. In sieben Dialogen (mit Hans-Nobert Janoswski, Claus Menzel, Peter J. Opitz, Adelbert Reif und Eberhard Rottmann) nimmt Flechtheim aus der Sicht des Futurologen und Politologen zu aktuellen Problemen Stellung: Planen der politischen und gesellschaftlichen Zukunft, Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, Legitimationswandel von Parteien und Gewerkschaften, Humanisierung contra Konservativismus u. a. Auch die Futurologie selbst ist ein Thema dieser Gespräche: Ist sie eine Wissenschaft? Was ist ihr Anspruch, was sind ihre Möglichkeiten? Das Buch will einen Beitrag zur Neuorientierung der demokratischen Gesellschaft leisten. Nach Flechtheims Meinung kann sich die Futurologie als ein Bindeglied zwischen Kapitalismus und Kommunismus etablieren. — 164 Seiten, Paperback, DM 12,—

Paul List Verlag

8 München 2, Oberanger 43

Nohlen/Nuscheler (Hrsg)

Handbuch der Dritten Welt

Band 1:
Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung
400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
DM 32,—*
(bei Einzelabnahme und nach Erlöschen der Subskription DM 38,—)

Band 2:
Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,—*
(Einzeln ca. DM 38,—)
Erscheint 1975

Band 3:
Unterentwicklung und Entwicklung in Amerika
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,—*
(Einzeln ca. DM 38,—)
Erscheint 1976

Band 4:
Unterentwicklung und Entwicklung in Asien
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,—*
(Einzeln ca. DM 38,—)
Erscheint 1977

* Diese Subskriptionspreise gelten nur bei Abnahme aller 4 Bände

Hoffmann und Campe

Zwei in Entwicklungsfragen kompetente Sozialwissenschaftler legen ein vierbändiges »Handbuch der Dritten Welt« vor, das erstmals umfassende Materialien zu den ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der Länder der Dritten Welt anbietet. In drei Kontinentalbänden (Band II—IV) werden von Länderexperten die umfangreichen Statistiken internationaler Organisationen und nationaler statistischer Ämter ausgewertet, die nur schwer zugänglich und nur für den Experten verständlich sind. Die Datenfülle wird, nach Ländern geordnet, durch ein einheitliches und durchgängiges Indikatoren-Schema übersichtlich aufbereitet. Zeitreihen lassen Konstanten und Wandel des historischen Entwicklungsprozesses erkennen. Kurzanalysen zu jedem Land interpretieren die Daten und zeigen historische Zusammenhänge und nicht meßbare Entwicklungen.

Der einleitende Theorieband (Band I) ist kein weiterer Sammelband von Entwicklungstheorien, sondern entwickelt die theoretische Konzeption des Handbuches. Er präsentiert erstens den Versuch einer aus den kontroversen Theorieansätzen synthetisierten »integrierten Entwicklungstheorie«, zweitens Beiträge zum neuerdings aktualisierten Problem der Messung von Unterentwicklung/Entwicklung und der Operationalisierung von Entwicklungstheorien.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich aus dem Hoffmann und Campe Verlag

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I bis IV zum ermäßigten Subskriptionspreis(für Band I: DM 32,—)

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I (bei Einzelabnahme) DM 38,—

Name:

PLZ/Ort:

Straße:

Datum/Unterschrift:

epog Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: entwicklungspolitische buchgesellschaft *8000 münchen 22 — kaulbachstraße 70*

links

Dies teilten wir in einem Flugblatt den Bewohnern mit, was uns in Konfrontation mit der Trägerschaft brachte. Auch das war mit ein Grund, uns aus der FG zu entlassen.

Entwicklung des Mitarbeiterkreises:

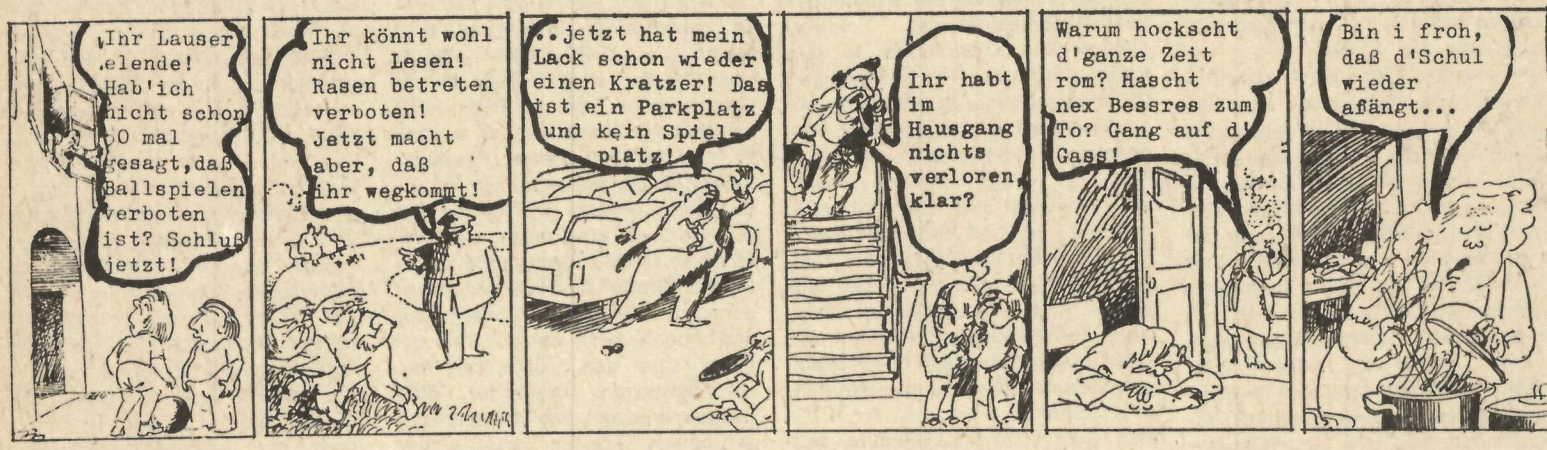
Die FG richtete 1973 mit einem Zivildienstleistenden, einem Praktikanten und mehreren nebenamtlichen Mitarbeitern den Jugendclub in der Flurstraße im Wartezimmer der Mütterberatung (18 qm) ein. Dies entsprach den Forderungen

Auf die Flugblattaktion folgte eine Bewohnerversammlung, wo dieses Flugblatt Diskussionsgegenstand war. Anwesend waren außer Jugendlichen und Erwachsenen die Gemeinwesenarbeiter der FG, Sonntag und Horst und wir Jugendarbeiter. Mit demagogischen Reden, wobei uns Diebstahl, Unterschlagung u. ä. (vgl. Tonbandprotokoll) vorgeworfen wurden, versuchten die beiden Vertreter der Kirchen die Bewohner für sich zu vereinnahmen. Zu einer sachlichen Auseinandersetzung konnte es so nicht kommen. Hierbei zeigte sich auch, auf welcher Seite die Gemeinwesenarbeiter stehen – nämlich auf der Seite der Kirchen. Die zentrale Frage über die drohende Entlassung wurde von seiten der Kirchen nur ausweichend beantwortet. Man vermied es, offen den Jugendlichen gegenüber unsere Entlassung mitzuteilen, da man merkte, daß diese auf unserer Seite standen.

Das Entlassungsschreiben kam dann 4 Tage später mit der Post bei uns an.

des JCM beschlossen einstimmig, daß wir sofort weiterarbeiten sollen. Außerdem will sich die BI in einer Bewohnerversammlung mit Caritasdirektor Horst, EGD-Geschäftsführer Sonntag und Bgm. Janson für unsere Wiedereinstellung einsetzen.

Zur Zeit läuft hierzu eine Unterschriftenaktion, die eine Wiedereinstellung mit Arbeitsverträgen und mit einer Bezahlung von DM 10,– für jede Clubstunde plus Vorbereitungszeit befürwortet.



von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bei Beginn der Gemeinwesenarbeit. Die Stadt Ludwigshafen finanziert die Jugendarbeit zum größten Teil, der FG obliegt die Ausführung der Arbeit. Aufgrund einer Forderung des Mitarbeiterkreises zahlte die Stadt einen Anerkennungsbetrag von DM 10,– pro Clubnachmittag oder -abend. Nicht zuletzt durch die Arbeit mit den Jugendlichen fand eine rasche Politisierung innerhalb unseres Mitarbeiterkreises statt. Wir konnten unsere Stellung als relativ autonome und demokratisch strukturierte Gruppe innerhalb der FG behaupten.

Genauso rasch kam es zur Konfrontation mit unserer Trägerschaft.

Letzte große Ereignisse:

1. Janson-Besuch am 12. 9. 1974 anläßlich einer Bewohnerversammlung in der Obdachlosensiedlung. Jugendliche, von uns unterstützt, vertreten lautstark und entschlossen ihre Forderungen nach einem Jugendhaus. Folge: Die Stadt wirft uns ‚kommunistische Hetze' vor, die Kirchen prüfen unsere politische Gesinnung.
2. Wir Mitarbeiter fordern für unsere Tätigkeit eine Bezahlung in der Weise, wie sie Mitarbeiter in vergleichbaren Einrichtungen anderer Städte erhalten. Dies wird von der FG mit fadenscheinigen Begründungen verweigert, obwohl sie selbst nur 20 % der Personalkosten trägt. Diese Forderung benutzt die FG außerdem, um uns bei den Bewohnern als profitgierig und nur in unserem eigenen Interesse arbeitend hinzustellen.
3. Flugblattaktion. Wir stellen den Bewohnern Informationen zur Verfügung, welche beweist, daß die FG den Obdachlosen wichtige Vorgänge vorenthält und die Jugendarbeit wesentlich erschwert (z. B. durch Zurückhaltung von finanziellen Mitteln).

Was wir wollen:

Wir brauchen in erster Linie Unterstützung! Wir wollen die begonnene Arbeit weiterführen und weiterhin mit den Jugendlichen und Erwachsenen des Obdachlosengebiets deren Interessen unterstützen. Die Vertrauensleute der Bürgerinitiative und die Jugendlichen

Wollen Sie uns unterstützen, so senden Sie bitte eine Solidaritätserklärung an die Kontaktadresse Karin Weiß, 67 Ludwigshafen Schützenstr. 4, Tel. 56 53 50. Wir werden diese sammeln und zu unserer Unterstützung an die Bewohner der Obdachlosensiedlung weiterleiten.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain) Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Verlagsprospekt des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express" Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; „links"-Extrablatt; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; Prospekt „Bücherzettel der Soak"; Prospekt „Informationsdienst Sozialarbeit"; Prospekt „Angebot ‚express' für ‚links'-Abonnenten".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das Jahr 1975 DM 21,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift